



Internationale Organisation für Migration (IOM)



RESETTLEMENT UND DAS HUMANITÄRE AUFNAHMEPROGRAMM IN ÖSTERREICH



Katerina Kratzmann

Kofinanziert durch die
Europäische Union



BM.I



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) wird von der Europäischen Kommission koordiniert und besteht aus Nationalen Kontaktpunkten (NKP) in jedem Mitgliedstaat sowie Norwegen. Der Nationale Kontaktpunkt Österreich im EMN wird von der Europäischen Kommission und dem österreichischen Bundesministerium für Inneres finanziert.

Katerina Kratzmann

RESETTLEMENT UND DAS HUMANITÄRE AUFNAHMEPROGRAMM IN ÖSTERREICH



Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die Meinungen, die in dieser Studie geäußert werden, sind die der Autorin und reflektieren nicht unbedingt die Position des österreichischen Bundesministeriums für Inneres, der Europäischen Kommission und/oder der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Die verwendeten Bezeichnungen und die Darstellung von Material in der gesamten Studie bedeuten keinerlei Stellungnahme seitens der IOM bezüglich des rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder Region, dessen Behörden oder hinsichtlich ihrer Grenzen.

IOM ist dem Prinzip verpflichtet, dass menschenwürdige und geregelte Migration den MigrantInnen und der Gesellschaft zugutekommt. Als zwischenstaatliche Organisation zielt IOM gemeinsam mit ihren Partnern in der internationalen Gemeinschaft darauf ab, Unterstützung bei der Bewältigung von operationellen Migrationsherausforderungen anzubieten, das Verständnis über Migration zu erhöhen, soziale und ökonomische Entwicklung durch Migration zu fördern sowie die Menschenwürde und das Wohlergehen von MigrantInnen aufrechtzuerhalten.

Layout und Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH

Herausgeber: Internationale Organisation für Migration,
Landesbüro für Österreich
Nationaler Kontaktpunkt Österreich im
Europäischen Migrationsnetzwerk
Nibelungengasse 13/4, 1010 Wien
Tel.: +43 1 585 33 22 0
Fax: +43 1 585 33 22 30
E-Mail: iomvienna@iom.int, ncpaustria@iom.int
Internet: www.iomvienna.at, www.emn.at

© Juni 2016, Internationale Organisation für Migration (IOM)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Publikation darf ohne schriftliche Erlaubnis des Herausgebers in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, elektronische Datenträger, oder in einem anderen Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

DAS EUROPÄISCHE MIGRATIONSNETZWERK

Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) wurde im Jahr 2002 von der Europäischen Kommission im Auftrag des Europäischen Rates eingerichtet, um dem Bedarf eines regelmäßigen Austausches von verlässlichen Informationen im Migrations- und Asylbereich auf europäischer Ebene nachzukommen. Seit 2008 bildet die Ratsentscheidung 2008/381/EG die Rechtsgrundlage des EMN, und es wurden Nationale Kontaktpunkte (NKP) in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (mit Ausnahme Dänemarks, welches Beobachterstatus hat) und in Norwegen geschaffen.

Aufgabe des EMN ist es, die Organe der Europäischen Union sowie nationale Institutionen und Behörden mit aktuellen, objektiven, verlässlichen und vergleichbaren Informationen über Migration und Asyl im Hinblick auf eine Unterstützung der Politik in diesem Bereich zu versorgen. Aufgabe des EMN ist es auch, diese Informationen der allgemeinen Öffentlichkeit bereitzustellen.

Der österreichische NKP ist in der Abteilung für Forschung und Migrationsrecht des Landesbüros für Österreich der Internationalen Organisation für Migration in Wien angesiedelt. Österreich war eines der ersten Mitgliedstaaten der Organisation und ein erstes Büro wurde 1952 eingerichtet. Hauptaufgabe des IOM Landesbüros für Österreich ist es, nationale Migrationsthemen und aufkommende Trends zu analysiert und entsprechende nationale Projekte und Programme zu planen und umzusetzen.

Zu den Hauptaufgaben der NKP im Rahmen der Umsetzung des jährlichen EMN-Arbeitsprogramms zählen die Erstellung der jährlichen Politikberichte, die Erstellung themenspezifischer Haupt- und Fokusstudien, die Beantwortung der von anderen NKP gestellten Ad-hoc-Anfragen, sowie die Umsetzung von Aktivitäten zur Förderung der Wahrnehmbarkeit und des Netzwerks in verschiedenen Foren. Darüber hinaus richten die NKP jeweils nationale Netzwerke aus Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen ein, welche im Bereich Migration und Asyl tätig sind.

Grundsätzlich betreiben die NKP keine Primärforschung, sondern sammeln und analysieren bereits vorhandene Daten und Informationen; bei Bedarf werden diese jedoch durch die eigenständige Erhebung von Daten und Informationen ergänzt. EMN-Studien werden nach einheitli-

chen Spezifikationen erstellt, um innerhalb der Europäischen Union und Norwegens vergleichbare Ergebnisse zu erzielen. Da die Vergleichbarkeit der Ergebnisse häufig mit Herausforderungen verbunden ist, hat das EMN ein Glossar erstellt, welches die Anwendung einheitlicher Definitionen und Terminologien in allen nationalen Berichten sicherstellen soll.

Nach der Fertigstellung der nationalen Berichte erstellt die Europäische Kommission mithilfe eines Dienstleisters einen Synthesebericht, welcher die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen nationalen Berichte zusammenfasst und so einen europäischen Überblick erlaubt. Zusätzlich werden themenspezifisch Informationsblätter erstellt, die knapp und präzise die ausgewählten Themen präsentieren und miteinander vergleichen. Alle nationalen Studien, Syntheseberichte und das Glossar sind auf der Webseite der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission verfügbar.

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	9
1. EINLEITUNG	12
1.1 Hintergrund und Ziele der Studie	12
1.2 Definitionen	13
1.3 Methodologie	16
2. GRÜNDE FÜR RESETTLEMENT	19
2.1 Globaler Kontext	19
2.2 Europäischer Kontext	22
2.3 Österreichischer Kontext	28
3. RECHTLICHER RAHMEN	35
3.1 Rechtsgrundlagen	35
3.2 Aufenthaltstitel	37
3.3 Recht auf Familienzusammenführung	38
3.4 Erlangen der Staatsbürgerschaft	39
4. AKTEURE	40
4.1 Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)	40
4.2 Internationale Organisation für Migration (IOM)	41
4.3 Bundesministerium für Inneres (BMI)	42
4.4 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	43
4.5 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)	44
4.6 Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF)	45
4.7 ARGE Resettlement	46
5. PROZESS UND FINANZIERUNG	47
5.1 Identifizierung und Auswahl	47
5.1.1 <i>UNHCR-Fälle</i>	47
5.1.2 <i>Familienzusammenführungs-Fälle</i>	50
5.2 Vor-Abreise und Abreisephase	52
5.2.1 <i>Dokumente und Ausreisegenehmigungen</i>	52
5.2.2 <i>Medizinische Untersuchungen</i>	54
5.2.3 <i>Kulturelle Orientierung in den Erstzufluchtsländern</i>	55
5.2.4 <i>Reisevorbereitung und Logistik</i>	57

5.3	Ankunftsphase	58
5.4	Integrationsphase	61
5.4.1	<i>Allgemeine Integrationsunterstützung</i>	61
5.4.2	<i>Spezielle Integrationsmaßnahmen</i>	63
5.5	Finanzierung	67
6.	STATISTIKEN	69
7.	EVALUIERUNG UND ERFAHRUNGEN	74
7.1	Evaluierung	74
7.2	Erfahrungen der durchführenden Akteure	75
7.2.1	<i>Koordinierung und Partnerschaft</i>	76
7.2.2	<i>Die Situation in den Transitländern</i>	77
7.2.3	<i>Zielgruppenspezifische Merkmale (inklusive der medizinischen Situation)</i>	78
7.2.4	<i>Kulturelle Orientierung</i>	79
7.2.5	<i>Integrationsleistungen</i>	80
7.3	Erfahrungen der Zielgruppe	81
7.3.1	<i>Nergez</i>	81
7.3.2	<i>Ameen Al Dayoub</i>	83
8.	SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK	86
	ANHÄNGE	88
A.1	Statistische Tabellen	88
A.2	Liste der Übersetzungen und Abkürzungen	91
A.3	Literaturverzeichnis	92

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abbildung 1:	Anzahl der AsylwerberInnen in der Europäischen Union (2006–2015)	23
Abbildung 2:	Anzahl der Asylanträge in Österreich (2006–2015)	32
Abbildung 3:	Anzahl der Asylanträge, die von unbegleiteten Minderjährigen in Österreich gestellt wurden (2006–2015)	33
Abbildung 4:	Identifizierung und Auswahl der TeilnehmerInnen im ersten Teil des Humanitären Aufnahmeprogramms (HAP I)	51
Abbildung 5:	Identifizierung und Auswahl der TeilnehmerInnen im zweiten Teil des Humanitären Aufnahmeprogramms (HAP II)	52
Abbildung 6:	Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Programmkomponente (2013–2015)	69
Abbildung 7:	Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Transitland (2013–2015)	71
Abbildung 8:	Anteil an Familien und Einzelpersonen, die im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen wurden (2013–2015)	71
Abbildung 9:	Anteil an Minderjährigen und Erwachsenen, die im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen wurden (2013–2015)	72
Abbildung 10:	Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Geschlecht (2013–2015)	73
Tabelle 1:	Migrationsbewegungen in die Europäische Union nach Ankunftsstaat (2015)	23

Tabelle 2:	Anzahl der von UNHCR durchgeführten Resettlement-Abreisen nach Resettlement-Aufnahmestaat (2005–2014)	26
Tabelle 3:	Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Staatsangehörigkeit (2013–2015)	70
Tabelle A.1:	Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Programmkomponente und Personengruppen (2013–2015)	88
Tabelle A.2:	Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Programmkomponente, Altersgruppe und Geschlecht (2013–2015)	88
Tabelle A.3:	Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Programmkomponente und Staatsangehörigkeit (2013–2015)	89
Tabelle A.4:	Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Programmkomponente und Transitland (2013–2015)	90

ZUSAMMENFASSUNG

Österreich implementiert seit 2013 ein Humanitäres Aufnahmeprogramm für insgesamt 1.900 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge. Die vorliegende Studie beleuchtet dieses Programm bis zum Stand Juni 2016. Auf nationaler und internationaler Ebene wurde von Österreich bisweilen der Begriff „Humanitäres Aufnahmeprogramm (HAP)“ bzw. „Humanitäre Aktion“ genutzt, obwohl Teile des Programms de facto klassischem Resettlement entsprechen. Daher wird auch in der Studie der Begriff „Humanitäres Aufnahmeprogramm“ bzw. „HAP“ als Abkürzung verwendet.

Die österreichische Bundesregierung hatte sich erstmals Ende August 2013 bereiterklärt, abseits der laufenden Asylverfahren 500 syrische Flüchtlinge aus der Krisenregion aufzunehmen (HAP I). Die Abwicklung dieser Aufnahme wurde in zwei Teile untergliedert: Der erste Teil, welche die Aufnahme von 250 Personen umfasste, wurde als Familienzusammenführung mit kirchlichen und zivilen Organisationen durchgeführt. Der zweite Teil wurde in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) abgewickelt, wobei 250 Personen aus Jordanien nach Österreich gelangten.

In Anbetracht der fortlaufenden Krise in der Arabischen Republik Syrien hat sich die Bundesregierung dann Mitte April 2014 dazu entschlossen, weitere 1.000 syrische Flüchtlinge aus der Krisenregion aufzunehmen (HAP II). Der erste Teil von 400 Personen wurde wiederum für die Zusammenführung von Familien zur Verfügung gestellt, wobei hier zur einen Hälfte Kirchen und christliche Organisationen unter den Auspizien der Erzdiözese Wien die Möglichkeit hatten, Personen vorzuschlagen; und zur anderen Hälfte privaten Personen die Möglichkeit eingeräumt wurde, für ihre Angehörigen über ein online abrufbares Formular Personen vorzuschlagen. Der zweite Teil von 600 Personen wurde nach Abschluss des ersten Aufnahmeprogramms auf bewährte Weise mit UNHCR fortgesetzt.

Der derzeit in Planung befindliche dritte Teil des Humanitären Aufnahmeprogramms (HAP III) wird sich an weitere 400 besonders schutzbedürftige Personen wenden, die von UNHCR ausgewählt werden.

Bezüglich des Ablaufs erfolgte nach Vorlage der Personenvorschläge durch die jeweiligen Vorschlagsberechtigten eine Schutzbedarfs- und Sicherheitsüberprüfung durch das österreichische Bundesministerium für Inneres.

Infolge der finalen Entscheidung über die Aufnahme durch das Bundesministerium für Inneres wurde die entsprechende österreichische Vertretungsbehörde im Ausland informiert und die Reise durch die Internationale Organisation für Migration (IOM) vorbereitet. Dazu gehörten die Beschaffung der notwendigen Dokumente (in Zusammenarbeit mit UNHCR) und Ausreisegenehmigungen, medizinische Untersuchungen, kulturelle Orientierungstrainings zur Vorbereitung auf das Leben in Österreich sowie weitere logistische Abwicklungen.

Nach der Ankunft in Österreich wurde allen Personen, die im Rahmen des HAP nach Österreich kamen, nach einer Registrierung, einem verkürzten Verfahren und einer obligatorischen Gesundheitsuntersuchung, Asyl von Amts wegen entsprechend § 3a Asylgesetz zuerkannt: „Einem Fremden ist von Amts wegen und ohne weiteres Verfahren der Status des Asylberechtigten oder des subsidiär Schutzberechtigten zuzuerkennen, wenn sich die Republik Österreich völkerrechtlich dazu verpflichtet hat.“

Als Grundlage für die Statuszuerkennung ergingen Erklärungen internationalen Rechts an UNHCR (bezüglich der UNHCR-Fälle) und IOM (bezüglich der Familienzusammenführungs-Fälle).

Alle Personen des Humanitären Aufnahmeprogramms konnten nach Ankunft in Österreich innerhalb der ersten vier Monate Leistungen der nationalen Grundversorgung im Rahmen des gesetzlich vorgegebenen Rahmens erhalten. Im HAP I wurden Personen, welche im Rahmen der Familienzusammenführung nach Österreich gelangten, grundsätzlich bei ihren Familienangehörigen untergebracht. Einigen Personen im Rahmen der Familienzusammenführung wurde ein Quartier der Grundversorgung in den Ländern zur Verfügung gestellt, falls keine ausreichenden Platzmöglichkeiten der hier lebenden Verwandten zur Erstunterbringung zur Verfügung standen. Hingegen wurden Personen, welche in Zusammenarbeit mit UNHCR nach Österreich kamen, grundsätzlich anfänglich in Quartieren der Grundversorgung der Länder untergebracht.

Im HAP II wurde die Unterbringung bei den Familienfällen beibehalten, während aufgrund des drastischen Anstiegs von AsylwerberInnen im Land seit Herbst 2015 bei der Unterbringung der UNHCR-Fälle ein neues Prozedere entwickelt wurde: Es wurde dazu übergegangen, die Flüchtlinge

in Zwischenunterkünfte bzw. direkt in ihre langfristigen Unterkünfte zu bringen, die durch die ARGE Resettlement – einer Gruppe bestehend aus Einrichtungen der Nichtregierungsorganisationen Caritas, Diakonie und Rotes Kreuz – nach einer Beauftragung durch das österreichische Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres bereitgestellt wurden.

Die Integration der TeilnehmerInnen des HAP wurde neben den Leistungen des Regelsystems durch speziell ausgeschriebene Integrationsmaßnahmen unterstützt. Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Österreich kamen, konnten (neben der Unterstützung durch die eigene Familie) Leistungen des Regelsystems beziehen und wurden beispielsweise durch Integrationsangebote des Österreichischen Integrationsfonds, Schulungsangeboten des österreichischen Arbeitsmarktservice oder Leistungen von Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Jene Personen, die in Zusammenarbeit mit dem UNHCR nach Österreich kamen, erhielten zusätzlich spezielle Integrationsleistungen, welche durch die zuvor genannte ARGE Resettlement durchgeführt wurden. Maßnahmen waren dabei spezielle Erstberatung bzw. -betreuung, Alphabetisierungs- bzw. Sprachkurse, Versorgung schulpflichtiger Kinder, Bildungs- und Berufsberatung, Kinderbetreuung, Unterkunftsberatung und Betreuung von allein reisenden Frauen mit erhöhtem Betreuungsbedarf. Im HAP II wurde ein ähnliches Leistungsspektrum für die ankommenden UNHCR-Fälle angeboten; dieses wurde, wie im HAP I, durch die Europäische Kommission ko-finanziert.

Der Ablauf, welcher innerhalb des HAP I und HAP II entwickelt wurde, wird voraussichtlich auch in der Implementierung des HAP III beibehalten.

1. EINLEITUNG

1.1 Hintergrund und Ziele der Studie

Die vorliegende Studie stellt die gegenwärtige politische, rechtliche und praktische Vorgehensweise Österreichs in Bezug auf Resettlement – im deutschen auch oft als Neuansiedlung bezeichnet – und humanitäre Aufnahme dar. Dabei liegt der Fokus vor allem auf dem Humanitären Aufnahmeprogramm (HAP) für insgesamt 1.900 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge, welches Österreich seit 2013 durchführt.

Ziel der Studie ist es, der österreichischen Forschung und der generellen Öffentlichkeit sowie anderen europäischen Staaten und politischen EntscheidungsträgerInnen Informationen zum österreichischen HAP zugänglich zu machen, um aus den Erfahrungen für die zukünftige Ausrichtung und Implementierung von Resettlementprogrammen, humanitärer Aufnahme und verwandten Programmen in der Europäischen Union (EU) zu profitieren. Explizit ausgenommen sind Maßnahmen zur Umsiedlung innerhalb der EU (*Relocation*).

Die Studie sieht eine Unterteilung in acht Kapitel vor: In Kapitel 1 werden zu Grunde liegende Definitionen und die methodologische Vorgehensweise erläutert; während in Kapitel 2 das Instrument des Resettlement im globalen, europäischen und österreichischen Kontext vorgestellt wird. Kapitel 3 beschäftigt sich mit der gegenwärtigen Politik und den rechtlichen Rahmenbedingungen in Österreich zur humanitären Aufnahme inklusive internationaler und bilateraler Abkommen, Aufenthaltstitel, dem Recht auf Familienzusammenführung sowie dem Erlangen der Staatsbürgerschaft. Im 4. Kapitel werden die Akteure vorgestellt, welche das Humanitäre Aufnahmeprogramm in Österreich praktisch umgesetzt haben und in Kapitel 5 werden der Prozess und die Finanzierung des Programms im Detail erläutert. Hier werden auch die vier Phasen des Prozesses der humanitären Aufnahme detailliert dargestellt: die Identifizierung und Auswahl, die Vor-Abreise und Abreise, die Ankunftsphase sowie die Integrationsphase. Da das Programm das erste seiner Art in Österreich war, wird eine Weiterentwicklung des Programms mit fortschreitender Zeit und Erfahrungen der ausführenden Akteure deutlich sichtbar. Statistiken werden in Kapitel 6

angeboten im Hinblick auf die Kategorien und die Staatsangehörigkeit der umgesiedelten Personen; und eine bereits durchgeführte Evaluierung des Programms sowie Erfahrungen und Herausforderungen der Zielgruppe und der durchführenden Akteure werden in Kapitel 7 vorgestellt. Abschließend werden Schlussfolgerungen und ein Ausblick angeboten.

Die Studie bildet den Länderbericht zu Österreich einer EU-weiten Studie des Europäischen Migrationsnetzwerkes (EMN) zur genannten Thematik, und die Ergebnisse fließen in einen sogenannten Synthesebericht ein, welcher von der Europäischen Kommission erstellt wird. Der Synthesebericht bietet einen strategischen Überblick der aktuell bestehenden Lösungen bezüglich Resettlement und humanitärer Aufnahme für Flüchtlinge in der EU und ermöglicht so, mehr über die Herausforderungen und Möglichkeiten bestehender Programme zu erfahren sowie den Nutzen dieser Programme zu diskutieren.

Dies ist vor allem von Nutzen, da es „alte“ und „neue“ Neuansiedlungsländer gibt, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen austauschen können, um praktische Informationen und Erfolgsfaktoren zu sammeln und so eine langfristige Aufstockung der Resettlement-Plätze in der EU zu ermöglichen.

Insgesamt trägt die Studie dazu bei, sowohl nationale Programme als auch gemeinsame europäische Initiativen voranzutreiben und weiterzuentwickeln, auch im Hinblick darauf, einen Beitrag zur Lösung der aktuellen und zukünftigen Flüchtlingsbewegungen zu leisten.

1.2 Definitionen

Die nachfolgenden Schlüsselbegriffe werden in dieser Studie verwendet. Die Definitionen stammen überwiegend aus dem Glossar Version 3.0 des Europäischen Migrationsnetzwerkes (EMN) (EMN, 2014), welcher ausschließlich auf Englisch zu erhalten ist (die deutsche Übersetzung wurde aus dem Glossar Version 2.0 (EMN, 2012) übernommen oder angepasst). Alternative Quellen der Terminologie sind in den Fußnoten angegeben.

Asyl: Eine Form von Schutz, den ein Staat auf seinem Hoheitsgebiet, basierend auf dem Prinzip des Non-refoulement und auf international oder national anerkannten Flüchtlingsrechten, gewährt. Asyl wird einer Person gewährt, die in ihrem Herkunfts- oder Wohnsitzland keinen Schutz suchen kann, insbesondere aus Furcht vor Verfolgung aufgrund der Rasse, Religion,

Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Meinung.

Asylantrag: Der Antrag eines Ausländers oder Staatenlosen, der als Ersuchen um Schutz nach der Genfer Konvention von 1951 oder nach nationalem Flüchtlingsrecht verstanden werden kann.

AsylwerberIn: Im globalen Kontext eine Person, die Schutz vor Verfolgung oder ernsthaftem Schaden in einem anderen Land als dem eigenen beantragt und auf eine Entscheidung über den Flüchtlingsstatus unter Anwendung relevanter internationaler und nationaler Instrumente wartet. Im EU-Kontext, eine Person, die einen Antrag auf Schutz nach der Genfer Konvention gestellt hat, über den noch nicht endgültig entschieden wurde.

Aufenthaltstitel: Jede von den Behörden eines Mitgliedstaats ausgestellte Genehmigung, die einen Drittstaatenangehörigen zum rechtmäßigen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats berechtigt.

Drittstaatsangehörige/r: Jede Person, die nicht Staatsangehörige der Europäischen Union im Sinne von Art. 20 Abs. 1 des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union¹ ist und die nicht das Gemeinschaftsrecht auf Freizügigkeit nach Art. 2 Abs. 5 des Schengener Grenzkodex² genießt.

Flüchtling: Im globalen Kontext, eine Person, die sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.

Im EU-Kontext, ein Drittstaatsangehöriger, der sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner

1 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassung), ABl. C 326/47.

2 Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex), ABl. L 105/1.

politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder ein Staatenloser der sich infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will, und auf die Art.12 (Ausschluss) der Richtlinie 2011/95/EU des Rates keine Anwendung findet.

Flüchtlingsstatus: Die Anerkennung eines Drittstaatsangehörigen oder eines Staatenlosen als Flüchtling durch einen Mitgliedstaat.

Internationaler Schutz: Im globalen Kontext, die Handlungen der internationalen Gemeinschaft auf Basis des internationalen Rechts mit dem Ziel, die fundamentalen Rechte einer bestimmten Gruppe von Personen, die sich außerhalb des Herkunftsstaates befinden, und keinen nationalen Schutz in ihren eigenen Ländern erhalten, zu schützen. Im EU-Kontext umfasst dieser Schutz Flüchtlingseigenschaft und subsidiären Schutzstatus.

Zusätzlich werden in der Studie die folgenden Begriffe und Definitionen verwendet, welche in den Spezifikationen für die Studie festgelegt wurden:

Humanitäre Aufnahme: Im Kontext dieser Studie bezieht sich humanitäre Aufnahme auf dem Resettlement ähnlichen Schemata, die jedoch aus unterschiedlichen Gründen nicht vollständig der Definition von Resettlement entsprechen. So kann Resettlement etwa eine permanente Lösung für die betroffenen Personen darstellen, wohingegen humanitäre Aufnahme eine vorübergehende Lösung sein kann. Weiters ist die Anerkennung von internationalem Schutz eine Voraussetzung für Resettlement (wie von UNHCR festgelegt), während humanitäre Aufnahme einem größeren Kreis an möglichen Personen zunutze kommen kann. Humanitäre Aufnahme ist daher gedacht als Überstellung eines Drittstaatsangehörigen von einem Drittstaat in einen Mitgliedsstaat aus humanitären Gründen nach nationalem Recht mit Bezug auf internationalen Schutz durch Verwaltungs- und Gerichtsbehörden.

Neuangesiedelte Person: Im Kontext dieser Studie, ein Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser, der mittels Resettlement oder humanitärer Aufnahme von einem Drittstaat in einen EU-Mitgliedstaat überstellt wurde.

Resettlement/Neuansiedlung: Im globalen Kontext, die Auswahl und Überstellung von Flüchtlingen aus dem Land, in dem sie Zuflucht gesucht

haben in einen Drittstaat, welcher ihrer Aufnahme als Flüchtling mit permanentem Aufenthaltstitel zugestimmt hat. Der zuerkannte Status schützt auch vor *Refoulement* und bietet dem umgesiedelten Flüchtling und seiner Familie Zugang zu Rechten entsprechend denen von InländerInnen. Resettlement bietet auch die Möglichkeit der Einbürgerung in dem jeweiligen Zielland (UNHCR, 2011:3).³

Im EU-Kontext, der Prozess, bei dem ein Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser auf Ersuchen des UNHCR, der auf sein Bedürfnis nach internationalem Schutz gestützt ist, aus einem Drittstaat in einen Mitgliedstaat überstellt wird, in dem er sich mit einer der folgenden Rechtsstatus aufhalten darf:

- i. Flüchtlingsstatus im Sinne von Art. 2 lit. d der Richtlinie 2011/95/EU; oder
- ii. ein Status, der nach dem nationalen und Gemeinschaftsrecht dieselben Rechte und Vergünstigungen gewährt wie die Flüchtlings-eigenschaft.

1.3 Methodologie

Die vorliegende Studie wurde vom Nationalen Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) im Rahmen des EMN-Arbeitsprogramms 2015–2016 durchgeführt. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus allen nationalen Berichten, welche später in den Synthesebericht einfließen, zu ermöglichen, wurde die Studie nach einer gemeinsamen Studienvorlage, welche für alle EUMitgliedstaaten plus Norwegen galt, erstellt.

Die Studie bezieht sich auf den Zeitraum von 2013 bis Juni 2016 und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie stützt sich auf Informationen, die auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu Resettlement allgemein und dem österreichischen Humanitären Aufnahmeprogramm im Speziellen verfügbar waren wie beispielsweise Publikationen, Studien und Statistiken sowie Internetquellen. Zur Sekundärforschung zählte ebenfalls

3 Obwohl es eine rechtliche Grundlage im internationalen Rahmenwerk für Resettlement gibt, unterliegt die Anwendung des Rechtsinstruments unterschiedlichen Interpretationen (UNHCR, 2013a:15). Deshalb obliegt eine eindeutige Definition des Terminus dem Aufnahmeland.

die Materialsammlung zur gesetzlichen Lage in Österreich. Eine Übersicht der verwendeten Informationsquellen findet sich im Literaturverzeichnis der Studie.

Da es zur Thematik nur sehr wenig öffentlich zugängliches Material gab, wurden zur Vervollständigung der Informationen schriftliche Anfragen per E-Mail an die hauptsächlichen Akteure ausgesendet und von den nachstehenden VertreterInnen beantwortet:

- Karin Abram, Leiterin der Abteilung Integration, Migration und Asyl der Caritas Österreich (ARGE Resettlement);
- Katharina Benedetter, Leiterin der Abteilung für Integration, IOM Landesbüro für Österreich;
- Marianne Dobner, Projektkoordinatorin Integration, IOM Landesbüro für Österreich;
- Andreas Gampert, Fachbereichsleitung Integration, Diakonie Flüchtlingsdienst gem. GmbH (ARGE Resettlement);
- Michael Girardi, Leiter der Abteilung VIII.1 (Grundsatzangelegenheiten Integration) des österreichischen Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres;
- Lilian Hagenlocher, Mitarbeiterin der Rechtsabteilung, UNHCR Österreich;
- Elisabeth Hochenegger, Operations Abteilung, IOM Landesbüro für Österreich;
- Christian Hrubes, Koordinator Grundversorgung Flüchtlinge, Kompetenzzentrum Asyl, Österreichisches Rotes Kreuz, Landesverband Oberösterreich (ARGE Resettlement);
- Diana Karabinova, Migrationsbeauftragte beim Österreichischen Roten Kreuz Wien (ARGE Resettlement);
- Barbara Kurz, Projektmitarbeiterin Integration, Migration und Asyl, Caritas Österreich (ARGE Resettlement).

Die Antworten und zur Verfügung gestellten internen Papiere (wie *Notes for the Files*, Auflistungen und/ oder stichwortartige Beschreibungen) wurden in die Studie aufgenommen.

Außerdem wurde am 15. April 2016 ein qualitatives, halb strukturiertes Interview mit Peter Stark, Abteilung III/5 (Asyl und Fremdenwesen) vom österreichischen Bundesministerium für Inneres geführt, um angegebene Informationen zu verifizieren und letzte Informationslücken zu schließen.

Die Erstellung der vorliegenden Studie oblag Katerina Kratzmann (Leiterin des IOM Landesbüros für Österreich). Die in der Studie enthaltenen Statistiken wurden von Saskia Koppenberg (Wissenschaftliche Mitarbeiterin, IOM Landesbüro für Österreich) ausgearbeitet; Nina Birner (Mitarbeiterin für Forschung und Kommunikation, IOM Landesbüro für Österreich) war für die Recherche und Inklusion von Quellen sowie die Erstellung des Literaturverzeichnisses und der Fußnoten verantwortlich.

Ganz besonderer Dank gilt UNHCR für die Zurverfügungstellung von Materialien zu den Erfahrungen der Zielgruppe sowie allen AkteurInnen, die bereitwillig Informationen für die Erstellung der Studie bereitgestellt haben – hier allen voran das österreichische Bundesministerium für Inneres und das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, die IOM-MitarbeiterInnen sowie die VertreterInnen der ARGE Resettlement.

2. GRÜNDE FÜR RESETTLEMENT

2.1 Globaler Kontext

Ende 2015 warnte das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) davor, dass im selben Jahr höchstwahrscheinlich alle bisher dagewesenen Aufzeichnungen über weltweit gewaltsam vertriebene Personen überschritten werden würden.⁴ Tatsächlich betrug die Anzahl der Personen, die unter das Mandat des UNHCR fielen, Mitte des Jahres 2015 rund 58 Millionen, darunter (UNHCR, 2015a:19):

- 34 Millionen Binnenvertriebene und Personen in ähnlicher Situation;
- 15,1 Millionen Flüchtlinge und Personen in flüchtlingsähnlicher Situation;⁵
- 3,9 Millionen Staatenlose;
- 2,3 Millionen Asylsuchende, die auf eine Statusentscheidung warten;
- 1,5 Millionen zurückgekehrte Flüchtlinge und zurückgekehrte Binnenvertriebene; sowie
- 1,1 Millionen andere Personen.

Die Anzahl der Flüchtlinge weltweit hat sich vor allem während der letzten vier Jahre deutlich erhöht. Gab es mit Ende 2011 noch 10,4 Millionen Flüchtlinge, so waren es Ende 2014 bereits 14,4 Millionen. Mitte des Jahres 2015 stieg die Anzahl der Flüchtlinge auf 15,1 Millionen an – die höchste Anzahl seit 20 Jahren (+4,7 Millionen oder +45 % im Vergleich zu Ende 2011). Die starke Zunahme ist laut UNHCR vor allem auf den Krieg in der Arabischen Republik Syrien zurückzuführen. Ohne die syrischen Staatsangehörigen läge die Zunahme der Anzahl der Flüchtlinge bei

4 UNHCR, *2015 likely to break records for forced displacement – study*. News Stories, 18. Dezember 2015, verfügbar auf www.unhcr.org/5672c2576.html (Zugriff am 29. April 2016).

5 Nicht mitgezählt sind die ungefähr fünf Millionen palästinensischen Flüchtlinge die unter das Mandat vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) fallen.

lediglich +0,5 Millionen oder +5 Prozent im Vergleich zu Ende 2011 (UNHCR, 2015a:4).

Die betroffenen SyrerInnen flohen seit dem Start des Konfliktes im Jahre 2011 überwiegend in die Nachbarstaaten (UNHCR, 2015a:4). So gab es Ende April 2016 fast 4,8 Millionen registrierte syrische Flüchtlinge; davon 2,7 Millionen in der Türkei, eine Million im Libanon, 643.000 in Jordanien, 246.000 im Irak und 120.000 in Ägypten.⁶

Aber auch ohne den Konflikt in der Arabischen Republik Syrien gäbe es einen Aufwärtstrend, so UNHCR, weil Krisengebiete wie etwa Afghanistan, Burundi, die Demokratische Republik Kongo, Mali, Somalia, Südsudan und die Ukraine in den letzten Jahren verstärkt zu globalen Fluchtbewegungen beitrugen (UNHCR, 2015a:4).

Resettlement und humanitäre Aufnahmeprogramme sind in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument, um der Herausforderung von globalen Fluchtbewegungen zu begegnen. Sie zielen auf die Neuansiedlung jener besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge in einen aufnahmebereiten Staat ab, die wegen fortwährender Verfolgungsrisiken weder in ihre Herkunftsländer zurückkehren noch in den Erstzufluchtsstaaten⁷ eine dauerhafte Lösung finden können.⁸

In der Umsetzung von Resettlement und humanitären Aufnahmeprogrammen werden laut UNHCR folgende Funktionen erfüllt (UNHCR, 2011:3):

1. Resettlement ist ein Mittel zur Gewährung von internationalem Schutz für Flüchtlinge, deren Leben, Freiheit, Sicherheit, Gesundheit oder andere fundamentale Menschenrechte im Erstzufluchtsstaat bedroht sind;
2. Resettlement kann eine dauerhafte Lösung für eine größere Anzahl oder Gruppe von Flüchtlingen sein, für welche die alternativen dauerhaften Lösungen (lokale Integration/Rückkehr) nicht in Betracht kommen;

6 UNHCR, *Syria Regional Refugee Response – Inter-agency Information Sharing Portal*, verfügbar auf <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php> (Zugriff am 29. April 2016).

7 Jener Staat, in welchen eine Person zuerst geflohen ist.

8 Europäische Kommission, *Mitteilung der Kommission an den Rat und das europäische Parlament zur kontrollierten Einreise von Personen, die internationalen Schutz benötigen, in die EU und zur Stärkung der Schutzkapazität von Herkunftsregionen „Verbesserung des Zugangs zu dauerhaften Lösungen“*, 4. Juni 2004, KOM (2004) 410 endgültig, S. 10, verfügbar auf <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52004DC0410&from=EN> (Zugriff am 27. April 2016).

3. Resettlement ist ein konkreter Ausdruck internationaler Solidarität, der zur Verantwortungsteilung für den Flüchtlingsschutz beiträgt (Entlastung und Stärkung der Schutzkapazitäten in Erstzufluchtsstaaten).

Programme zu Resettlement und humanitärer Aufnahme bieten bestimmte Vorteile für die Aufnahmestaaten sowie für die TeilnehmerInnen:

Erstens wird irreguläre Migration (und verwandte Phänomene wie Menschen schmuggel) verhindert, da ein legaler Migrationsweg geöffnet und Formalitäten der Einreise wie z.B. das Visum schon im Erstzufluchtsstaat geklärt werden. Dadurch werden wesentliche potentielle Gefahren von Migration minimiert, da eine schutzsuchende Person nicht irregulär einreisen muss, um einen Antrag auf Asyl zu stellen, sondern eine kontrollierte legale Einreise gewährleistet wird. Dies ist laut Mitteilung der Europäischen Kommission auch ein wirksames Instrument zur Bekämpfung rassistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen, da die öffentliche Unterstützung zunehmen dürfte, wenn Anträge außerhalb der EU geprüft werden und erst dann die Weiterwanderung in die EU erfolgt.⁹

Zweitens ist es mittels des Prinzips einer geregelten Einreise möglich, klar definierte Kriterien für die Auswahl der TeilnehmerInnen festzulegen, was laut der Europäischen Kommission für viele aufnahmebereite Staaten wichtig ist.¹⁰ Dies bietet den Aufnahmestaaten die Möglichkeit, die Ankunft von Flüchtlingen zu planen und sich frühzeitig auf ihre Ankunft vorzubereiten. Weiters können entsprechende Integrationsprogramme erarbeitet, Wohnraum geschaffen und finanzielle Rahmenbedingungen kalkuliert werden.

Drittens ist die Funktion von Resettlement als Ausdruck der Solidarität mit Drittstaaten sehr wichtig. Die Europäische Kommission weist diesbezüglich darauf hin, dass partnerschaftliches Mitwirken und Unterstützung als maßgeblich gelten für das Gelingen jeder Politik, die sich mit Personenbewegungen befasst. Diesbezüglich wird dazu angehalten, Resettlement als wichtigen Aspekt aller Partnerschaftsvereinbarungen mit Drittstaaten zu sehen.¹¹ Auch UNHCR weist in Hinblick auf die Lage der Arabischen

9 Ebd., S. 7.

10 Ebd., S. 11. UNHCR weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Vulnerabilität der Personen bei Resettlement im Vordergrund stehen sollte und restriktive Auswahlkriterien, die auf dem Integrationspotenzial von Flüchtlingen beruhen, eher zu vermeiden sind (UNHCR, 2015b:17). Kriterien wie oben genannt sind daher eher solche, die eine Vorbereitung der Ankunft und des weiteren Integrationsprozesses erlauben.

11 Ebd., S. 4.

Republik Syrien darauf hin, dass internationale Solidarität erforderlich sei, um eine mögliche Destabilisierung der Nachbarstaaten zu verhindern und diese bei der Aufnahme von Flüchtlingen weiter zu unterstützen.¹²

Der globale Bedarf an Resettlement-Plätzen ist wesentlich höher als das jährlich angebotene Kontingent. Im Jahr 2015 gab es 81.893 von UNHCR durchgeführte Resettlement-Abreisen, die einem Bedarf von rund 960.000 Personen gegenüberstanden. Die Top-5 Resettlement-Aufnahmestaaten waren die Vereinigten Staaten von Amerika (52.583 Personen), Kanada (10.236 Personen), Australien (5.211 Personen), Norwegen (2.220 Personen) und das Vereinigte Königreich (1.768 Personen).¹³ Zudem wächst der globale Bedarf an Resettlement-Plätzen. UNHCR schätzt, dass im Jahr 2016 mehr als 1,15 Millionen Flüchtlinge weltweit auf Resettlement angewiesen sein werden, das sind rund 20 Prozent mehr als der geschätzte Bedarf für 2015. Es wird angenommen, dass 392.000 Personen aus Afrika neuangesiedelt werden müssen, 369.000 Personen aus dem Nahen Osten und Nordafrika, 215.000 Personen aus Europa, 170.000 Personen aus Asien und 7.500 Personen aus Nord-, Mittel- und Südamerika (UNHCR, 2015b:12).

2.2 Europäischer Kontext

Im Jahr 2015 kamen laut Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) rund eine Million MigrantInnen und Flüchtlinge über das Mittelmeer und die Balkanhalbinsel nach Europa. 50 Prozent waren syrische und 20 Prozent afghanische Staatsangehörige. Die ganz überwiegende Mehrheit erreichte die EU über Griechenland (82 %), wie aus der Tabelle unten ersichtlich wird.¹⁴

12 UNHCR, *UNHCR-Erwägungen zum Schutzbedarf von Personen, die aus der Arabischen Republik Syrien fliehen*. 4. aktualisierte Fassung, S. 28f., verfügbar auf www.refworld.org/cgi-bin/texis/vtx/rwmain/opendocpdf.pdf?reldoc=y&docid=56ba17344 (Zugriff am 23. Mai 2016).

13 UNHCR, *Resettlement Fact Sheet 2015*, verfügbar auf www.unhcr.org/524c31a09.html (Zugriff am 29. April 2016).

14 IOM, *Mixed Migration Flows in the Mediterranean and Beyond – Compilation of available Data and Information, Reporting Period 2015*, S. 1–4, verfügbar auf www.iom.int/sites/default/files/situation_reports/file/Mixed-Flows-Mediterranean-and-Beyond-Compilation-Overview-2015.pdf (Zugriff am 28. April 2016).

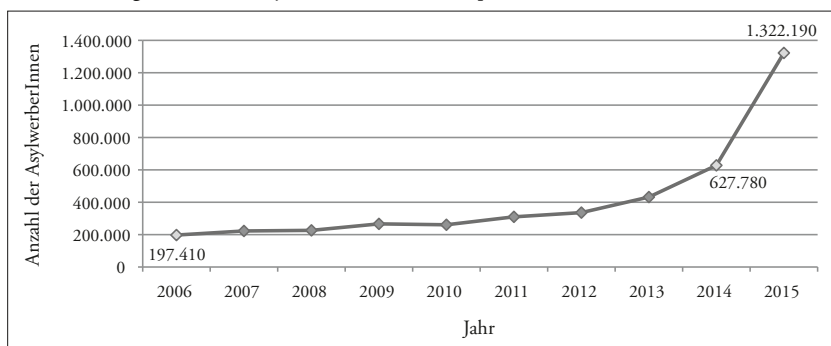
Tabelle 1: Migrationsbewegungen in die Europäische Union nach Ankunftsstaat (2015)

EU-Ankunftsstaat	Über das Mittelmeer	Über Land	Insgesamt
Griechenland	853.650	3.713	857.363
Italien	153.842	–	153.842
Bulgarien	–	31.174	31.174
Spanien	3.845	–	3.845
Zypern	269	–	269
Malta	106	–	106
Insgesamt	1.011.712	34.887	1.046.599

Quelle: IOM, o.J.:4, eigene Darstellung.

Diese Entwicklung spiegelte sich auch in der Anzahl der AsylwerberInnen in der EU wieder. Wirft man einen Blick auf die Daten von Eurostat der letzten zehn Jahre, so zeigt sich ein stetig ansteigender Trend (mit Ausnahme von 2010) und, wie Abbildung 1 deutlich erkennen lässt, ist die Anzahl der AsylwerberInnen in den letzten drei Jahren vermehrt gestiegen, wobei es 2015 einen sprunghaften Anstieg um mehr als das Doppelte gab.

Abbildung 1: Anzahl der AsylwerberInnen in der Europäischen Union (2006–2015)



Quelle: Eurostat, [migr_asyappctrza] und [migr_asyctz], exportiert am 29. April 2016, eigene Darstellung.

Anmerkungen: Die Zahlen wurden auf 5 ab- bzw. aufgerundet. 2006 umfasste die EU nur 25 Mitgliedstaaten, zwischen 2007 und 2012 27 Mitgliedstaaten und ab 2013 28 Mitgliedstaaten.

Zusätzlich zu den Personen, die sich eigenständig auf den Weg nach Europa machten, nahm die EU auch Flüchtlinge über Resettlement und humanitäre Aufnahmeprogramme auf.

Diese werden im europäischen Kontext schon diskutiert seit dem sich erste Tendenzen zur Annäherung an ein Gemeinsames Europäisches Asyl-

system und das Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam im Jahr 1999¹⁵ erkennen ließen. Neben der Abstimmung über ein gemeinsames Asylverfahren, gemeinsame Mindeststandards und einheitliche Statusbestimmungen wurden auch Programme zur Neuansiedelung von Flüchtlingen aus Drittländern schon früh bedeutsam – auch wenn zunächst nur für einige EU-Mitgliedstaaten wie Dänemark, Finnland, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich.

2009 legte die Europäische Kommission den Entwurf eines gemeinsamen Neuansiedelungs-programm der EU in einer Mitteilung vor.¹⁶ Dieses sollte sich durch folgende Aspekte auszeichnen: eine bessere und gezieltere Unterstützung im Bereich des internationalen Schutzes von Flüchtlingen, um die EU zu mehr Handhabe zu geleiten; eine verstärkte strategische Nutzung von Neuansiedelungsprogrammen für die externe und humanitäre Politik der EU; Neuansiedelungsbestrebungen der EU sollten besser koordiniert werden, um die Wirksamkeit und Kosteneffizienz sicherzustellen.

Der Aufruf der Europäischen Kommission richtete sich auf den Ausbau von Resettlement-Aktivitäten, wodurch internationale Angelegenheiten wirksamer mitgestaltet werden könnten. Das Hauptziel eines gemeinsamen EU-Resettlementprogramms solle folglich darin bestehen, mehrere Mitgliedstaaten in die Neuansiedlungsmaßnahmen einzubeziehen und den neu angesiedelten Personen in einem geregelten Verfahren zuverlässig Schutz zu bieten, mit dem Hauptziel internationale Solidarität zu zeigen und Staaten außerhalb der EU zu entlasten.¹⁷

15 Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften damit zusammenhängender Rechtsakte (97/C 340/01), ABl. C 340/1.

16 Europäische Kommission, *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat zur Einrichtung eines gemeinsamen Neuansiedelungsprogramms der EU*, 2. September 2009 KOM (2009), 447 endgültig, S. 7ff., verfügbar auf <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:52009DC0447> (Zugriff am 6. April 2016).

17 Ebd., S. 5.

Im Rahmen dieser Einrichtung eines gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms der EU legte die Europäische Kommission einen Pauschalbetrag von 4.000 Euro für jede neu angesiedelte Person aus den Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds fest. Um diese Mittel zu bekommen, musste eines der folgenden vier Kriterien von Personen erfüllt sein:¹⁸

1. Personen aus einem Land oder einer Region, das/die für die Teilnahme an einem regionalen Schutzprogramm benannt wurde;
2. Unbegleitete Minderjährige;
3. Kinder und Frauen, denen insbesondere psychische, physische oder sexuelle Gewalt oder Ausbeutung droht;
4. Personen, die umfangreiche medizinische Betreuung benötigen, die nur durch eine Neuansiedlung gewährleistet werden kann.

Im Jahr 2012 beschlossen das Europäische Parlament und der Rat dann ein gemeinsames Resettlementprogramm der EU.¹⁹ Die Teilnahme an dem Programm war freiwillig und im gleichen Jahr wurde durch die Etablierung des Europäischen Resettlement Netzwerkes²⁰ ein weiterer Schritt gesetzt. Dieses bot eine Plattform zum Austausch von Informationen im Bereich der Neuansiedlungsprioritäten, Prozesse und Praktiken. Gleichzeitig wurde die Kampagne „Resettlement Saves Lives“²¹ initiiert deren Ziel es war, bis zum Jahr 2020 jährlich 20.000 Resettlement-Plätze in Europa bereitzustellen – ein Ziel das heute längst erreicht ist.

18 Ebd., S. 4.

19 Beschluss Nr. 281/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. März 2012 zur Änderung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“, ABl. L 92.

20 Europäisches Resettlement-Netzwerk, verfügbar auf www.resettlement.eu/ (Zugriff am 12. April 2016).

21 Europäisches Resettlement-Netzwerk, *Resettlement rettet Leben – 2020 Kampagne*, verfügbar auf www.resettlement.eu/page/resettlement-saves-lives-2020-campaign (Zugriff am 15. April 2016).

Tabelle 2: Anzahl der von UNHCR durchgeführten Resettlement-Abreisen nach Resettlement-Aufnahmestaat (2006–2015)

Resettlement-Aufnahmestaat	Jahr									
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Belgien	14	17	6	54	2	19	1	100	32	276
Dänemark	750	480	403	488	386	606	324	471	332	486
Deutschland	10	3	0	2.064	457	22	323	1.092	3.467	2.097
Finnland	548	714	675	710	543	573	763	665	1.011	964
Frankreich	1	5	276	179	217	42	84	100	378	700
Griechenland	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Irland	119	107	89	194	20	36	40	62	98	178
Italien	6	40	30	191	58	0	9	0	0	96
Luxemburg	0	0	0	28	0	0	0	0	28	49
Niederlande	327	425	580	347	430	479	262	362	743	428
Österreich	1	1	0	0	0	0	0	4	269	642
Polen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Portugal	0	12	5	26	24	28	21	6	14	39
Rumänien	0	0	0	0	38	0	0	0	44	2
Schweden	1.571	1.772	1.558	1.880	1.789	1.896	1.483	1.832	1.812	1.808
Spanien	0	3	8	0	0	0	80	0	30	92
Tschechische Republik	0	8	46	17	48	0	25	1	4	0
Ungarn	0	0	0	0	0	0	1	0	4	2
Vereinigtes Königreich	349	348	697	969	695	424	989	750	628	1.768
<i>EU-MS insgesamt</i>	<i>3.696</i>	<i>3.935</i>	<i>4.375</i>	<i>7.147</i>	<i>4.707</i>	<i>4.125</i>	<i>4.405</i>	<i>5.445</i>	<i>8.894</i>	<i>9.629</i>
Island	0	30	29	0	6	0	9	0	4	13
Liechtenstein	0	0	0	0	0	0	0	0	5	17
Norwegen	871	978	722	1.367	1.088	1.258	1.137	938	1.188	2.220
Schweiz	13	7	12	17	19	39	54	78	139	664
<i>EFTA-MS / Schweiz insgesamt</i>	<i>884</i>	<i>1.015</i>	<i>763</i>	<i>1.384</i>	<i>1.113</i>	<i>1.297</i>	<i>1.200</i>	<i>1.016</i>	<i>1.336</i>	<i>2.914</i>
<i>Restl. Staaten insgesamt</i>	<i>24.980</i>	<i>44.918</i>	<i>60.721</i>	<i>76.126</i>	<i>67.094</i>	<i>56.227</i>	<i>63.647</i>	<i>64.988</i>	<i>63.378</i>	<i>69.350</i>
INSGESAMT	29.560	49.868	65.859	84.657	72.914	61.649	69.252	71.449	73.608	81.893

Quelle: UNHCR, 2010:55; UNHCR, 2016:59, eigene Darstellung.

Anmerkung: Die Zahlen für 2015 sind vorläufig und können sich noch ändern.

Über den Zehnjahreszeitraum 2006 bis 2015 nahmen die EU-Mitgliedstaaten wie in Tabelle 2 ersichtlich vergleichsweise wenige Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement auf – rund 92 Prozent wurden von anderen Staaten aufgenommen. Wie die Daten zeigen, schwankte die Anzahl der von UNHCR durchgeführten Resettlement-Abreisen von Jahr zu Jahr: über den Zehnjahreszeitraum 2006 bis 2015 gab es ein Tief mit nur 29.560 Abreisen im Jahr 2006 und ein Hoch mit 84.657 Abreisen im Jahr 2009. Zwischen 2006 und 2009 stieg die Anzahl der Resettlement-Abreisen, viel dann ab und ist seit 2012 wieder im Steigen begriffen, wobei in 2015 der Höchstwert aus 2009 noch nicht wieder erreicht wurde. Resettlement in Aufnahmestaaten der EU machte dabei immer nur einen Bruchteil aus (zwischen 6 % und 12 %). Schweden war einer der größten Aufnahmestaaten der EU über den gesamten Zeitraum 2006 bis 2015. Betrachtet man alle Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), d.h. die EU-Mitgliedstaaten und die Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), sowie die Schweiz, dann zeigt sich, dass auch Norwegen durchgehend einer der wichtigsten Aufnahmestaaten war.

Im Mai 2015 bestätigte die Europäische Kommission mit der Europäischen Migrationsagenda²² ein weiteres Mal die Relevanz von Resettlement und humanitären Aufnahmeprogrammen und sprach sich in weiterer Folge im Juli 2015 dafür aus, über 20.000 Flüchtlinge in den nächsten zwei Jahren aufzunehmen.²³

Kurz danach, ab Herbst 2015, gewann die Thematik mit der sogenannten „Migrations- und Flüchtlingskrise“ (Bendiek/Neyer, 2016:2) weiter an Relevanz. Die außergewöhnlichen Migrationsbewegungen durch die EU setzten einerseits das Dubliner Übereinkommen²⁴ und das Schengener

22 Europäische Kommission, *European Agenda on Migration*, verfügbar auf http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/index_en.htm (Zugriff am 13. April 2016).

23 Europäische Kommission, *Erste Vorschläge der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Migrationsagenda*. Presseausendung, 27. Mai 2015, verfügbar auf http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5039_de.htm (Zugriff am 21. April 2016).

24 Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung), ABl. L 180/31.

Abkommen²⁵ zu Grenzmodalitäten und Mobilität in der EU unter erheblichen Druck; führten andererseits jedoch auch dazu, dass die Reise nach Europa für viele Flüchtlinge und MigrantInnen mit extremen Unsicherheiten, Risiken und Gefahren verbunden war. Weiters wurde offensichtlich, dass viele EU-Mitgliedstaaten sehr zurückhaltend gegenüber der Aufnahme einer großen Anzahl von Flüchtlingen auftraten.²⁶

Um angemessene Lösungen zu finden, wurden unterschiedliche Ideen und Konzepte diskutiert. Diese umfassten beispielsweise die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern durch Beiträge zur Entwicklung(szusammenarbeit), aber auch besserer Kontrollen der Außengrenzen, verstärktes Vorgehen gegen Schlepper und Menschenhändler-Innen, die Implementierung eines Plans zur Umverteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU (*Relocation*) oder die Unterstützung von Nachbarstaaten der Kriegsgebiete.²⁷ Nicht zuletzt wurden die Notwendigkeit legaler Migrationswege und der Zugang zu Schutz innerhalb der EU besprochen. In diesem Zusammenhang wurde Resettlement als ein mögliches Kernelement legaler Migrationsmöglichkeiten gesehen (Collett, 2015:22).

2.3 Österreichischer Kontext

Österreich hat eine lange Tradition der Unterstützung von Flüchtlingen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Seit 1945 sind mehr als zwei Millionen Flüchtlinge nach Österreich gekommen und mehr als 700.000 sind geblieben. Neben dem regulären Asylverfahren erkannte Österreich in diesem Zusammenhang auch jenen Personen internationalen Schutz zu, die durch Aufnahmeprogramme zugelassen wurden.²⁸

25 Übereinkommen zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, ABl. L 239.

26 Europäische Kommission, *Umverteilung und Neuansiedlung: EU-Kommission sieht Mitgliedstaaten in der Pflicht*. Presseaussendung, 16. März 2016, verfügbar auf http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-829_de.htm (Zugriff am 23. Mai 2016).

27 Europäische Kommission, *Refugee Crisis: European Commission takes decisive action*. Presseaussendung, 9. September 2015, verfügbar auf http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5596_en.htm (Zugriff am 22. April 2016); Europäischer Rat, *Informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs, 23. September 2015 – Erklärung*. Presseaussendung, 24. September 2015, verfügbar auf www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/09/23-statement-informal-meeting/ (Zugriff am 22. April 2016).

28 UNHCR, *Flüchtlingsland Österreich*, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich.html (Zugriff am 21. April 2016).

Die österreichischen Erfahrungen mit Resettlement und humanitärer Aufnahme können grob in vier Phasen unterteilt werden:

1. **Resettlement aus Österreich in die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) nach dem zweiten Weltkrieg:** 1956/57 kamen rund 180.000 Menschen aus Ungarn nach Österreich. Von diesen wurden viele mit Unterstützung des „Refugee Processing Center“ in Salzburg bis in die frühen 1990er Jahre in die USA umgesiedelt. Im Jahr 1993 wurden beispielsweise noch 1.843 Personen aus Österreich in die USA gebracht (Carlin, 1989:41–76).
2. **Kontingentflüchtlinge, die nach Österreich kamen:** In den 70er Jahre waren das 101 Flüchtlinge asiatischer Herkunft aus Uganda, 100 bis 300 kurdische Iraker aus der Islamischen Republik Iran, etwa 1.000 chilenische Flüchtlinge aus Chile und Argentinien und rund 2.000 Indochinaflüchtlinge, die als Kontingentflüchtlinge in Österreich aufgenommen wurden. Es handelte sich hier allerdings nicht um ein Resettlementprogramm im klassischen Sinne, das Prinzip der schnellen Aufnahme ähnelte diesem jedoch. Weiters wurden in den frühen 90er Jahren 201 irakische Flüchtlinge aus der Türkei als Kontingentflüchtlinge in Österreich aufgenommen (Knapp, 2011:2–11; Volf, 1995:21).
3. **Die humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Balkan in Österreich:** 1991/92 kamen rund 13.000 Personen aus Kroatien und wurden in Österreich versorgt. Der Großteil von ihnen kehrte im Frühjahr 1992 in ihr Herkunftsland zurück. Gleichzeitig trafen erste Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina ein. Österreich hat rund 90.000 Flüchtlinge aufgenommen und als im Frühjahr 1999 die Vertreibung der Kosovo-Albaner anstieg, nahm Österreich, wie auch andere Staaten, mehr als 5.000 Personen auf.²⁹
4. **Humanitäre Aufnahme und Resettlement als Programm:** 2011 hat Österreich zunächst 31 ChristInnen aus dem Irak aufgenommen, die aufgrund ihres Glaubens verfolgt wurden. Diese Initiative wurde durch die katholische Kirche in Österreich unternommen, welche auch die finanziellen Mittel zur Umsetzung bereitstellte (Perrin, 2013:44f).³⁰ Im Jahr 2013 startete dann das Humanitäre

29 Ebd.

30 Erzdiözese Wien, „*Herzlich willkommen in diesem Haus!*“. Nachrichten, 25. Februar 2011, verfügbar auf www.erzdiocese-wien.at/site/nachrichtenmagazin/nachrichten/archiv/archive/32602.html (Zugriff am 21. April 2016).

Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge, welches in dieser Studie beschrieben wird.

Wie in Abschnitt 2.1 erläutert, ist momentan die Situation in der Arabischen Republik Syrien die Hauptursache von gewaltsamer Vertreibung weltweit. Mitte 2015 war rund die Hälfte der syrischen Bevölkerung betroffen, darunter 7,6 Millionen Personen, die innerhalb der Arabischen Republik Syrien vertrieben wurden und mehr als 4,2 Millionen Flüchtlinge, die überwiegend in angrenzende Länder und nach Nordafrika geflohen sind (UNHCR 2015a:4, 13).

Die österreichische Regierung hat 2013 mit dem Humanitären Aufnahmeprogramm (HAP) auf diese Krise reagiert und nimmt insgesamt 1.900 syrische Flüchtlinge auf. Das HAP adressierte Menschen, die besonders schutzbedürftig sind, wie bedrohte Frauen und Mädchen, schutzbedürftige Familien mit Kindern und verfolgte Minderheiten.³¹

Das Programm ist in einen ersten Teil (HAP I; 500 Personen), einen zweiten Teil (HAP II; 1.000 Personen) und einen dritten Teil (HAP III; 400 Personen) gegliedert; und verfolgte einen zweifachen Ansatz: einerseits wurde in Österreich lebenden Personen die Möglichkeit geboten, besonders schutzbedürftige Familienangehörige nach Österreich zu holen (Familienzusammenführungs-Fälle); und andererseits wurden Personen berücksichtigt, die von UNHCR vorgeschlagen wurden (UNHCR-Fälle).

Das HAP startete, als der damalige Außenminister Michael Spindelegger und die damalige Innenministerin Johanna Mikl-Leitner im Herbst 2013 die Aufnahme von 500 syrischen Flüchtlingen im Rahmen eines Humanitären Aufnahmeprogramms verkündeten.³² In der öffentlichen Debatte trat diesbezüglich kurz die Frage auf, ob für die Auswahl der TeilnehmerInnen die religiöse Zugehörigkeit als Merkmal bestimmend sein sollte,³³ aber darüber hinaus waren sich alle Akteure einig, dass das Programm ein positives Zeichen der internationalen Solidarität sei.³⁴ Das

31 BMI, *Humanitäre Aktion Syrien 6. Juni 2014*, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/bmi_asylwesen/syrien/start.aspx (Zugriff am 31. März 2016).

32 UNHCR, *1. Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge*, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/syrien-aufnahmeprogramm.html (Zugriff am 30. März 2016).

33 Österreichisches Rotes Kreuz, *Leiden Christen mehr unter Giftgas?*, News, 2. September 2013, verfügbar auf www.roteskreuz.at/news/datum/2013/09/02/leiden-christen-mehr-unter-giftgas/ (Zugriff am 31. März 2016).

34 APA OTS, *Aufnahme von 500 syrischen Flüchtlingen positiver erster Schritt*, Presseaus-sendung, 30. August 2013, verfügbar auf www.ots.at/presseaussendung/OTS_

Österreichische Rote Kreuz wies in einer Pressemitteilung ausdrücklich darauf hin, dass Resettlement besonders schutzbedürftigen Menschen helfe und die Situation an den Grenzen Europas entlasten würde.³⁵

2014 wurde dann ein weiteres Kontingent von 1.000 Plätzen vom österreichischen Bundesministerium für Inneres verkündet.³⁶ Im Rahmen des HAP II wurden in der medialen Debatte kurz die zeitlichen Verzögerungen kritisiert³⁷ und es wurde darauf hingewiesen, dass die Anzahl der aufgenommenen Personen im Verhältnis zu der Anzahl der hilfsbedürftigen Personen nicht ausreichend sei.³⁸ Ansonsten wurde wiederum der Nutzen von Resettlement hervorgehoben. Laut UNHCR sei der Bedarf an humanitärer Hilfe besonders hoch und mit dem HAP setze Österreich ein sehr wichtiges Signal der Solidarität gegenüber den Betroffenen sowie der Arabischen Republik Syrien.³⁹

In Österreich hat man die Auswirkungen des Konflikts in der Arabischen Republik Syrien im Jahr 2015 auf unterschiedliche Weise gespürt. Zum einen erreichten die starken Migrationsbewegungen, die im Jahr 2015 über das

20130830_OT50090/aufnahme-von-500-syrischen-fluechtlungen-positiver-erster-schritt (Zugriff am 31. März 2016).

35 Österreichisches Rotes Kreuz, *Rotes Kreuz begrüßt Vorstoß der Innenministerin zum Schutz von Flüchtlingen in Österreich*. Presseaussendung, 8. Juli 2014, verfügbar auf www.rotekreuz.at/news/datum/2014/07/08/rotes-kreuz-begruesst-vorstoss-der-innenministerin/ (Zugriff am 13. April 2016).

36 APA OTS, *Mikl-Leitner: Humanitäre Aktion für insgesamt 1.500 syrische Flüchtlinge*. Presseaussendung, 28. Mai 2014, verfügbar auf www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140528_OTS0098/mikl-leitner-humanitaere-aktion-fuer-insgesamt-1500-syrische-fluechtlunge (Zugriff am 31. März 2016); BMI, *Humanitäre Aktion Syrien: Österreich nimmt weitere 1.000 syrische Flüchtlinge auf*, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/bmi_asylwesen/syrien/start.aspx (Zugriff am 31. März 2016); UNHCR, *2. Humanitäres Aufnahmeprogramm Syrien*, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/syrien-aufnahmeprogramm.html (Zugriff am 31. März 2016).

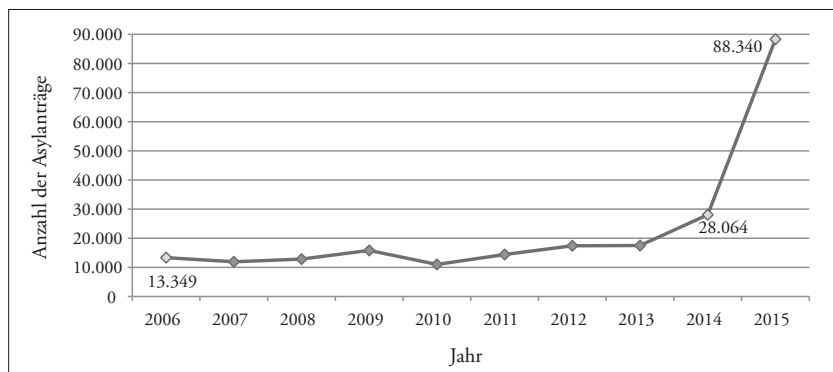
37 Der Standard, *Das Gezerre um die syrischen Flüchtlinge*, 15. Februar 2014, verfügbar auf <http://derstandard.at/1389860523715/Jordanien-Das-Gezerre-um-die-syrischen-Fluechtlunge> (Zugriff am 17. Mai 2016).

38 Der Standard, *Die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit*, 17. April 2015, verfügbar auf <http://derstandard.at/2000014407944/Die-groesste-humanitaere-Katastrophe-unserer-Zeit> (Zugriff am 31. März 2016); Nachrichten.at, *Lage in Syriens Nachbarländern Grund für Flüchtlingswelle*, 14. September 2014, verfügbar auf www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/Lage-in-Syriens-Nachbarlaendern-Grund-fuer-Fluechtlingswelle;art391,1971972 (Zugriff am 1. April 2016).

39 UNHCR, *UNHCR begrüßt Ankündigung zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge*. Presseaussendung, 30. August 2013, verfügbar auf www.unhcr.at/presse/pressemitteilungen/artikel/ba30c0ee6d67d158b97_635afdef31573/unhcr-begruesst-ankuendigung-zur-aufnahme-syrischer-fluechtlunge.html (Zugriff am 22. April 2016).

Mittelmeer und die Balkanhalbinsel nach Europa kamen (siehe Abschnitt 2.2), auch Österreich. Allein zwischen 1. Oktober und 31. Dezember 2015 zählte Österreich laut UNHCR-Angaben rund 479.000 einreisende bzw. durchreisende MigrantInnen und Flüchtlinge.⁴⁰ Zum anderen verzeichnete Österreich einen starken Anstieg an Asylanträgen. Im Jahr 2015 registrierte Österreich 88.340 Asylanträge. Das sind mehr als dreimal so viele wie im Vorjahr (2014: 28.064 Asylanträge).

Abbildung 2: Anzahl der Asylanträge in Österreich (2006–2015)



Quelle: BMI, o.J., eigene Darstellung.

Wirft man einen Blick auf die vergangenen zehn Jahre so zeigt sich, dass die Anzahl der Asylanträge zwischen 2006 und 2013 relativ stabil war. Im Jahr 2014 gab es einen größeren Anstieg, der sich 2015 dann vervielfachte (siehe Abbildung 2). Der starke Anstieg an Asylanträgen 2015 lässt sich vor allem auf Asylanträge, die von afghanischen (+20.399 Asylanträge), syrischen (+16.808 Asylanträge) und irakischen (+12.497 Asylanträge) Staatsangehörigen gestellt wurden, zurückführen. Ihre Länder stellten – in der genannten Reihenfolge – die Hauptherkunftsländer im Jahr 2015 dar.⁴¹

Die 88.340 Asylanträge, die im Jahre 2015 in Österreich registriert wurden, umfassten weiterhin 8.277 Anträge von unbegleiteten Minderjährigen (9,4 % aller Anträge), wie in Abbildung 3 ersichtlich. Dies waren viermal so viele wie 2014 und stellten somit einen starken Anstieg dar

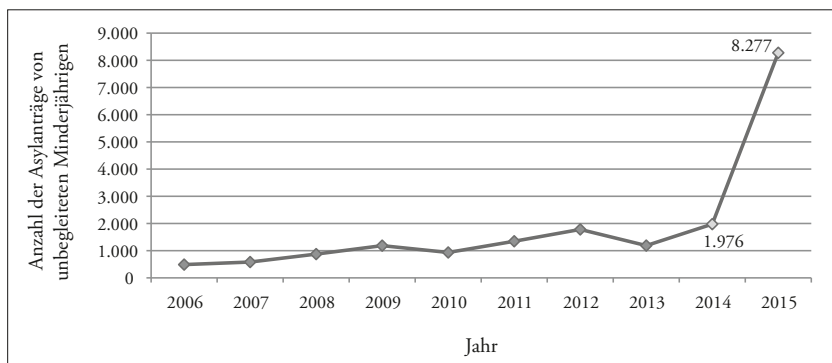
40 UNHCR, *Europe Refugees and Migrants Emergency Response - Daily Estimated Arrivals per Country - Flows through Western Balkans Route*, verfügbar auf <http://data.unhcr.org/mediterranean/country.php?id=502> (Zugriff am 12. April 2016).

41 BMI, *Asylstatistik 2015*, S. 7, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asyl_Jahresstatistik_2015.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

(2014: 1.976 Asylanträge, die von unbegleiteten Minderjährigen gestellt wurden; entspricht 7 % aller Asylanträge).

Im Vergleich dazu war die Anzahl in den Jahren 2006 bis 2014 relativ stabil. Das mit Abstand wichtigste Herkunftsland asylsuchender unbegleiteter Minderjähriger war 2015 Afghanistan (5.609 Asylanträge oder 68 % aller Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen).⁴²

Abbildung 3: Anzahl der Asylanträge, die von unbegleiteten Minderjährigen in Österreich gestellt wurden (2006–2015)



Quelle: BMI, o.J., eigene Darstellung.

Laut aktuellen Daten von Eurostat lag Österreich im Jahr 2015 im EU-weiten Vergleich an vierter Stelle was die absolute Anzahl an erstmaligen AsylbewerberInnen betrifft. Eine größere Anzahl verzeichneten nur Deutschland, Ungarn und Schweden. Betrachtet man die Anzahl der erstmaligen AsylwerberInnen in den Mitgliedstaaten der EU-28 im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsanzahl so lag Österreich sogar an dritter Stelle hinter Ungarn und Schweden.⁴³

Österreich verfolgt generell den politischen Ansatz der internationalen Solidarität mit den Nachbarstaaten der Arabischen Republik Syrien als Antwort auf den anhaltenden Syrienkonflikt. Es werden alle Maßnahmen in der Gegend unterstützt, die darauf abzielen, die Region zu stabilisieren wie unter anderem in einem 5-Punkte-Plan dargelegt. Dieser umfasst die

42 Ebd., S. 11–12.

43 Eurostat, *Rekordzahl von über 1,2 Millionen registrierten erstmaligen Asylbewerbern im Jahr 2015*. Presseaussendung 44/2016, 4. März 2016, S. 2, verfügbar auf <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7203837/3-04032016-AP-DE.pdf/9fcd72ad-c249-4f85-8c6d-e9fc2614af1b> (Zugriff am 27. April 2016).

1) Ursachenbekämpfung, 2) Sicherheit vor Ort, 3) Schutz der EU-Außengrenze, 4) Kooperation und Überwachung auf der Westbalkan-Transitroute und 5) den Umgang mit Flüchtlingen innerhalb der EU.⁴⁴

Unter dem Einfluss der stark ansteigenden Asylantragszahlen in Österreich werden Resettlement und humanitäre Aufnahme nun weiterhin als wichtig, aber auch allgemein zunehmend zurückhaltender betrachtet, da politische EntscheidungsträgerInnen davon ausgehen, dass bereits sehr viele Schutzsuchende ins Land kommen. Nichtsdestotrotz wurde 2016 das HAP III mit 400 Plätzen beschlossen und befand sich zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Studie in der Planung.⁴⁵

44 BMEIA, *Fünf Ansätze zur Behandlung der Flüchtlingskrise*. Presseaussendung, 22. August 2016, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2015/08/fuenf-ansaezte-zur-behandlung-der-fluechtlingskrise/ (Zugriff am 30. März 2016).

45 BMI, *Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 7129/J (XXV.GP) vom 24. November 2015 betreffend „Nachfrage zur 4803/AB betreffend das zweite humanitäre Aufnahmeprogramm Syrien“* (6854/AB vom 21. Jänner 2016). Verfügbar auf www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_06854/imfname_497963.pdf (Zugriff am 22. April 2016); Salzburger Nachrichten, *Österreich will 400 neue Flüchtlinge aufnehmen*, 10. Juli 2015, verfügbar auf www.salzburg.com/nachrichten/dossier/fluechtlinge/sn/artikel/oesterreich-will-400-neue-fluechtlinge-aufnehmen-157203/ (Zugriff am 22. April 2016).

3. RECHTLICHER RAHMEN

3.1 Rechtsgrundlagen

Nachdem im Herbst 2013 die Aufnahme der ersten 500 Personen im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms (HAP) angekündigt worden war, folgten Verhandlungen mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) bezüglich:

- a) notwendiger Erklärungen nach internationalem Recht;
- b) bilateraler Vereinbarungen zur Umsetzung.

Hinsichtlich a) wurde Personen unter dem HAP laut dem damals geltenden § 3 Abs. 4 Asylgesetz⁴⁶ (heute § 3a Asylgesetz)⁴⁷ internationaler Schutzstatus zuerkannt (siehe Abschnitt 3.2). Laut Gesetz kann sich Österreich als Grundlage für die Titelzuerkennung völkerrechtlich verpflichten, was in Form von einseitigen Erklärungen an UNHCR und IOM nach internationalem Recht geschehen ist.

Folglich wurde für die Aufnahme der 250 UNHCR-Fälle unter HAP I am 24. September 2013 von Österreich (vertreten durch Bundesministerin für Inneres und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten) an UNHCR eine einseitige Erklärung abgegeben;⁴⁸ und für die Aufnahme der 250 Fälle mit Familienangehörigen in Österreich wurde ebenfalls am 24. September 2013 eine einseitige Erklärung an IOM übergeben (unterschrieben von der Bundesministerin für Inneres und dem Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten).⁴⁹

Für die 600 UNHCR-Fälle unter dem HAP II wurde bezüglich a) am 26. Mai 2014 eine einseitige Erklärung an UNHCR abgegeben (unter-

46 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Version vom BGBl. I Nr. 87/2012.

47 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Version vom BGBl. I Nr. 24/2016.

48 Erklärung von Österreich an UNHCR zur Aufnahme von 250 syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 24. September 2013, unveröffentlicht.

49 Erklärung von Österreich an IOM zur Aufnahme von 250 syrischen Flüchtlingen mit Familienanbindung im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 24. September 2013, unveröffentlicht.

schrieben von der Bundesministerin für Inneres und dem Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres⁵⁰);⁵¹ und für die 400 Fälle mit Familienangehörigen unter HAP II wurde ebenfalls am 26. Mai 2014 eine einseitige Erklärung an IOM übergeben (unterschrieben von der Bundesministerin für Inneres und dem Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres).⁵²

Hinsichtlich b) wurde am 2. Dezember 2013 ein *Memorandum of Understanding* zwischen dem BMI und UNHCR zur Aufnahme von 250 Flüchtlingen für HAP I unterzeichnet;⁵³ zwei bilaterale Abkommen wurden zwischen dem BMI und IOM zum HAP I unterzeichnet – eines am 25. Oktober 2013 bezüglich des Transfers von 250 syrischen Flüchtlingen mit Familienangehörigen in Österreich, und ein weiteres am 31. Jänner 2014 bezüglich des Transfers von 250 syrischen Flüchtlingen unter der Schirmherrschaft von UNHCR.⁵⁴

Im HAP II wurde ebenfalls ein *Memorandum of Understanding* zur Aufnahme von 600 Flüchtlingen zwischen dem BMI und UNHCR am 6. November 2014 unterschrieben;⁵⁵ zwei bilaterale Vereinbarungen wurden diesbezüglich am 7. November 2014 zwischen dem BMI und IOM unterzeichnet – eine für den Transfer von 400 syrischen Flüchtlingen mit

50 Die Übersiedlung der Integrationsagenden vom Bundesministerium für Inneres in das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten wurde dieses am 1. März 2014 umbenannt in Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

51 Erklärung von Österreich an UNHCR zur Aufnahme von 600 syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 26. Mai 2014, unveröffentlicht.

52 Erklärung von Österreich an IOM zur Aufnahme von 400 syrischen Flüchtlingen mit Familienanbindung im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 26. Mai 2014, unveröffentlicht.

53 Memorandum of Understanding zwischen BMI und UNHCR zur Aufnahme von 250 syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 2. Dezember 2013, unveröffentlicht.

54 Vereinbarung zwischen BMI und IOM zum Transfer von 250 syrischen Flüchtlingen unter Schutz von UNHCR im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 31. Jänner 2014, unveröffentlicht; Vereinbarung zwischen BMI und IOM zum Transfer von 250 syrischen Flüchtlingen mit Familienanbindung im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 25. Oktober 2013, unveröffentlicht.

55 Memorandum of Understanding zwischen BMI und UNHCR zur Aufnahme von 600 syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 6. November 2014, unveröffentlicht.

Familienangehörigen in Österreich und ein weiteres bezüglich des Transfers von 600 syrischen Flüchtlingen unter der Schirmherrschaft von UNHCR.⁵⁶

3.2 Aufenthaltstitel

Im Rahmen des HAP erhielten syrische Flüchtlinge bisher auf der Grundlage der internationalen Verpflichtung (siehe Abschnitt 3.1) nach ihrer Ankunft in Österreich den Status eines/einer Asylberechtigten und ein damit verbundenes, dauerhaftes Aufenthaltsrecht.

Rechtsgrundlage ist § 3a Asylgesetz,⁵⁷ der den zuvor geltenden § 3 Abs. 4 Asylgesetz⁵⁸ ersetzt (Asyl von Amts wegen): „Einem Fremden ist von Amts wegen und ohne weiteres Verfahren der Status des Asylberechtigten oder des subsidiär Schutzberechtigten zuzuerkennen, wenn sich die Republik Österreich völkerrechtlich dazu verpflichtet hat.“⁵⁹

Das Verfahren wurde bei der humanitären Aufnahme verkürzt. Es war kein reguläres Asylverfahren vorgesehen, sondern es wurde „von Amts wegen *prima facie* unter Voraussetzungen Asyl gewährt. Es gibt nur ein ganz kurzes Interview um die Identität festzustellen und dann erhalten die Personen den positiven Asylbescheid“ (Waldsich, 2016:31). Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die entscheidungserheblichen Prüfungen bereits vor Ankunft der Personen stattfinden.⁶⁰ Daher stand mit der Auswahl vom BMI fest, dass die Personen Asyl in Österreich bekommen werden. Bei der

56 Vereinbarung zwischen BMI und IOM zum Transfer von 600 syrischen Flüchtlingen unter Schutz von UNHCR im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 7. November 2014, unveröffentlicht; Vereinbarung zwischen BMI und IOM zum Transfer von 400 syrischen Flüchtlingen mit Familienanbindung im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 7. November 2014, unveröffentlicht.

57 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Version vom BGBl. I Nr. 24/2016.

58 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Version vom BGBl. I Nr. 87/2012.

59 Die alte Rechtsformulierung lautete nach § 3 Abs. 4 Asylgesetz: „Einem Fremden ist von Amts wegen und ohne weiteres Verfahren der Status des Asylberechtigten zuzuerkennen, wenn sich die Republik Österreich völkerrechtlich dazu verpflichtet hat.“ Diese Regelung wurde mit dem Inkrafttreten des Fremdenrechtsänderungsgesetz 2015 am 20. Juli 2015 aufgehoben und durch § 3a wie oben dargestellt ersetzt. D.h. in Zukunft könnten Personen, welche im Rahmen einer humanitären Aufnahme nach Österreich kommen, auch den Titel des subsidiär Schutzberechtigten zugesprochen bekommen, was kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht impliziert.

60 Schriftliche Mitteilung von Peter Stark, Bundesministerium für Inneres, 21. Juni 2016.

konkreten Statuserteilung durch das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) handelte es sich um die Bestätigung und Administration dieser Entscheidung.

Der zuerkannte Status entspricht jenem, der Personen zugesprochen wird, die in Österreich um internationalen Schutz ansuchen und diesen bewilligt bekommen. Eine vorübergehende Aufenthaltsberechtigung als subsidiär Schutzberechtigte/r war bisher nicht vorgesehen, kann jedoch mit neuer Gesetzeslage seit 20. Juli 2015 ebenfalls erteilt werden (siehe Fußnote 59).

Wird der Status des/der Asylberechtigten nach dem 31. Mai 2016 zuerkannt, beinhaltet dieser aufgrund der Asylrechtsnovelle 2016 vorläufig eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltsberechtigung (§ 3 Abs. 4, § 73 Abs. 15 und § 75 Abs. 24 Asylgesetz).⁶¹

3.3 Recht auf Familienzusammenführung

Da die Personen, die im Rahmen des HAP nach Österreich kommen, den Status eines Asylberechtigten haben, genießen sie dasselbe Recht auf Familienzusammenführung (d.h. Familienverfahren) wie alle Asylberechtigten in Österreich.

Dieses ist in §§ 34 und 35 Asylgesetz⁶² geregelt.⁶³ Welche Personen als „Familienangehöriger“ für den Zweck des Familienverfahrens im Sinne des Asylgesetzes gelten, wird in § 2 Abs. 1 Z 22 Asylgesetz festgelegt. Nach dieser Bestimmung werden die folgenden Personen als Familienangehörige betrachtet:

- Elternteil eines minderjährigen Kindes;
- Ehegatte bzw. Ehegattin oder eingetragener Partner bzw. eingetragene Partnerin, wenn bei Antragstellung die Ehe bzw. eingetragene Partnerschaft im Herkunftsland bereits bestanden hat; oder
- zum Zeitpunkt der Antragstellung minderjähriges lediges Kind eines/einer Asylwerbers/in oder eines bzw. einer Fremden, welchem

61 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Version vom BGBl. I Nr. 24/2016.

62 Ebd.

63 Für weitere Details siehe Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk, 2015:71–73.

- bzw. welcher der Status eines/einer subsidiär Schutzberechtigten oder Asylberechtigten zuerkannt wurde; sowie
- der gesetzliche Vertreter bzw. die gesetzliche Vertreterin der Person, der internationaler Schutz zuerkannt worden ist, wenn diese minderjährig und nicht verheiratet ist, sofern dieses rechtserhebliche Verhältnis bereits im Herkunftsland bestanden hat.

3.4 Erlangen der Staatsbürgerschaft

Da die Personen, die im Rahmen des HAP nach Österreich kommen den Status eines Asylberechtigten haben, gelten für sie dieselben Bestimmungen hinsichtlich der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft wie für andere Asylberechtigte in Österreich.

Asylberechtigten kann nach einem rechtmäßigen und ununterbrochenen Aufenthalt von mindestens sechs Jahren die Staatsbürgerschaft verliehen werden, wenn die allgemeinen Verleihungsvoraussetzungen erfüllt werden (§ 11a Abs. 4 iVm § 10 Abs. 1 Z 2 bis 8, Abs. 2 und 3 Staatsbürgerschaftsgesetz 1985).⁶⁴

Die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen beinhalten: keine gerichtliche Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe, keine schwerwiegenden Verwaltungsstrafen, kein aufrechtes Aufenthaltsverbot bzw. Einreiseverbot oder anhängiges Verfahren zur Aufenthaltsbeendigung, bisheriges Wohlverhalten, gesicherter Lebensunterhalt, Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft sowie Deutsch und Landeskenntnisse (Peyrl, Neugschwendtner und Schmaus, 2015:339). Außerdem darf weder ein Aberkennungsverfahren eingeleitet worden sein noch die Voraussetzungen dafür vorliegen (§ 11a Abs. 4 Z 1 Staatsbürgerschaftsgesetz 1985).

64 BGBl. Nr. 311/1985, in der Fassung vom BGBl. I Nr. 104/2014.

4. AKTEURE

4.1 Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

Das Mandat von UNHCR umfasst den Schutz und die Unterstützung von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Staatenlosen, Asylsuchenden und RückkehrerInnen auf der ganzen Welt. „Zudem leistet UNHCR humanitäre Hilfe und bemüht sich um dauerhafte Lösungen für die Betroffenen.“⁶⁵ Auf globaler und nationaler Ebene kommt UNHCR eine wesentliche Rolle bei Resettlement und Humanitären Aufnahmeprogrammen zu. Historisch hat UNHCR Resettlement intensiv genutzt, um eine dauerhafte Lösung für die europäischen Flüchtlinge nach dem zweiten Weltkrieg zu finden sowie für weitere große Gruppen von Flüchtlingen, die von Vertreibung betroffen waren (wie beispielsweise die Ungarn in den 1950er Jahren, ugandische Asiaten sowie ChilenInnen in den 1970er Jahren) (UNCHR, 2011:47).

UNHCR ist global für die Identifizierung des Resettlement-Bedarfs⁶⁶ und die Identifizierung von Person mit Resettlement-Bedarf zuständig. Um an UNHCR-Resettlement teilzunehmen, müssen Personen gewisse Vorbedingungen erfüllen: der Flüchtlingsstatus muss von UNHCR ermittelt worden sein und alle möglichen dauerhaften Lösungen wurden untersucht und Resettlement als die geeignetste befunden. Außerdem müssen sie in eine der UNHCR Resettlement-Kategorien (siehe Abschnitt 5.1.1) fallen (UNCHR, 2011:36–48).

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, wird ein Resettlement-Dossier erstellt, welches alle Informationen zur Person beinhaltet und dem möglichen Aufnahmestaat vorgelegt wird. Dazu gehören auch individuelle Befragungen, das Ausfüllen eines standardisierten Formulars (*Resettlement Registration Form*), ein formalisiertes Übermittlungsverfahren an den Aufnah-

65 UNHCR, *Mandat*, verfügbar auf www.unhcr.at/mandat.html (Zugriff am 12. April 2016).

66 UNHCR, *UNHCR-NGO Toolkit for Practical Cooperation on Resettlement: 1. Operational Activities - Identification and Referral of Refugees in Need of Resettlement: Definitions and FAQs*, verfügbar auf www.unhcr.org/4cd416d79.html (Zugriff am 22. April 2016).

mestaat und eine Berichtspflicht zwischen Stellen des UNHCR und Partnerorganisationen (UNHCR, 2008:3).

Eine Niederlassung des UNHCR gibt es in Wien seit 1951, dem Gründungsjahr der Vereinten Nationen. Damit ist UNHCR die am längsten dienende UNO-Niederlassung in Österreich (Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk, 2015:23).

4.2 Internationale Organisation für Migration (IOM)

Ein weiterer Akteur im globalen Kontext ist IOM. Wie UNHCR bietet IOM seit über sechzig Jahren Unterstützung für Resettlement-Flüchtlinge an, allerdings nicht im Bereich der Identifizierung potentieller TeilnehmerInnen in Programmen, sondern überwiegend in der Vor-Abreise- und Reise-Phase. Drei wesentliche Handlungsfelder sind dabei für IOM relevant: die Beurteilung des allgemeinen Gesundheitszustands sowie der Flugtauglichkeit, die kulturelle Orientierung vor der Abreise und die Organisation der Reise.⁶⁷

Diese Aufgabe ist im Mandat der Organisation festgehalten: Artikel 1 der IOM-Verfassung verpflichtet die Organisation dazu, sich mit dem organisierten Transfer von Flüchtlingen, Vertriebenen und anderen Einzelpersonen mit Bedarf an internationalen Migrationsdiensten zu befassen, für die Vereinbarungen zwischen der Organisation und den betreffenden Staaten, inklusive der Aufnahmestaaten, getroffen werden können.⁶⁸

IOM arbeitet eng mit UNHCR, den Aufnahmestaaten, Nichtregierungsorganisationen und anderen Partnern zusammen, um Flüchtlingen, die in Resettlement und humanitären Aufnahmeprogrammen Unterstützung benötigten, bei ihrer Reise zu helfen. Allein im letzten Jahrzehnt hat IOM das Resettlement von 892.243 Flüchtlingen von 186 Orten weltweit organisiert.⁶⁹

67 IOM, *Resettlement Assistance*, verfügbar auf <http://eea.iom.int/index.php/what-we-do/resettlement> (Zugriff am 22. April 2016).

68 IOM, *Constitution*, verfügbar auf www.iom.int/constitution#ch1 (Zugriff am 18. Mai 2016).

69 IOM, *IOM Resettlement Service*, verfügbar auf www.iom.int/files/live/sites/iom/files/What-We-Do/docs/IOM-Resettlement-Brochure-27-June-2013.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

1952 ist Österreich IOM als einer der Gründungsstaaten beigetreten. Seither arbeitet IOM in Österreich⁷⁰ daran, MigrantInnen zu unterstützen und geeignete Antworten auf Migrationsfragen zu finden – immer im Hinblick auf das Wohlergehen der MigrantInnen sowie der Interessen der Zielländer und der Herkunftsländer. In Österreich hat IOM zwei Büros, das IOM Landesbüro für Österreich und das IOM Regionalbüro für Südosteuropa, Osteuropa und Zentralasien⁷¹ (Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk, 2015:23).

4.3 Bundesministerium für Inneres (BMI)

Das BMI⁷² hat unter anderem die Zuständigkeit für die Asyl- und Migrationspolitik in Österreich inne. Hauptverantwortlichkeiten in diesem Bereich sind die Überwachung des Eintritts und Austritts in das/aus dem Bundesgebiet, fremdenpolizeiliche Angelegenheiten, Ein- und Auswanderungswesen sowie Aufenthaltsverbote, Ausweisungen und Abschiebungen. Weiters Asylangelegenheiten, Angelegenheiten der Auslieferung (soweit sie nicht von Justizbehörden zu vollziehen sind) und der Staatsbürgerschaft (Teil 2H der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986;⁷³ Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk, 2015:19).

Im Bereich von Resettlement und humanitären Aufnahmeprogrammen übernimmt das BMI die Aufgabe der politischen Ausrichtung und Entscheidung darüber, ob ein Resettlement- oder humanitäres Aufnahmeprogramm stattfindet. Weiters werden vom BMI geographische Prioritäten, die Anzahl der zur Verfügung gestellter Plätze sowie Kriterien für die Aufnahme festgelegt und Partner in der Implementierung des Programmes ausgewählt.

Im Rahmen der Durchführung des HAP kam dem BMI die Aufgabe zu, die finale Entscheidung, ob eine Person für das Humanitäre Aufnahmeprogramm in Frage kommt oder nicht, zu treffen. Dies geschah, indem das

70 IOM, *Landesbüro für Österreich*, verfügbar auf www.iomvienna.at/de (Zugriff am 13. April 2016).

71 IOM, *Regionalbüro für Südosteuropa, Osteuropa und Asien*, verfügbar auf www.iom.int/south-eastern-europe-eastern-europe-and-central-asia (Zugriff am 13. April 2016).

72 BMI, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/bmi_minister/ (Zugriff am 12. April 2016).

73 BGBl. Nr. 76/1986, in der Fassung vom BGBl. I Nr. 11/2014.

BMI die Vorschläge des UNHCR (in Form von Dossiers), kirchlicher Einrichtungen (ebenfalls in Form von schriftlichen Zusammenfassungen), ziviler Organisationen (einzelne Vorschläge der Familienzusammenführung) sowie von Privatpersonen für ihre Angehörigen (online Bewerbungen) entgegennahm, diese prüfte und dann eine Entscheidung über die Teilnahme am HAP traf.⁷⁴ Zusätzlich hatte das BMI die Funktion als Kontaktstelle zur ARGE Resettlement im Hinblick auf die Organisation des Transports zu und von der Unterkunft bzw. der medizinischen Untersuchung in Traiskirchen sowie die Gesamtkoordination des HAP inne, inklusive der Abstimmung mit allen Akteuren, die hier aufgelistet sind.

4.4 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)

Das BFA⁷⁵ ist dem BMI unterstellt und bildet seit 1. Jänner 2014 die erste Instanz im Asylverfahren in Österreich. Es hat den Hauptsitz in Wien und eine Regionaldirektion in jedem Bundesland. Das BFA erfüllt die folgenden Kernaufgaben: die Zuerkennung und Aberkennung des Status eines Asylberechtigten und eines subsidiär Schutzberechtigten, Erlassung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen sowie Sicherungsmaßnahmen, Erteilung von Aufenthaltstiteln aus berücksichtigungswürdigen Gründen, Erteilung von Dokumenten im Zusammenhang mit Asylverfahren sowie Entscheidung über Schubhaft und gelindere Mittel. Weiters fällt die Beschaffung von Bescheinigungen im Zusammenhang mit der Rückkehr, der Vollzug des Grundversorgungsgesetzes Bund als Bundesbehörde und die freiwillige Rückkehr unter die Verantwortung der Behörde (Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk, 2015:20).

Im Rahmen des HAP kommen dem BFA folgenden Aufgaben zu: die Durchführung der Schutzbedarfsprüfung vor Ankunft und der kurzen Interviews mit den TeilnehmerInnen nach Ankunft, sowie die Vergabe des

74 BMI, *Asylwesen*, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/bmi_asylwesen/betreuung/start.aspx (Zugriff am 11. April 2016); UNHCR, 2. *Humanitäres Aufnahmeprogramm Syrien – Die Kriterien des Aufnahmeprogrammes in Zusammenarbeit mit UNHCR*, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/syrien-aufnahmeprogramm.html (Zugriff am 31. März 2016).

75 BFA, www.bfa.gv.at/ (Zugriff am 12. April 2016).

Aufenthaltstitels (inklusive Dokumenten wie dem Konventionspass). Eine Sicherheitsüberprüfung hingegen wird vor Ankunft durch die relevanten behördlichen Stellen des Innenressorts vorgenommen.

4.5 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)

Das BMEIA⁷⁶ ist für Auswärtige Angelegenheiten, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen, sowie für die Integrationsangelegenheiten verantwortlich. Darunter fallen: Visumverfahren und Konsulatsgebühren, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Entwicklungspolitik sowie Angelegenheiten der Zusammenarbeit mit dem UNHCR und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes. Zu den Integrationsaufgaben zählen insbesondere solche der gesellschaftlichen Integration und des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und die Koordination der allgemeinen Integrationspolitik. Darüber hinaus die Koordinierung der Beiräte und Expertengruppen für Integrationsagenden sowie die Verwaltung der Förderungen auf dem Gebiet der Integration einschließlich Stiftungen und Fonds (Teil 2B der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986).⁷⁷

Im Zusammenhang mit dem Humanitären Aufnahmeprogramm der österreichischen Regierung kam dem BMEIA die Aufgabe zu Integrationsmaßnahmen zu ermöglichen. Für das Angebot an entsprechenden Maßnahmen für die Zielgruppe, wie Beratungs- und Betreuungsleistungen, Wohnungsvermittlung, Alphabetisierungs- und Sprachkurse sowie Berufsförderung, wurde die Zusammenarbeit mit der ARGE Resettlement und dem Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) eingegangen.⁷⁸ Diese Integrationsleistungen wurden vom HAP I auf das HAP II ausgeweitet.

76 BMEIA, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/ (Zugriff am 31. März 2016).

77 BGBl. Nr. 76/1986, in der Fassung vom BGBl. I Nr. 11/2014.

78 BMEIA, *HAP II Projektaufruf*, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/integration/projektfoerderung/asyl-migrations-und-integrationsfonds/hap-ii-projektaufruf/ (Zugriff am 31. März 2016).

4.6 Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF)

Der ÖIF⁷⁹ ist Partner des BMEIA und unterstützt anerkannte Flüchtlinge und MigrantInnen in ihrem Integrationsprozess. Zuständigkeiten sind wie folgt: Umsetzung der sogenannten „Integrationsvereinbarung“⁸⁰, Verwaltung der Integrationsfonds (AMIF⁸¹ und Europäischer Integrationsfond),⁸² Anbieten von Deutschkursen sowie die Umsetzung von den neuen „Wertekursen“⁸³ (Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk, 2015:21).

Im Rahmen des HAP II hat der ÖIF seit Mai 2015 *die Betreuung des vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres ausgeschriebenen Projekts „Humanitäres Aufnahmeprogramm II“ (HAP II) inne. [...] Während durch Diakonie, Caritas und Rotes Kreuz die Grundversorgung und Basissprachbildung der Flüchtlinge sichergestellt wird, erhalten diese vom ÖIF Beratung zur beruflichen Orientierung, können an berufsbezogenen Workshops der Reihe „Erfolgreich in Wien“ teilnehmen und werden über die Möglichkeiten einer Teilnahme an dem Programm „Mentoring für MigrantInnen“ informiert (ÖIF o.J.:36).*

79 ÖIF, verfügbar auf www.integrationsfonds.at/startseite/ (Zugriff am 12. April 2016).

80 Die Integrationsvereinbarung wurde 2005 eingeführt, um die Integration niederlassungswilliger Drittstaatsangehöriger mittels eines Zwei-Modul-Systems zu fördern. Modul 1 erfordert Deutschkenntnisse entsprechend dem A2-Niveau des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen und Modul 2 verlangt Kenntnisse auf dem B1-Niveau. Diese Voraussetzungen müssen Drittstaatsangehörige erfüllen, die einen bestimmten Aufenthaltstitel anstreben (Migration GV, *Integrationsvereinbarung*, verfügbar auf www.migration.gv.at/de/leben-und-arbeiten-in-oesterreich/rahmenbedingungen-der-integration/integrationsvereinbarung.html (Zugriff am 27. April 2016)).

81 BMEIA, *Integrationsförderung im AMIF*, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/integration/projektfoerderung%20/asyl-migrations-und-integrationsfonds/integrationsfoerderung-im-amif/ (Zugriff am 28. April 2016); ÖIF, *AMIF 2014-2020*, verfügbar auf www.integrationsfonds.at/themen/eu/amif-asyl-migrations-und-integrationsfonds/ (Zugriff am 13. April 2016).

82 ÖIF, *Europäischer Integrationsfonds (EIF)*, verfügbar auf www.integrationsfonds.at/themen/eu/solid-fonds/europaeischer-integrationsfonds-eif/ (Zugriff am 28. April 2016).

83 ÖIF, *„Mein Leben in Österreich“ - Werte- und Orientierungskurse für Flüchtlinge*, verfügbar auf www.integrationsfonds.at/themen/kurse/mein-leben-in-oesterreich/ (Zugriff am 13. April 2016).

4.7 ARGE Resettlement

Die ARGE Resettlement bildete sich im HAP I aus dem Rotem Kreuz Landesverband Oberösterreich, dem Diakonie Flüchtlingsdienst und acht Caritas Diözesen, die in Folge eines EU-weiten Vergabeverfahrens zu Integrationsmaßnahmen für 250 syrische Flüchtlinge im Juli 2014 den Zuschlag erhielt.⁸⁴

Für die Implementierung des HAP II erfolgte durch das BMEIA ein öffentlicher Projektaufruf für die Vergabe der Finanzmittel für Integrationsleistungen: Diese wurden in Maßnahmen 1 für Starthilfe und Integrationsberatung und Maßnahmen 2 für den Ausbau der sprachlichen Kompetenz und Vorbereitung auf die Arbeitsmarktintegration aufgeteilt.

Die ARGE Resettlement erhielt den Zuschlag für den Maßnahmenbereich 1 im HAP II zur Unterstützung der 600 syrischen Flüchtlinge des zweiten UNHCR Kontingents. Dabei übernahm die ARGE beispielsweise bedarfsgerechte und -orientierte Erstbetreuung, die Zurverfügungstellung von Wohnraum, Beratung und die basis-sprachliche Qualifikation umfasst, sowie die Bildungsberatung der Maßnahme 2 und in Vorarlberg die Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration. Sie setzt sich zusammen aus dem Rotem Kreuz Landesverband Oberösterreich, dem Diakonie Flüchtlingsdienst und fünf Caritas Diözesen.⁸⁵

Der ÖIF erhielt, wie oben dargestellt, den Zuschlag für Maßnahme 2, wobei eine inhaltliche Zusammenarbeit beider Organisationen erfolgt, um die Integrationsleistungen abgestimmt umzusetzen. Der Start der Förderprojekte erfolgte mit 1. Mai 2015 und endet mit 31. Dezember 2016.⁸⁶

84 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von ARGE Resettlement, 12. April 2016; Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von Michael Girardi, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, 8. April 2016.

85 Ebd.

86 Ebd.

5. PROZESS UND FINANZIERUNG

Der Prozess in der Implementierung des HAP kann grob in folgende vier Phasen unterteilt werden, die in diesem Kapitel näher beleuchtet werden:

1. die Identifizierung und Auswahl;⁸⁷
2. die Vor-Abreise und Abreisephase;⁸⁸
3. die Ankunftsphase;⁸⁹
4. die Integrationsphase.⁹⁰

5.1 Identifizierung und Auswahl

Die Identifizierung und Auswahl der TeilnehmerInnen für das HAP oblag unterschiedlichen Akteuren, je nachdem, ob sie UNHCR-Fälle oder Familienzusammenführungs-Fälle waren.

5.1.1 UNHCR-Fälle

Im Rahmen des HAP I wurden 250 Personen (von insgesamt 500 TeilnehmerInnen) von UNHCR vorgeschlagen; im HAP II waren es 600 (von insgesamt 1.000 TeilnehmerInnen).

Das UNHCR Resettlement-Handbuch sieht vor, dass folgende Kategorien bei der Identifizierung von Personen für Resettlement zu

- 87 Beim Europäischen Resettlement Netzwerk ist diese Phase geteilt in Identifizierungsphase und Auswahlphase. Da beides im österreichischen HAP sehr eng zusammen lag, wurden die beiden Phasen hier zusammengelegt; Europäisches Resettlement-Netzwerk, *Identification Phase*, verfügbar auf www.resettlement.eu/journey/identification-phase (Zugriff am 3. Mai 2016); Europäisches Resettlement-Netzwerk, *Selection Phase*, verfügbar auf www.resettlement.eu/journey/selection-phase (Zugriff am 3. Mai 2016).
- 88 Beim Europäischen Resettlement Netzwerk ist diese Phase geteilt in Vor-Abreise- und Reise-Phase. Da beides im österreichischen HAP sehr eng zusammen lag, wurden die beiden Phasen hier zusammengelegt; Europäisches Resettlement-Netzwerk, *Pre-Departure Assistance Phase*, verfügbar auf www.resettlement.eu/journey/departure-phase (Zugriff am 3. Mai 2016); Europäisches Resettlement-Netzwerk, *Travel Phase*, verfügbar auf www.resettlement.eu/journey/travel-phase (Zugriff am 3. Mai 2016).
- 89 Europäisches Resettlement-Netzwerk, *Reception Phase*, verfügbar auf www.resettlement.eu/journey/reception-phase (Zugriff am 3. Mai 2016).
- 90 Ebd.

berücksichtigen sind (UNHCR, 2011:37):

- legales und/oder physisches Schutzbedürfnis des Flüchtlings im Zufluchtsland (dies inkludiert drohendes *Refoulement*);
- Überlebende von Folter und/oder Gewalt, wenn Rückführung oder Asylkonditionen zu weiterer Traumatisierung und/oder erhöhtem Risiko führen könnten; oder wenn eine entsprechende Behandlung nicht möglich ist;
- medizinische Behandlungen, im Besonderen lebensnotwendige Behandlungen, die im Zufluchtsland nicht gewährleistet werden können;
- gefährdete Frauen und Mädchen, die spezielle Schutzprobleme aufgrund ihres Geschlechts haben;
- Familienzusammenführung, wenn Resettlement die einzige Möglichkeit der Zusammenführung flüchtender Familienmitglieder darstellt, die aufgrund von Flucht oder Vertreibung durch Grenzen oder ganze Kontinente getrennt sind;
- gefährdete Kinder und Jugendliche, in deren Fall eine Kindeswohlprüfung Resettlement unterstützt;
- das Fehlen absehbarer alternativer dauerhafter Lösungen, welches generell nur dann relevant ist, wenn andere Lösungen in der absehbaren Zukunft nicht durchführbar sind, wenn Resettlement strategisch angewandt werden kann, und/oder wenn es Möglichkeiten für umfassende Lösungen bieten kann.

Bezüglich Personen aus der Arabischen Republik Syrien geht UNHCR davon aus, dass es wahrscheinlich ist, dass „die meisten asylsuchenden Syrer die Kriterien für die Feststellung der Flüchtlingseigenschaft gemäß Artikel 1 A (2) der Genfer Flüchtlingskonvention⁹¹ erfüllen, da sie begründete Furcht vor Verfolgung wegen eines oder mehrerer Gründe der GFK haben“ (UNHCR, 2015c:24).

91 Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention), 28. Juli 1951, Vertragsserie der Vereinten Nationen Bd. 189. und Angabe Art. 1 (Gründe der GFK).

Laut beiden *Memoranda of Understanding* zwischen BMI und UNHCR wurden im Rahmen des HAP folgende Gruppen von Flüchtlingen priorisiert:⁹²

- Gefährdete Frauen und Mädchen: Frauen und Mädchen, die weibliche Haushaltsvorstände ohne effektive männliche Unterstützung oder Schutz sind; die schwere Traumata inklusive sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt erlitten haben; und die spezielle Schutzprobleme aufgrund ihres Geschlechts haben;
- Überlebende von Gewalt und/oder Folter: Überlebende oder Zeugen von Folter, Gewalt, schweren Misshandlungen oder sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, besonders Frauen und Kinder;
- Ältere gefährdete Flüchtlinge: Ältere Flüchtlinge ohne effektive Unterstützung und Schutz, besonders Haushaltsvorstände großer Familien, unter Berücksichtigung ihrer Gesundheit und individuellen Fähigkeiten;
- Flüchtlinge mit physischen Schutzbedürfnissen: Einzelpersonen, deren physische Sicherheit oder Leben im Asylland ernsthaft bedroht werden, besonders aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, für deren Schutz die Behörden nicht garantieren können;
- Flüchtlinge mit medizinischen Bedürfnissen oder Beeinträchtigungen: Einzelpersonen mit Erkrankungen oder Beeinträchtigungen, die normalerweise unter die Kategorie Resettlement aufgrund medizinischer Bedürfnisse fallen würden (das Formular zur medizinischen Beurteilung ist nicht notwendig; ein medizinisches Attest reicht aus).

Im Allgemeinen müssen die Personen von UNHCR als Flüchtlinge anerkannt werden. Dies bedeutet aber nicht unbedingt, dass immer eine schriftliche Bestimmung der Flüchtlingseigenschaft (*Refugee Status Determination*) wie im Fall von Resettlement-Fällen durchgeführt werden muss.

Um flexibel zu bleiben und das Programm zeitgerecht durchzuführen, wurden beim österreichischen HAP die Bestimmung der Flüchtlingseigenschaft und das Interview zur Erhebung des Resettlement-Bedarfs in einem durchgeführt. Dies ist oft einfacher als die traditionelle Vorgehensweise mit

92 Memorandum of Understanding zwischen BMI und UNHCR zur Aufnahme von 250 syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 2. Dezember 2013, unveröffentlicht; Memorandum of Understanding zwischen BMI und UNHCR zur Aufnahme von 600 syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 6. November 2014, unveröffentlicht.

zwei getrennten Interviews (eines zur Bestimmung der Flüchtlingseigenschaft und eines zur Erhebung des Resettlement-Bedarfs), inkludiert aber immer noch alle Elemente eines Interviews zur Bestimmung der Flüchtlingseigenschaft und stellt die Verbindung zur Genfer Flüchtlingskonvention dar.

Weiters wurde in den *Memorandum of Understanding* festgelegt, dass Personen mit Familienanbindungen zu Österreich im Auswahlprozess prioritär berücksichtigt werden sollten. Das Gleiche galt für andere Verbindungen zu Österreich, etwa im Fall von Personen:

- die sich in der Vergangenheit schon rechtmäßig in Österreich aufgehalten haben;
- Personen mit deutschen Sprachkenntnissen; oder
- die durch österreichische Einrichtungen oder Einzelpersonen mittels einer Verpflichtungserklärung zur Deckung der Kosten oder der Bereitstellung von Wohnraum unterstützt werden.⁹³

Die Registrierung bei UNHCR musste im HAP I bis 30. März 2013 stattgefunden haben; im HAP II gab es keinen Stichtag.

Weiters mussten die TeilnehmerInnen sich im Erstzufluchtsland aufhalten (HAP I: Jordanien und Libanon; HAP II: Jordanien, Libanon und Türkei) und die syrische Staatsbürgerschaft besitzen (Waldsich, 2016:29).

5.1.2 Familienzusammenführungs-Fälle

Im Rahmen des HAP I wurden 250 Personen (von insgesamt 500 TeilnehmerInnen) als Familienzusammenführungs-Fälle vorgeschlagen (siehe Abbildung 4); im HAP II waren es 400 (von insgesamt 1.000 TeilnehmerInnen) (siehe Abbildung 5).

Diese Personen mussten nicht vorab von UNHCR oder einem Drittstaat als Flüchtlinge anerkannt werden. Das BMI veröffentlichte am 6. Juni 2014 online einen Kriterienkatalog für Personen mit Familienangehörigen in Österreich. Dieser Katalog galt für das HAP I und das HAP II. Laut diesem Katalog mussten Personen mit Familienangehörigen in Österreich folgende klare Kriterien erfüllen:⁹⁴

- Zugehörigkeit zur Zielgruppe besonders schutzbedürftiger Personen (Frauen, Familien mit minderjährigen Kindern, verfolgte Minderheiten wie z. B. Christen);

93 Ebd.

94 BMI, *Humanitäre Aktion Syrien*. Aktuelle Meldungen, 6. Juni 2014, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/bmi/_news/bmi.aspx?id=3874666D4646384B4F436B3D&view=1 (Zugriff am 27. April 2016).

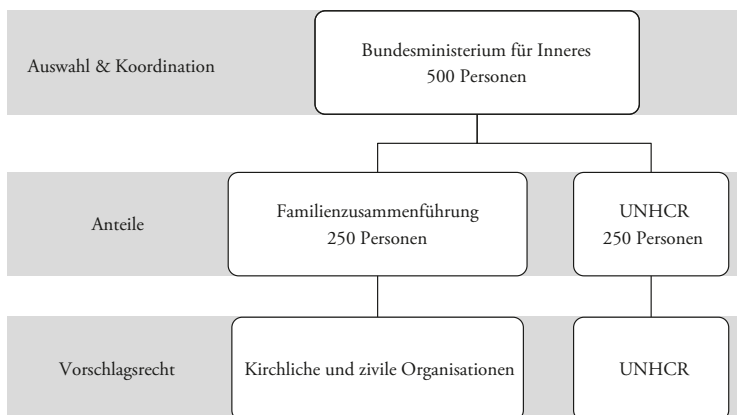
- Syrische Staatsangehörigkeit;
- Familienangehörige mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht in Österreich;
- Bereits erfolgte Flucht aus der Arabischen Republik Syrien zwischen April 2011 und Mai 2014;
- Derzeitiger Aufenthalt in einem Nachbarstaat der Arabischen Republik Syrien;
- Möglichkeit zur Feststellung der Identität (Reisepass, Personalausweis, Familienbuch etc.);
- Bereitschaft zur sofortigen Ausreise nach Österreich;
- Flugtauglichkeit.

Es galten folgenden Ausschlusskriterien:⁹⁵

- Illegal nach Österreich eingereist;
- Seit der Flucht einmal oder mehrfach in die Arabische Republik Syrien gereist (auch temporär);
- Falsche oder unvollständige Angaben;
- Straffälligkeit.

Für die Identifizierung von TeilnehmerInnen im Rahmen des österreichischen HAP fanden keine Auswahlmissionen (*selection missions*, also Besuche im jeweiligen Land zur Auswahl Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser für das Humanitäre Aufnahmeprogramm,) statt, da dies von der Regierung nicht vorgesehen war.

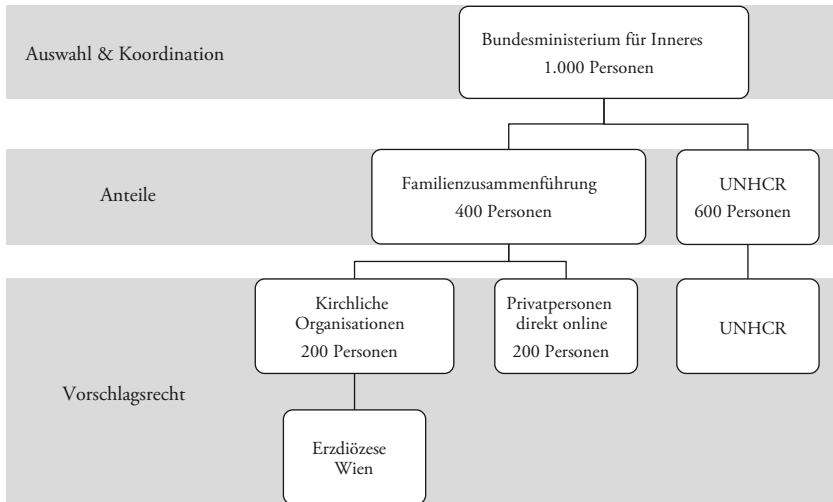
Abbildung 4: Identifizierung und Auswahl der TeilnehmerInnen im ersten Teil des Humanitären Aufnahmeprogramms (HAP I)



Quelle: IOM Landesbüro für Österreich, eigene Darstellung.

95 Ebd.

Abbildung 5: Identifizierung und Auswahl der TeilnehmerInnen im zweiten Teil des Humanitären Aufnahmeprogramms (HAP II)



Quelle: IOM Landesbüro für Österreich, eigene Darstellung.

5.2 Vor-Abreise und Abreisephase

5.2.1 Dokumente und Ausreisegenehmigungen

Wie oben beschrieben ist UNHCR (bei den UNHCR-Fällen) für die Identifizierung der TeilnehmerInnen zuständig. Dazu gehört das Sammeln von Daten und Dokumenten zu Einzelpersonen wie beispielsweise die Familienzusammensetzungen und vorhandene spezielle (z.B. medizinische) Bedürfnisse. Basierend auf den mit dem BMI festgelegten Auswahlkriterien wurden Fälle aus einer bestehenden Datenbank ausgesucht; die Schutzbedürftigkeit wurde überprüft, gegebenenfalls ein Interview geführt und das Dossier an die österreichische Regierung übermittelt (Waldsich, 2016:37f).

Bei den „Familienzusammenführungs-Fällen“ gab es eine ähnliche Vorgangsweise: es wurden Informationen und Dokumente zu den Einzelpersonen gesammelt und auf Grundlage der oben dargestellten Kriterien wurden dann die TeilnehmerInnen identifiziert.

Das BMI determinierte dann in Kooperation mit dem BFA die Exklusionskriterien und führte eine Sicherheitsprüfung durch (beispielsweise

wurden keine Personen aufgenommen, welche gefälschte Papiere vorwiesen), um eine finale Entscheidung über die Aufnahme zu treffen.

Lag eine Entscheidung vor, wurden die betreffenden Personen kontaktiert. UNHCR-Fälle wurden von UNHCR vor Ort über die positive Entscheidung und auch darüber informiert, dass IOM sie für die Vorbereitungen der Abreise und für die kulturelle Orientierung kontaktieren würde. „Familienzusammenführungs-Fälle“ wurden über die Kirchen bzw. direkt vom BMI informiert, dass sie im Programm aufgenommen waren.⁹⁶

IOM kontaktierte dann alle TeilnehmerInnen des HAP und prüfte, ob sie bereit waren zu reisen. Dokumente und legaler Status einer Person wurden noch einmal abgefragt und Veränderungen bzw. Irregularitäten (inklusive Überschreitung der Aufenthaltsdauer und möglicherweise zu begleichernder Strafzahlungen) wurden an das BMI kommuniziert.⁹⁷

In einigen Fällen wurden Sicherheitsprüfungen und Ausreisebestätigungen bzw. Ausreisegebühren von dem Transitland ausgeführt (z.B. Sicherheitsfreigabe notwendig von Libanon und der Türkei; und eine Ausreise-freigabe/-gebühr von der Türkei).⁹⁸ Wenn nötig wurde für die Reise ein Reisedokument des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) organisiert (dieses ist in der Türkei nicht zulässig, wird seitens der Türkei auch im Transitbereich nicht akzeptiert und kann somit nicht bei Flügen über die Türkei verwendet werden) und/oder ein *Laissez-Passer* wurde von der österreichischen Botschaft ausgestellt, um den Transit zu legalisieren.⁹⁹

Die österreichische Vertretung im Ausland stellte die Visa für alle HAP-Fälle für die Einreise nach Österreich aus, und übergab die Reisedokumente an IOM (dies ist z.B. im Libanon aufgrund der allgemeinen Sicherheitsbestimmungen der lokalen Regierung nicht gestattet, weshalb Dokumente von lokalen Behörden direkt zum Flughafen gebracht werden). Alle Dokumente wurden den Flüchtlingen am Ausgangsflughafen übergeben.

96 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von Elisabeth Hochenegger, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016.

97 Diese Vorgehensweise wurde in allen vier Vereinbarungen zwischen BMI und IOM zum Transfer von syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm festgehalten, siehe Literaturverzeichnis.

98 Schriftliche Anfragenbeantwortung zur Studie von Katharina Benedetter, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016.

99 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von Elisabeth Hochenegger, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016.

5.2.2 Medizinische Untersuchungen

Während der Unterstützung in der Vor-Abreise-Phase wurden von IOM Gesundheitschecks durchgeführt, „um sicherzustellen, dass die Flüchtlinge sicher und würdig reisen, reisetauglich sind, falls notwendig entsprechende Unterstützung erhalten und keine Gefahr für Mitreisende oder Personen im Aufnahmeland darstellen.“¹⁰⁰

Gesundheitschecks der zum Resettlement zugelassenen Flüchtlinge werden auf Anfrage der Resettlement-Länder durchgeführt und finanziert; dies beinhaltet die Feststellung von Krankheiten mit Belang für die öffentliche Gesundheit (z.B. Polio), Behandlungen vor der Abreise (z.B. Tuberkulose) und Überweisungen (inklusive Krankenhausaufenthalte) vor der Abreise, Beratungen vor und nach den Tests, Bestätigungen der Reisefähigkeit und falls notwendig medizinische Begleitung.¹⁰¹

Auch im Rahmen des HAP wurden medizinische Untersuchungen vor der Abreise von IOM durchgeführt. Grundlage bildeten die nationale Gesetzgebung bzw. die Praktiken des Aufnahmelandes.¹⁰² Die Leistungen umfassten drei Leistungsbereiche: den Schutz der öffentlichen Gesundheit, besonders vulnerable Personen wie die Bestätigung, dass eine Person reisen kann (*Fit for travel*).

In Bezug auf die öffentliche Gesundheit in Österreich wurde eine Prüfung der Einzelpersonen auf Symptome von Polio und Tuberkulose durchgeführt. Das österreichische BMI wurde im Fall von Gesundheitsproblemen und speziell bei Verdachtsfällen von Polio und Tuberkulose informiert.

Weiters wurde besonders vulnerablen Fällen (schwangeren Frauen, kranken Kindern, medizinischen Notfällen) den Bedürfnissen entsprechende medizinische Hilfe nach ihren Gesundheitschecks angeboten. Für den Transport wurde diesen besonders vulnerablen Fällen medizinische Betreuung (z.B. Rollstühle, medizinische Begleitung) zur Verfügung gestellt. Jene Fälle, die bei bzw. nach ihrer Ankunft weitere medizinische Versorgung benötigten, wurden in Krankenhäuser überstellt und weiterhin medizinisch betreut.¹⁰³

100 IOM, *Resettlement Assistance*, verfügbar auf <http://eea.iom.int/index.php/what-we-do/resettlement> (Zugriff am 22. April 2016).

101 Ebd.

102 IOM, *Resettlement*, verfügbar auf www.iomvienna.at/de/resettlement (Zugriff am 22. April 2016).

103 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von Elisabeth Hochenegger, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016.

Sogenannte „Fit for Travel-Checks“ wurden ebenfalls von IOM in den Erstzufluchtsländern durchgeführt. Diese wurden von einer Krankenschwester oder einem Doktor visuell ausgeführt und geschah im Allgemeinen innerhalb von sieben Tagen vor der Abreise, um jene Personen zu identifizieren, deren Zustand ein offensichtlicher Ausschlussgrund für Flugreisen darstellen oder deren Transport ein Risiko für andere Passagiere oder die Besatzung des Flugzeuges bedeuten könnte.¹⁰⁴

Dabei hat sich in einigen Erstzufluchtsländern (wie beispielsweise dem Libanon) herausgestellt, dass ein später „Fit for Travel-Check“ dazu führen kann, dass sich der gesamte Ausreiseprozess (inklusive der Ausreisegenehmigung und Visumsausstellung) verzögert und zu einem Mehraufwand seitens der involvierten Akteure (beispielsweise österreichischer Botschaft und libanesischer Behörden) führt. Um dies weitestgehend zu verhindern wurden erste Ansätze einer zweifachen medizinischen Untersuchung vorgenommen, um sicherzustellen, dass die Flüchtlinge (auch nach ein paar Wochen bzw. Monaten Wartezeit) nach wie vor in einem flugtauglichen Zustand sind.¹⁰⁵

5.2.3 Kulturelle Orientierung in den Erstzufluchtsländern

Kulturelle Orientierungstrainings bereiten Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement vor der Abreise mittels praktischer Informationen auf das Zielland vor und leisten damit eine zentrale Unterstützung, um realistische Erwartungen sowie relevante und für die neue Umgebung notwendige Einstellungen zu entwickeln. Antworten auf Fragen, die Flüchtlinge zu dieser neuen Lebensphase haben, helfen beim Abbau von Ängsten und dem Vermeiden von Enttäuschungen. Dadurch unterstützen kulturelle Orientierungstrainings sowohl den Integrationsprozess als auch die aufnehmenden Gemeinden und Behörden.¹⁰⁶

Kulturelle Orientierungstrainings wurden im Rahmen des HAP II in den Transitländern Türkei, Jordanien und Libanon durchgeführt. Die sogenannten „AUCO-Trainings“ (*Austrian Cultural Orientation Trainings*) konn-

104 Ebd.

105 Ebd.

106 Schriftliche Anfragenbeantwortung zur Studie von Katharina Benedetter, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016; Schriftliche Anfragenbeantwortung zur Studie von Marianne Dobner, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016.

ten von jenen Flüchtlingen besucht werden, die von UNHCR für die Teilnahme am Programm vorgeschlagen wurden.¹⁰⁷

Die Inhalte der Trainings werden durch LernerInnen-zentrierte Methoden vermittelt¹⁰⁸ und frühzeitig in Zusammenarbeit mit Regierungen, lokalen Behörden sowie Aufnahme- und Integrationsakteuren identifiziert.¹⁰⁹ Im Rahmen des HAP waren folgenden Inhalte vorgesehen: Informationen zum HAP und zum Ablauf der Reise; allgemeine Informationen zu Österreich (wie Geographie und Geschichte, das politische System, usw.) und spezifische Informationen zu Spracherwerbsmöglichkeiten, Wohnen, Geld, Verkehr, Bildung, Arbeit, Familie, Sozialsystem und Gesundheit sowie dem Zusammenleben und Religion. Weiters werden auch relevante Anlaufstellen für individuelle Beratung vermittelt.¹¹⁰ Zusätzlich zu den Sachinformationen konzentrieren sich die Trainings auch auf die Vermittlung von für eine erfolgreiche Integration notwendigen Einstellungen und Verhaltensweisen. Dazu zählen unter anderem: Pro-Aktivität, Zeitmanagement und Formulierungen von Zielsetzungen, sowie das Wissen über Rechte und Pflichten in der österreichischen Gesellschaft.¹¹¹

Die Trainings dauern jeweils zwei Tage und wurden für TeilnehmerInnen ab 14 Jahre angeboten, für Kinder gab es eine Betreuung während der Trainings, die An- und Abreise der TeilnehmerInnen wurde organisiert und finanziert.

Um die vielfältigen Inhalte in der kurzen Zeit so effektiv wie möglich an die TeilnehmerInnen vermitteln zu können, wurde der Fokus auf interaktive Methoden gerichtet, welche die Lernenden dazu ermutigen, besonders aktiv am Training teilzunehmen und ihre Erwartungen und Bedenken mitzuteilen.¹¹²

107 Ebd.

108 IOM, *Best Practices: IOM's Migrant Training / Pre-departure Orientation Programs*, verfügbar auf www.iom.int/files/live/sites/iom/files/What-We-Do/docs/Best-Practices-in-Migrant-Training.pdf (Zugriff am 4. Mai 2016).

109 IOM, *Resettlement Assistance*, verfügbar auf <http://eea.iom.int/index.php/what-we-do/resettlement> (Zugriff am 22. April 2016).

110 IOM, *AUCO 2015*, verfügbar auf www.iomvienna.at/sites/default/files/Arbeitsmappe_AUCO_final_deutsch_Sept.2015.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

111 Vereinbarung zwischen BMI und IOM zum Transfer von 600 syrischen Flüchtlingen unter Schutz von UNHCR im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 7. November 2014, unveröffentlicht.

112 IOM, *AUCO – Österreichische Kulturelle Orientierungstrainings für syrische Flüchtlinge*, verfügbar auf www.iomvienna.at/sites/default/files/AUCO%20-%20O%CC%88sterreichische%20Kulturelle%20Orientierungstrainings%20fu%CC%88r%20syrische%20Flu%CC%88chtlinge_DE.pdf (Zugriff am 22. April 2016).

Die Trainings wurden im Team gemeinsam mit jeweils einem/r MitarbeiterIn von IOM und einem/r bi-kulturellen TrainerIn abgehalten. Bi-kulturellen TrainerInnen kommen selber aus der Arabischen Republik Syrien, haben eigene Fluchterfahrung erlebt und ihre Integration in Österreich ist positiv verlaufen, so dass sie auf beiden Seiten (sowohl auf Seite der Flüchtlinge, als auch auf der Seite der aufnehmenden Gesellschaft) eine große Legitimation aufweisen. Ihre Rolle ist es, während der Trainings nicht nur sprachlich, sondern auch kulturell zu übersetzen.¹¹³

Um den TrainingsteilnehmerInnen auch nach den Trainings und während der ersten Zeit in Österreich eine Vertiefung zu den verschiedenen Themen zu ermöglichen, wurde in Zusammenarbeit mit UNHCR und anderen relevanten Akteuren aus der Integrationsarbeit eine Broschüre erarbeitet, die den Flüchtlingen während des Trainings ausgehändigt wurde.

Zum Abschluss der Kulturellen Orientierungstrainings wurde ein Zertifikat an die TeilnehmerInnen ausgehändigt, zur Bestätigung der Teilnahme – welches auch an die Akteure der Integration in Österreich weitervermittelt wurde, um darüber aufzuklären, welche Personen grundsätzliche Informationen zum neuen Leben in Österreich erhalten hatten.¹¹⁴

5.2.4 Reisevorbereitung und Logistik

Da Flüchtlinge oft Erstflieger und in Gruppen unterwegs sind, werden der Flug und die Passagierabfertigung beim Einsteigen, während des Transits und am Zielflughafen für sie organisiert – in fast allen Fällen in Zusammenarbeit mit IOM. Dies inkludiert Hilfe beim Einchecken, mit dem Zoll und bei Einreiseformalitäten, sowie Unterstützung bei Transit und Ankunft.

Auch im HAP wurde auf die Dienstleistungen von IOM in diesem Bereich zurückgegriffen. Laut den bilateralen Vereinbarungen zwischen

113 IOM, *Resettlement Assistance*, verfügbar auf <http://eea.iom.int/index.php/what-we-do/resettlement> (Zugriff am 22. April 2016).

114 Schriftliche Anfragenbeantwortung zur Studie von Katharina Benedetter, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016; Schriftliche Anfragenbeantwortung zur Studie von Marianne Dobner, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016.

IOM und BMI, wurden folgende Leistungen bezüglich der Reise und Logistik entschieden:¹¹⁵

- IOM organisiert den Transport für die Flüchtlinge mit gewerblichen Flügen und kümmert sich um die Buchung sowie um die Ausreisebestätigungen, welche an das IOM Landesbüro für Österreich gesandt werden (zur weiteren Information des österreichischen BMI);
- IOM MitarbeiterInnen unterstützen die Flüchtlinge beim Ausgangsflughafen (inklusive dem Transitflughafen, was nur bei Flügen aus dem Libanon via Türkei nach Wien notwendig war; von der Türkei und Jordanien gibt es Direktflüge nach Österreich) und begleiten sie während der Auswanderungs- und Zollverfahren sowie beim Einsteigen ins Flugzeug;
- IOM stellt sicher, dass das Gepäck der Flüchtlinge richtig beschriftet und identifiziert wird, besonders für Flüchtlinge mit schlechtem Gesundheitszustand, die bei ihrer Ankunft in Österreich ins Krankenhaus gebracht oder anderweitig speziell versorgt werden müssen;
- IOM stellt im Bedarfsfall eine Begleitung während des gesamten Fluges bis zur Ankunft in Österreich zur Verfügung, inklusive medizinischer Begleitung vom Flughafen zum Krankenhaus. Begleitpersonen müssen vom österreichischen BMI vor Flugbuchung bewilligt werden;
- MitarbeiterInnen vom IOM Landesbüro für Österreich empfangen die Flüchtlinge am Wiener Flughafen und übergeben sie den jeweiligen Behörden, und die tatsächliche Ankunft der syrischen Flüchtlinge wird über die etablierten Kanäle an das österreichische BMI kommuniziert.

5.3 Ankunftsphase

Während der Ankunftsphase wurden im Rahmen des HAP I alle Personen nach ihrer Ankunft in Österreich in die Erstaufnahmestelle Traiskirchen in Niederösterreich gebracht. Dort wurde eine medizinische Untersuchung durchgeführt. Außerdem wurde ein Interview zur Statusvergabe durch das BFA abgehalten.

115 Diese Leistungen wurden in allen vier Vereinbarungen zwischen BMI und IOM zum Transfer von syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm festgehalten, siehe Literaturverzeichnis.

Bereits am Tag nach ihrer Ankunft in Österreich bot der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) syrischen Flüchtlingen im Rahmen des HAP I eine aufsuchende Beratung in Traiskirchen an, informierte sie in Arabisch über ihren Asylstatus, Familienzusammenführung sowie über relevante Angebote des ÖIF und gab ihnen einen Termin für ein Erstberatungsgespräch im nächstgelegenen Integrationszentrum (ÖIF, o.J.:24): Diese Beratungen wurden laut Waldsich im Zeitraum Oktober 2013 bis August 2015 angeboten und standen auch für die Familienzusammenführungsfälle des zweiten Kontingents zur Verfügung (Waldsich, 2016:43).

Die 250 UNHCR-Fälle blieben für circa eine Woche in Traiskirchen und wurden danach in die Unterbringungen der Grundversorgung in die Bundesländer überstellt; für die 250 Personen der „Familienzusammenführungsfälle“ lag die Wohnraumversorgung grundsätzlich in der Verantwortung der Familienangehörigen (ICMC, 2015:42). Laut dem BMI wurde jedoch auch hier einigen Familien der Familienzusammenführung ein Quartier der Grundversorgung in den Ländern zur Verfügung gestellt, falls keine ausreichenden Platzmöglichkeiten der hier lebenden Verwandten zur Erstunterbringung zur Verfügung standen.¹¹⁶

Die Grundversorgung¹¹⁷ konnte bei Hilfsbedürftigkeit während der ersten vier Monate nach Asylgewährung bezogen werden (Art. 2 Abs. 1 Z 6 Grundversorgungsvereinbarung, Art. 15a B-VG).¹¹⁸ Die Leistungen und Kostenhöchstsätze sind in der Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Bundesländern mit dem Ziel einer bundesweiten Vereinheitlichung festgelegt (Art. 6 und Art. 9 Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG). Zuständig für die Gewährung der Grundversorgung für Asylberechtigte sind die Bundesländer, die, unter Einhaltung der Mindeststandards, in ihren jeweiligen Landesgesetzen unterschiedliche Leistungen festschreiben können (Koppenberg, 2014:18–19, 45).

Die Grundversorgung umfasst zwei Varianten der Unterbringung¹¹⁹ und die Bezahlung der Krankenversicherungsbeiträge (Art. 6 Abs. 1 Z 5

116 Interview mit Peter Stark, Bundesministerium für Inneres, 15. April 2016.

117 BMI, *Asylwesen*, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/bmi_asylwesen/betreuung/start.aspx (Zugriff am 11. April 2016).

118 BGBl. I Nr. 80/2004.

119 Nach Art. 9 Grundversorgungsvereinbarung – Art. 15a B-VG und Art. 2 Vereinbarung zur Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze gilt Folgendes: Wenn die Person in einer organisierten Unterkunft wohnt, gilt ein Kostenhöchstsatz für die Unterbringung und Verpflegung von 21 EUR pro Person und Tag. Dieser Betrag geht direkt an die Unter-

und Art. 9 Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG), welche Zugang zum Gesundheitssystem gewährt. Zusätzliche Leistungen der Grundversorgung umfassen Bekleidung, Beratung und Betreuung, Schulbedarf und die Übernahme der Fahrtkosten zur Schule mit einem Kostenhöchstsatz von 200 EUR pro Kind und Jahr (Koppenberg, 2014:44ff.).

Da die Grundversorgung allerdings im Allgemeinen für Asylsuchende ist, und nur für Asylberechtigte um vier Monate verlängert wird, um deren Eingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern und den Übergang einfacher zu gestalten, handelt es sich um eine vorübergehende Lösung für die Zielgruppe. Nach der Grundversorgung gehen die Personen in den allermeisten Fällen in das System der Mindestsicherung über (siehe Abschnitt 5.4.1).

Die Unterbringung im HAP I wurde nach Ankunft der syrischen Flüchtlinge in folgenden sechs Bundesländern organisiert: Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Wien.¹²⁰

Im HAP II wurde die Unterbringung bei den Familienfällen beibehalten, während aufgrund des drastischen Anstiegs von AsylwerberInnen im Land seit Herbst 2015 bei der Unterbringung der UNHCR-Fälle ein neues Prozedere entwickelt wurde: Es wurde dazu übergegangen, die Flüchtlinge in Zwischenunterkünfte bzw. direkt in ihre langfristigen Unterkünfte zu bringen, die durch die ARGE Resettlement bereitgestellt wurden.

In diesem Zusammenhang gab es Einschränkungen in Bezug auf den Aufenthaltsort. Personen die in einer Unterkunft untergebracht wurden, die von der ARGE Resettlement zur Verfügung gestellt wurde, waren berechtigt sich innerhalb des regionalen Ermessensbereichs der ARGE Resettlement frei zu bewegen und gegebenenfalls eine andere Unterkunft zu finden. Sie konnten auch in ein anderes Bundesland weiterreisen soweit keine Ressourcen der anderen ARGE-Partner in diesem Bundesland vor-

bringungseinrichtung. Außerdem bekommen sie max. 40 EUR pro Person und Monat für alle persönlichen Ausgaben sowie 10 EUR für Freizeitaktivitäten. Wenn eine allein-stehende erwachsene Person individuell untergebracht ist, bekommt sie 150 EUR für Miete und 215 EUR für Verpflegung pro Monat. Außerdem bekommt sie max. 40 EUR pro Monat für persönliche Ausgaben. Abweichende Kostenhöchstsätze gelten für Familien, Minderjährige und unbegleitete Minderjährige (UNHCR, *Q&A: Asylsuchende in Österreich*, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich/questions-and-answers/asylsuchende-in-oesterreich.html (Zugriff am 31. März 2016)).

120 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von ARGE Resettlement, 12. April 2016.

handen waren, hätten dann jedoch den Anspruch auf die Dienstleistungen der ARGE Resettlement verloren.¹²¹

Da der private Wohnungsmarkt in Österreich schwer zugänglich war bzw. Detailfragen beispielsweise des Mietvertrags nicht immer zeitgerecht geklärt werden konnten, gab es auch teilweise eine Unterbringung in Form von sogenannten „Übergangswohnungen“ für die Dauer von circa einer Woche, bis eine endgültige Bleibe gefunden war. Wenn die Ankünfte sehr stark verzögert waren, gab es ebenfalls die Nutzung von Unterbringungen für touristische Zwecke wie etwa Hotels – was jedoch eine Ausnahme blieb. Temporäre Unterbringungen (z.B. Zelte oder Gebäude wie Schulen) wurden nicht in Betracht gezogen.¹²²

Die Unterbringung im HAP II wurde in folgenden sechs Bundesländern organisiert: Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Vorarlberg und Wien.¹²³

5.4 Integrationsphase

Die erfolgreiche langfristige Integration ist sehr wichtig für die Zielgruppe und kann durch entsprechende Angebote gefördert werden (Papadopoulou et al., 2013; UNHCR, 2013b:8–10). In der langfristigen Integrationsphase des HAP können zwei Leistungen voneinander unterschieden werden: Leistungen, welche allen Drittstaatsangehörigen in Österreich zur Verfügung stehen und Leistungen, die als spezielle Integrationsmaßnahmen für die UNHCR-Fälle des HAP I und des HAP II in unterschiedlichem Umfang ausgeschrieben wurden.

5.4.1 Allgemeine Integrationsunterstützung

Laut § 68 Abs. 1 Asylgesetz¹²⁴ kann einer Person, welcher der Status eines/r Asylberechtigten zuerkannt wurde, Integrationshilfe gewährt werden. Integrationshilfe umfasst insbesondere Sprachkurse; Kurse zur Aus- und Weiterbildung; Veranstaltungen zur Einführung in die österreichische Kultur und Geschichte; gemeinsame Veranstaltungen mit österreichischen

121 Ebd.

122 Ebd.

123 Ebd.

124 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Version vom BGBl. I Nr. 24/2016.

Staatsbürgern zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses; Weitergabe von Informationen über den Wohnungsmarkt und Leistungen des ÖIF zur Integration von Flüchtlingen und Migranten (§ 68 Abs. 2 Asylgesetz).

Alle Personen, die im Rahmen des HAP Asyl in Österreich bekamen, konnten die allgemeine Integrationsunterstützung in Anspruch nehmen, die auch anderen Asylberechtigten generell zur Verfügung steht.¹²⁵ Zum Beispiel bieten im Bereich Sprache sowohl das Arbeitsmarktservice (AMS) als auch der ÖIF bundesweit Förderungen für die Teilnahme an Deutschkursen an. Angesichts der zunehmenden Anzahl von Asylsuchenden und damit auch anerkannter Flüchtlinge in Österreich wurden die finanziellen Mittel und Kursplätze im Jahr 2015 erhöht (Koppenberg, 2015:35–39).¹²⁶ Unter anderem wurden mit diesen Mitteln bestehende Maßnahmen aufgestockt und seit 2016 bietet der ÖIF kostenlose Werte- und Orientierungskurse mit dem Titel „Mein Leben in Österreich“ speziell für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte in den ersten Wochen und Monaten nach der Ankunft an, um sie in der ersten Phase der Integration zu unterstützen.¹²⁷ Anhand einer Lernunterlage¹²⁸ werden die Grundwerte der österreichischen Verfassung (z.B. Gleichberechtigung von Mann und Frau), wichtige Voraussetzungen des Lebens in Österreich (z.B. die Bedeutung von Deutschkenntnissen und Bildung) sowie Alltagswissen für eine erfolgreiche Integration in Österreich in diesen Kursen vermittelt.

Weiters haben Personen, die im Rahmen des HAP nach Österreich kamen bezüglich der Sozialversorgung, wie alle anderen Asylberechtigten (und andere Bevölkerungsgruppen), unter gewissen Voraussetzungen einen Anspruch auf bedarfsorientierte Mindestsicherung. Diese bekommt man,

125 Für weitere Informationen siehe Koppenberg, 2015:34ff.

126 Medienservicestelle Neue Österreicher/innen, *Integration in den Bundesländern: Deutschkurse und Arbeit im Mittelpunkt*, verfügbar auf http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2016/03/30/integration-in-den-bundeslaendern-deutschkurse-und-arbeit-im-mittelpunkt/?doing_wp_cron=1459322031.98673 (Zugriff am 27. April 2016).

127 BMEIA, *Integrationsministerium, AMS und ÖIF präsentieren österreichweite Kooperation bei Wertekursen für Flüchtlinge*. Presseaussendung, 9. März 2016, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2016/03/integrationsministerium-ams-und-oEIF-praesentieren-oesterreichweite-kooperation-bei-wertekursen-fuer-fluechtlinge/ (Zugriff am 31. März 2016).

128 BMEIA/ÖIF, *Lernunterlage zum Werte- und Orientierungskurs „Mein Leben in Österreich“ – Chancen und Regeln*, verfügbar auf www.integrationsfonds.at/themen/kurse/mein-leben-in-oesterreich/ (Zugriff am 27. April 2016).

wenn man nicht in der Lage ist, den Lebensunterhalt, Wohnbedarf und die Absicherung im Fall von Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung selber zu decken (Art. 4 Abs. 1 und Abs. 3 Z 2 Vereinbarung über eine Bedarfsorientierte Mindestsicherung¹²⁹).¹³⁰

Allgemeine Sozialleistungen und Integrationsunterstützungen beziehen sich ausschließlich auf den österreichischen Kontext. Allen Personen – wie auch den TeilnehmerInnen des HAP – steht es frei, ins Ausland zu fahren. Dient dies touristischen Aktivitäten, hat es keine Auswirkungen auf die Sozialleistungen in Österreich. Wird jedoch der Lebensmittelpunkt in ein anderes Land verlegt, ist nach § 7 Abs. 1 Z 3 Asylgesetz¹³¹ der Status des Asylberechtigten abzuerkennen.¹³²

5.4.2 Spezielle Integrationsmaßnahmen

Die Integration der TeilnehmerInnen des HAP wurde neben den Leistungen des Regelsystems durch speziell ausgeschriebene Integrationsmaßnahmen unterstützt. Jene Personen, die in Zusammenarbeit mit dem UNHCR nach Österreich kamen, erhielten zusätzlich spezielle Integrationsleistungen, welche durch die ARGE Resettlement durchgeführt wurden.

Aufgrund des dringenden Wohnraumbedarfs wurden die spezifischen Integrationsmaßnahmen vom HAP I zum HAP II ausgeweitet, weshalb hier eine Darstellung der Leistungen nach den beiden Phasen vorgenommen wird.¹³³

129 Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung, BGBl. I Nr. 96/2010.

130 Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung kann sowohl subsidiär zur Grundversorgung bezogen werden, d.h. die Grundversorgung wird aufgestockt bis der Mindestsicherungssatz erreicht wird, als auch nachdem der Anspruch auf Grundversorgung erloschen ist. Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung wird als pauschale Geldleistung zwölfmal im Jahr ausgezahlt. Die Höhe der Leistung basiert auf einem monatlichen Richtsatz der jedes Jahr neu festgelegt wird und hängt von der Haushaltsgröße ab (Kammer für Arbeiter und Angestellte, 2013:342, 346–348). Im Jahre 2016 bekamen alleinstehende Personen beispielsweise 837,76 EUR. Umfasst sind ein Wohnanteil sowie ein uneingeschränkter Zugang zu medizinischen Leistungen durch einen Krankenversicherungsschutz. Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung fällt in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer (BMAK, 2016:8, 9, 11).

131 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Version vom BGBl. I Nr. 24/2016.

132 Interview mit Peter Stark, Bundesministerium für Inneres, 15. April 2016.

133 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von Michael Girardi, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, 8. April 2016.

Das BMEIA schrieb die speziellen Integrationsmaßnahmen für die 250 UNHCR-Fälle des HAP I in einem EU-weiten Vergabeverfahren aus¹³⁴ und die Bietergemeinschaft ARGE Resettlement – bestehend aus Österreichische Caritas Zentrale, Caritas der Erzdiözese Wien, Caritasverband der Erzdiözese Salzburg, Caritas der Diözese Innsbruck, Caritas Kärnten, Caritas der Diözese Graz-Seckau, Caritas der Diözese Feldkirch, Caritas für Menschen in Not (Linz), Diakonie Flüchtlingsdienst GmbH sowie Österreichisches Rotes Kreuz Landesverband Oberösterreich – erhielt den Zuschlag (siehe Abschnitt 4.7).¹³⁵

Die Leistungen innerhalb dieses Projektes zum HAP I umfassten:

- **Erstberatung bzw. Betreuung:** Informationen zu Gewährleistung der Grundbedürfnisse und Erlangung der Grundsicherung; Abklärung der psychologischen, altersgeschlechtsspezifischen Bedürfnisse und Erstellung des individuellen Bedarfsplans; Allgemeine Informationen über das Leben in Österreich; Überblick über das österreichische Sozialsystem; Überblick über das österreichische Gesundheitssystem; Verweisung an Fachärzte und Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit Familienmitgliedern;
- **Alphabetisierungs- bzw. Sprachkurse:** Durchführung von Einstufungstests und Zuweisung in Alphabetisierung und kulturelle Abhaltung von Sprachkursen auf Niveau A1 und A2 sowie Führung von entsprechenden TeilnehmerInnenlisten;
- **Kostenlose Kinderbetreuung:** Für Zeiten, in denen Eltern während der Deutschkurse nicht für die Kinderbetreuung zur Verfügung standen;
- **Versorgung schulpflichtiger Kinder:** Kinder im schulpflichtigen Alter mussten in Abstimmung mit den zuständigen Stellen in den jeweiligen Bundesländern soweit wie möglich im regulären Schulbetrieb untergebracht werden. Je nach Bedarf sind auch Beratungen und Begleitungen durch die ARGE vorgenommen worden;
- **Bildungs- und Berufsberatung:** An zwei Tagen pro Woche (jeweils zu fünf Stunden) wurden Beratungstermine (unterstützt durch Dol-

134 BMEIA, *HAP II Projektaufruf*, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/integration/projektfoerderung/asyl-migrations-und-integrationsfonds/hap-ii-projektaufruf/ (Zugriff am 31. März 2016).

135 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von Michael Girardi, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, 8. April 2016.

metscher) für syrische Flüchtlinge angeboten. Themen umfassten: Feststellung der Qualifikationen und Kompetenzen sowie deren Verwertbarkeit auf dem österreichischen Arbeitsmarkt; Vermittlung zu Freiwilligenarbeit, Berufspraktika, Lehrstellen und Arbeitsstellen sowie zu Ausbildungsinstitutionen und ArbeitgeberInnen; Beratung bei Bewerbungstechniken und Lebenslauf. Nach Bedarf sind Workshops sowie Exkursionen organisiert worden;

- **Unterkunftsberatung:** Je nach Bedarf wurde die Zielgruppe bei der Suche nach Wohnmöglichkeiten unterstützt, unter anderem durch spezifische Rechtsberatungen zur Wohnungssuche, über Abschluss von Verträgen, Mieterschutz;
- **Beratung und Betreuung von allein reisenden Frauen mit erhöhtem Betreuungsbedarf:** Für allein reisende Frauen mit erhöhtem Betreuungsbedarf sind besonderen Beratungs- und Bildungsangebote angeboten worden. Diese umfassten z.B.: kontinuierliche Begleitung im Sinne des Fallmanagements; Coaching; Gesundheitsorientierte Bildungs- und Gesprächsangebote zur Stärkung des Gesundheitsbewusstseins; Familienbildung und Unterstützung durch Austausch in Frauengruppen oder Mutter-Kind-Treffen und Unterstützung bei der Erlangung von Basisbildung (Lesen, Schreiben, Rechnen, digitale Kompetenzen).¹³⁶

Für die speziellen Integrationsmaßnahmen der 600 UNHCR-Fälle des HAP II führte das BMEIA wiederum einen Projektauftrag¹³⁷ für zwei spezifische Maßnahmenpakete durch:

- Maßnahme 1 umfasst dabei die Starthilfe und Integrationsberatung;
- Maßnahme 2 umfasst den Ausbau der sprachlichen Kompetenz und die Vorbereitung auf die Arbeitsmarktintegration.

Die ARGE Resettlement und der ÖIF reichten Projektanträge im Rahmen eines BMEIA-Auftrags ein und bekamen diese zugesprochen (siehe Abschnitt 4.6 und 4.7).¹³⁸

136 ARGE Resettlement, *Projektbeschreibung zum HAP I*, unveröffentlicht.

137 Der Projektauftrag konnte bis zum 30. April 2015 in schriftlicher Form beim BMEIA eingereicht werden; Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Antragsformular – Projektauftrag 2015-Humanitäres Aufnahmeprogramm Syrien II*, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/integration/projektfoerderung/asyl-migrations-und-integrationsfonds/hap-ii-projektauftrag/ (Zugriff am 11. April 2016).

138 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von Michael Girardi, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, 8. April 2016.

Die ARGE übernahm alle im Rahmen des Maßnahmenbereichs 1 vorgesehenen Integrationsleistungen. Diese waren (in verkürzter Form):

- die bedarfsgerechte und -orientierte Erstbetreuung;
- Zur-Verfügung-Stellung von Wohnraum;
- Stabilisierung, Beratung, Versorgung und Orientierung;
- nachhaltige Vorbereitung auf ein selbständiges Leben in Österreich.¹³⁹

Die „mitgebrachten“ Ressourcen und Kompetenzen der Zielgruppe wurden in diesen Maßnahmen berücksichtigt und die Integrationsleistungen flexibel auf den individuellen Bedarf der Flüchtlinge abgestimmt.¹⁴⁰

Der größte Unterschied zum HAP I bestand darin, dass nun Wohnraum zur Verfügung gestellt wurde; und nicht mehr „nur“ Beratung zu diesem Bereich. Dies gründete in der Erfahrung, dass die TeilnehmerInnen des HAP I doch mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert waren, sich selbstständig Wohnraum zu erschließen und daher dringend Unterstützung in diesem Bereich notwendig war.¹⁴¹

Der Maßnahmenbereich 2 beinhaltete Leistungen im Bereich Ausbau der sprachlichen Kompetenz (Sprachliche Qualifikation sowie Bildungs- und Arbeitsmarktberatung), welche von der ARGE Resettlement erbracht wurden.¹⁴²

Ein weiterer Bereich war die Vorbereitung auf die Arbeitsmarktintegration. Diese Leistungen wurden vom ÖIF erbracht, mit Ausnahme des Bundeslandes Vorarlberg, wo dies die ARGE übernahm.¹⁴³ Der ÖIF bot diesbezüglich ein Leistungspaket an, welches Beratung zur beruflichen Orientierung umfasste, ebenso wie die Teilnahme an berufsbezogenen Workshops der Reihe „Erfolgreich in Wien“ und Informationen zur Teilnahme am Programm „Mentoring für MigrantInnen“ (ÖIF, o.J.:36). Die-

139 ARGE Resettlement, *Integrationsmaßnahmen für 600 syrische Flüchtlinge im HAP II – ARGE Resettlement. Zwischenbericht (Berichtszeitraum 01.05.2015-31.12.2015)*, unveröffentlicht; Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von ARGE Resettlement, 12. April 2016.

140 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von ARGE Resettlement, 12. April 2016.

141 Schriftliche Mitteilung des UNHCR an Bundesminister Sebastian Kurz bezüglich des Humanitären Aufnahmeprogramms für syrische Flüchtlinge, 8. April 2015, unveröffentlicht.

142 ARGE Resettlement, *Integrationsmaßnahmen für 600 syrische Flüchtlinge im HAP II – ARGE Resettlement. Zwischenbericht (Berichtszeitraum 01.05.2015-31.12.2015)*, unveröffentlicht.

143 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von ARGE Resettlement, 12. April 2016.

ses Leistungspaket basierte auf den von der ARGE Resettlement erhobenen Daten, so dass die Maßnahmen eng aufeinander abgestimmt waren.

5.5 Finanzierung

Das BMI hat im Rahmen des HAP I für jene 250 syrischen Flüchtlinge, welche in Zusammenarbeit mit dem UNHCR abgewickelt wurden, um Mittel des EU „Emergency Resettlement 2012“¹⁴⁴ angesucht, und die Europäische Kommission hat eine Förderung in der Höhe von einer Million Euro befürwortet. Diese Ressourcen wurden in die folgenden Leistungen investiert: medizinische Untersuchungen und Erstinformationen vor Ort, Ausstellung von Reisedokumenten, Transport- und Flugkosten, Versorgungs- und Unterbringungskosten, medizinische Versorgung nach der Ankunft, Dolmetsch-Leistungen sowie die getroffenen Integrationsmaßnahmen.¹⁴⁵

Durch den EU Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)¹⁴⁶ werden den EU-Mitgliedstaaten für jede Person, die in Übereinstimmung mit den UNHCR-Kriterien neu angesiedelt wird, seit 2014 folgende Mittel zuerkannt: eine Pauschalsumme von EUR 6.000 für jede neuangesiedelte Person und EUR 10.000 für jede Person, die in Übereinstimmung mit den gemeinsamen Resettlement-Prioritäten der EU aufgenommen wird.¹⁴⁷

Im Rahmen des HAP II hat das BMI daher für jene 600 syrischen Flüchtlinge, welche in Zusammenarbeit mit dem UNHCR abgewickelt wur-

144 Für weitere Informationen siehe Europäische Kommission, *Preparatory Action on Emergency Resettlement*, verfügbar auf http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/financing/fundings/migration-asylum-borders/other-programmes/preparatory-action-on-emergency-resettlement/index_en.htm (Zugriff am 27. April 2016).

145 BMI, *Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 975/J (XXV.GP) vom 6. März 2014 betreffend „Aufnahme syrischer Flüchtlinge, Neuansiedelungsprogramm (Resettlement)“* (887/AB vom 5. Mai 2014). Verfügbar auf www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_00887/imfname_348921.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

146 Europäische Kommission, *Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF)*, verfügbar auf http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/financing/fundings/migration-asylum-borders/asylum-migration-integration-fund/index_en.htm (Zugriff am 31. März 2016).

147 Europäisches Resettlement-Netzwerk, *EU Funding for resettlement*, verfügbar auf www.resettlement.eu/page/eu-funding-resettlement-erfamif (Zugriff am 18. Mai 2016).

den, um diese Mittel des AMIF angesucht.¹⁴⁸ Insgesamt hat die Europäische Kommission eine Förderung in Gesamthöhe von 64,53 Millionen Euro im Rahmen des AMIF für Österreich am 20. März 2015 zugesagt, was auch 6 Millionen Euro für das HAP II mit einschließt. Mit den Mitteln wurden jegliche erforderliche Maßnahmen wie etwa der Transfer von Personen nach ihrer Ankunft in Österreich, Bereitstellung entsprechender Informationen, Unterstützung und Versorgung bei der Ankunft, Familienzusammenführung und sprachliche Unterstützung ermöglicht.¹⁴⁹

„In Summe wurde also von der EU für alle 850 UNHCR Plätze des österreichischen Humanitären Aufnahmeprogramms ein Förderbetrag in Höhe von € 7.000.000,- gewährt“ (Waldsich, 2016:46).

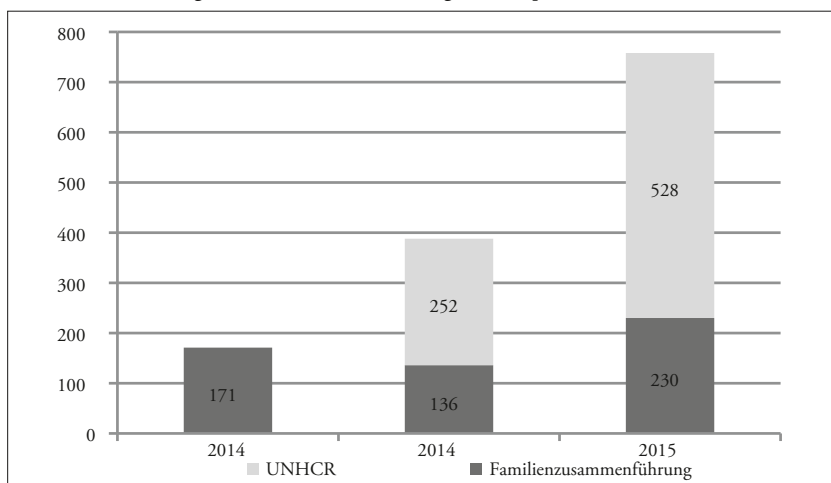
148 BMI, *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)*, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/BMI_Fonds/amif_isf/amif/start.aspx (Zugriff am 13. April 2016).

149 BMI, *Nationales Programm AMIF*, S. 22, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/BMI_Fonds/amif_isf/amif/downloads/files/Nationales_Programm_AMIF_Genehmigt_durch_EK.pdf (Zugriff am 13. April 2016).

6. STATISTIKEN

In den ersten drei Jahren des Humanitären Aufnahmeprogramms (HAP) wurden insgesamt 1.317 Personen von Österreich aufgenommen.¹⁵⁰ Davon kamen 780 Personen als UNHCR-Fälle und die restlichen 537 Personen als Familienangehörige nach Österreich. Während 2013 – als das HAP gestartet wurde – im letzten Quartal 171 Personen nach Österreich kamen, vergrößerte sich die Zahl der jährlichen Aufnahmen in den folgenden Jahren im Zuge des Aufbau des HAP (siehe Abbildung 6 sowie Tabelle A.1 im Anhang): 2014 wurden sodann 388 Personen und im Jahr 2015 758 Personen aufgenommen. Das stellt eine jährliche Steigerung um das 2,3-fache (2013–2014) bzw. 2-fache (2014–2015) dar. Wie sich in Abbildung 6 erkennen lässt, wurde im ersten Jahr des Programms vorerst mit der Aufnahme von Familienzusammenführungsfällen begonnen (100 % aller Resettlement-Aufnahmen). Im Jahr 2014 kamen dann die UNHCR-Fälle hinzu (65 % UNHCR; 35 % Familienzusammenführung), die 2015 noch einmal etwas mehr als verdoppelt wurden (70 % UNHCR; 30 % Familienzusammenführung).

Abbildung 6: Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Programmkomponente (2013–2015)



Quelle: BMI, Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich, eigene Darstellung.

¹⁵⁰ Die Zuteilung zu einem bestimmten Jahr wurde basierend auf dem Datum, an dem die Person nach Österreich gekommen ist, vorgenommen; nicht, wann ein Platz im HAP zugeteilt wurde.

Obwohl das HAP speziell zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge eingerichtet wurde, sind auch Personen anderer Staatsangehörigkeit über das Programm nach Österreich gekommen, sofern sie Mitglied einer der umfassten Personengruppen waren, beispielsweise Ehegattin/Ehegatte einer sonst syrischen Familie (BMI, o.J.:13). Neben den im Zeitraum 2013 bis 2015 aufgenommenen 1.310 SyrerInnen kamen somit auch fünf Personen mit irakischer und eine Person mit armenischer Staatsangehörigkeit sowie eine staatenlose Person nach Österreich (siehe Tabelle 3 sowie Tabelle A.3 im Anhang).

Tabelle 3: Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Staatsangehörigkeit (2013–2015)

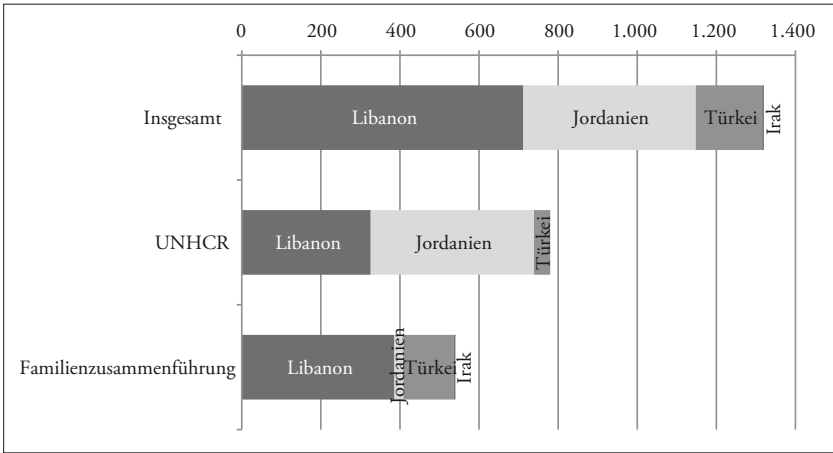
Staatsangehörigkeit	Jahr		
	2013	2014	2015
Arabische Republik Syrien	167	387	756
Armenien	0	0	1
Irak	4	1	0
Staatenlos	0	0	1
Insgesamt	171	388	758

Quelle: BMI, Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich, eigene Darstellung.

Es ist vorgesehen, dass Österreich im Rahmen des HAP syrische Flüchtlinge aufnimmt, die sich in den Transitländern Jordanien, Libanon und Türkei aufhalten (wobei die Türkei im HAP I noch nicht dazuzählte). Im Zeitraum 2013 bis 2015 wurden die meisten Personen aus dem Libanon aufgenommen (712), gefolgt von Jordanien (436) und der Türkei (168). Anteilsmäßig kamen die UNHCR-Fälle überwiegend aus Jordanien, während die Familienzusammenführungsfälle vor allem aus dem Libanon kamen (siehe Abbildung 7 sowie Tabelle A.4 im Anhang). Im Jahr 2015 wurde außerdem eine Person die sich im Irak aufhielt als Familienzusammenführungsfall über das HAP in Österreich aufgenommen. Bei dieser Person handelte es sich um ein Familienmitglied, dass kein gültiges Reisedokument besaß und somit nicht zur Familie in die Türkei reisen konnte.¹⁵¹

151 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von Elisabeth Hochenegger, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016.

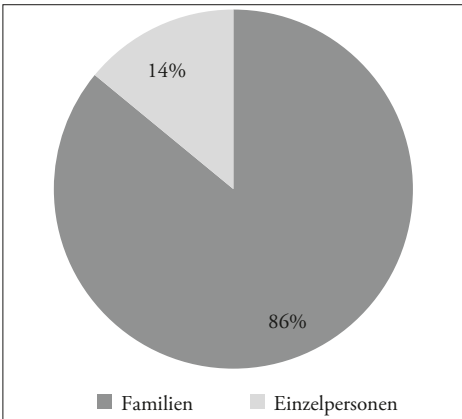
Abbildung 7: Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Transitland (2013–2015)



Quelle: BMI, Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich, eigene Darstellung.

Bei den Personen, die zwischen 2013 und 2015 im Rahmen des HAP von Österreich aufgenommen wurden, handelte es sich überwiegend (86 %) um Personen im Familienverband. Nur 14 Prozent kamen als Einzelpersonen (siehe Abbildung 8 sowie Tabelle A.1 im Anhang). Die Anteile waren bei den UNHCR-Fällen und den Personen, die über die Familienzusammenführung kamen, ähnlich.

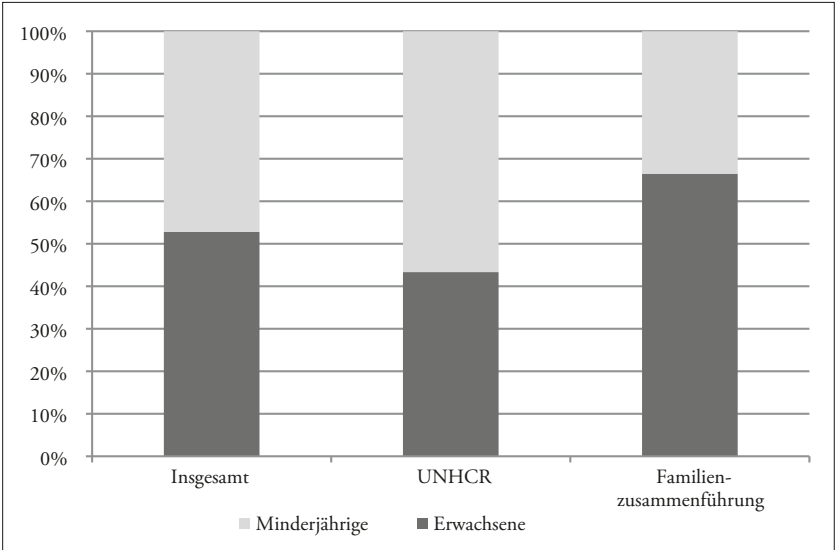
Abbildung 8: Anteil an Familien und Einzelpersonen, die im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommen wurden (2013–2015)



Quelle: BMI, Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich, eigene Darstellung.

Der Anteil an Minderjährigen (47 %) und Erwachsenen (53 %), welche zwischen 2013 und 2015 im Rahmen des HAP von Österreich aufgenommen wurden ist ausgeglichen (siehe Abbildung 9 sowie Tabelle A.2 im Anhang). Betrachtet man die Programmkomponenten jedoch separat, so zeigt sich, dass die UNHCR-Fälle mehrheitlich Minderjährige waren (57 %), wohingegen die Personen, die über die Familienzusammenführung nach Österreich gekommen sind, mehrheitlich Erwachsene waren (66 %).

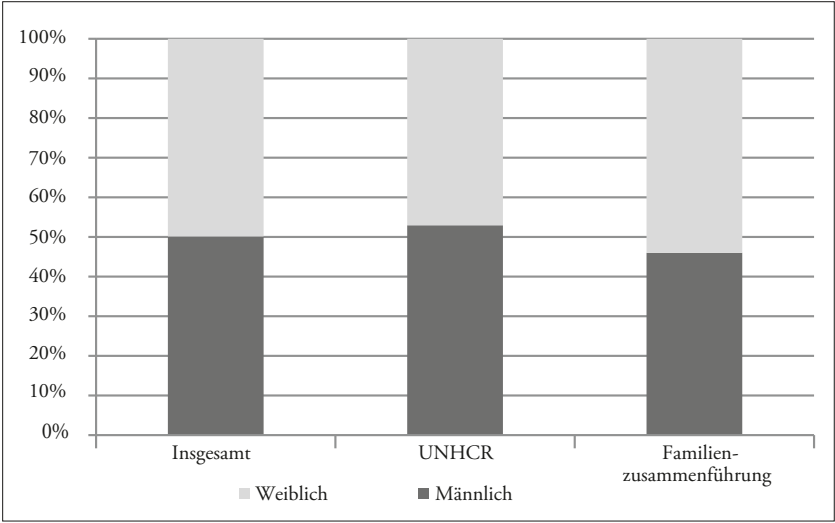
Abbildung 9: Anteil an Minderjährigen und Erwachsenen, die im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommen wurden (2013–2015)



Quelle: BMI, Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich, eigene Darstellung.

Was das Geschlecht der aufgenommenen Personen betrifft, so waren 50 Prozent männlich und 50 Prozent weiblich (siehe Abbildung 10 sowie Tabelle A.2 im Anhang). Unter den Personen, die zwischen 2013 und 2015 als UNHCR-Fälle gekommen sind waren anteilmäßig etwas mehr Männer bzw. Buben (53 %) wohingegen unter den Familienzusammenführungsfällen etwas mehr Frauen bzw. Mädchen waren (54 %).

Abbildung 10: Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Geschlecht (2013–2015)



Quelle: BMI, Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich, eigene Darstellung.

7. EVALUIERUNG UND ERFAHRUNGEN

7.1 Evaluierung

Da die humanitäre Aufnahme in Österreich eine relativ junge Initiative ist, gab es bisher keine externe Evaluierung des Programms. Es kann in diesem Zusammenhang jedoch auf Informationen aus einer internen UNHCR-Evaluierung und einer internen IOM-Evaluierung verwiesen werden.

Im Herbst 2014 führte UNHCR innerhalb der ersten vier bis acht Monate nach Ankunft der TeilnehmerInnen des HAP I Interviews mit 11 der 46 Familien durch. 2015 wurden weitere 10 Familien des HAP II interviewt; und vier Familien ein weiteres Mal zum Gespräch eingeladen, die bereits 2014 interviewt worden waren. Die Ergebnisse wurden nicht veröffentlicht,¹⁵² aber von UNHCR für die Zwecke dieser Studie zur Verfügung gestellt.

Interviews wurden mittels teilstrukturierter Fragen in den Unterkünften der Flüchtlinge oder in den Räumlichkeiten von Nichtregierungsorganisationen, die Integrationsberatung anbieten, geführt. Die meisten interviewten Familien lebten in Wien, gefolgt von Wiener Neustadt, St. Pölten, Salzburg und Wels sowie in zwei kleineren Städten in Niederösterreich.

Die wichtigsten Erkenntnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

Alle Familien gaben an, dass sie sich in Österreich sehr sicher fühlten und hinsichtlich der Ausübung ihrer Religion keine Probleme hatten. Die meisten Familien meinten außerdem, dass sie mit der medizinischen Behandlung und gesundheitlichen Versorgung in Österreich sehr zufrieden seien.

Die den Flüchtlingen vor der Abreise im HAP I zur Verfügung gestellten Informationen zu Österreich wurden als zu wenig erachtet, weil diese nur Reiseinformationen und limitierte Informationen zu Österreich boten.

152 Die interne Evaluierung war nicht für externe Zwecke bestimmt, sondern um UNHCR einen ersten Eindruck zu liefern, und um die Informationen für eventuell notwendige Verbesserungsvorschläge zu verwenden.

Als Folge wurden vor der Abreise abgehaltene kulturelle Orientierungstrainings im Rahmen des HAP II durchgeführt, welche von den TeilnehmerInnen als sehr positiv gewertet wurden.

Nach ihrer Ankunft am Wiener Flughafen wurden Flüchtlinge des HAP I gemeinsam mit anderen AsylwerberInnen in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen untergebracht, wo sie registriert wurden und nach einem kurzen Interview den Flüchtlingsstatus zuerkannt bekamen. Flüchtlinge beklagten sich über die Dauer ihres Aufenthalts (bis zu zwei Monaten) in Traiskirchen. Alle HAP I Flüchtlinge sagten aus, dass sie lieber so schnell wie möglich in ihre endgültige Unterkunft gebracht worden wären. Die Veränderungen im HAP II – dass Flüchtlinge für etwa eine Woche in Empfangseinrichtungen von Nichtregierungsorganisationen untergebracht, in denen Sozialberatungen angeboten wurden, wonach die endgültige Unterkunft meist innerhalb weniger Wochen nach Ankunft bezogen werden konnte bzw. diese unmittelbar bezogen werden konnte – wurde daher sehr begrüßt.

Auch die kulturellen Orientierungstrainings, welche von IOM in den Transitländern durchgeführt wurden, wurden durch Befragungen von 226 TeilnehmerInnen evaluiert. Das Ergebnis zeigt, dass 212 Personen das Training als „sehr gut“ beurteilt haben und 203 TeilnehmerInnen die Methoden „sehr gut“ fanden. Weiters würden 214 Personen das Training auf jeden Fall weiterempfehlen und 216 Personen fanden, dass alle ihre Fragen beantwortet wurden. Somit war die überwiegende Mehrheit sehr zufrieden mit den kulturellen Orientierungstrainings.¹⁵³

7.2 Erfahrungen der durchführenden Akteure

Laut Europäischer Kommission können jene Mitgliedstaaten, die erst seit kurzem bzw. noch gar kein Resettlement durchführen, durchaus vor einigen Herausforderungen stehen. Dazu gehört unter anderem die Schaffung von Kapazitäten zur Etablierung eines nationalen Resettlementmechanismus, fehlende Erfahrung im Durchführen von Missionen und der Auswahl von KandidatInnen, Bereitstellen optimaler Bedingungen für die

153 Interne Evaluierung der Kulturellen Orientierungstrainings, Zeitraum April 2015 bis März 2016, IOM Landesbüro für Österreich, unveröffentlicht.

Integration neuangesiedelter Flüchtlinge, und das Gewinnen der Unterstützung der Öffentlichkeit für Resettlement.¹⁵⁴

Auch Österreich stand als „Neueinsteiger“ im Bereich Resettlement und humanitärer Aufnahme vor ein paar dieser Herausforderungen.

Die Erfahrungen, welche im Rahmen des HAP von den durchführenden Akteuren gemacht wurden lassen sich grob in fünf Bereiche unterteilen:

1. Koordinierung und Partnerschaft;
2. die Situation in den Transitländern;
3. Zielgruppenspezifische Merkmale (inklusive der medizinischen Situation);
4. kulturelle Orientierung;
5. Integrationsleistungen.

7.2.1 Koordinierung und Partnerschaft

Die Koordinierung aller beteiligten Akteure des HAP war von entscheidender Wichtigkeit und lag federführend in der Verantwortlichkeit des BMI. Alle Partner – angefangen beim Transitland und den österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort, über die Durchführungsorganisationen UNHCR und IOM, die staatlichen Behörden in Österreich wie das BFA, bis hin zu den Verantwortlichen für die Integration in Österreich wie dem BMEIA, dem ÖIF und der ARGE Resettlement – haben sich während der Implementierung des Programms immer wieder getroffen und abgesprochen, um so einen strukturierten Ablauf kontinuierlich zu entwickeln, einzurichten und zu gewährleisten.

Die Kommunikation war in diesem Bereich essentiell und es wurden Kommunikationslinien festgelegt, damit jedwede relevante Information für alle Partner verfügbar war. Beispielsweise wurden Informationen zum gesundheitlichen Zustand der Zielgruppe von UNHCR anhand der medizinischen Untersuchungen von IOM aktualisiert und dem BMI weitergegeben, welches dann diese Information an die ARGE Resettlement kommunizierte, damit entsprechende Berücksichtigung bei der Wohnraumsuche vorgenommen werden konnte.

154 Europäische Kommission, *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat – Umverteilung und Neuansiedlung - Erster Fortschrittsbericht der Kommission*, 16. März 2016, KOM(2016) 165 final, verfügbar auf www.ipex.eu/IPEXL-WEB/dossier/files/download/082dbcc55388570c01538af14472030a.do (Zugriff am 22. Juni 2016).

Besonders hilfreich bei der Koordinierung war die Einrichtung von *Focal Points* in jeder beteiligten Institution sowie vierteljährliche Stakeholder-Austauschtreffen, die von UNHCR organisiert und in denen Prozesse und Herausforderungen in der Operationalisierung des Programms besprochen wurden. Weiters fand ein enger regelmäßiger Austausch auf dem Arbeitslevel zwischen den Akteuren statt und bei Bedarf wurden Ad-hoc-Treffen einberufen, um kurzfristige Angelegenheiten zu besprechen.

Zur gut funktionierenden Partnerschaft gehörte auch die klare Rollenverteilung der jeweiligen Akteure, also wann welche Aktionen von wem notwendig sind, um das Programm erfolgreich durchzuführen. Besonders hilfreich waren in dieser Hinsicht die Erstellung eines „Flow-Chart“, welche Partner, deren Rolle sowie Kommunikationslinien darstellte sowie die Ausarbeitung einer Zeitleiste. Obwohl unvorhergesehene Ereignisse den Ablauf eventuell nicht immer exakt einhielten ließen, half sie den Partnern doch im Hinblick auf die Orientierung zur Durchführung des Programms.

7.2.2 Die Situation in den Transitländern

Allgemein hat sich die Lage der syrischen Flüchtlinge in den Transitländern über den Zeitraum der Durchführung des HAP (vor allem im Libanon) deutlich verschlechtert. Zu Anfang gab es kaum Dringlichkeit hinsichtlich der Abreise/Teilnahme am Programm, während nach einem Jahr bereits sehr große Unsicherheiten auf Seiten der TeilnehmerInnen herrschten und diese die Transitländer so schnell als möglich verlassen wollten. Als Grund für eine dringende Ausreise wurden seitens der Flüchtlinge vor allem Kontrollen und Diskriminierungserfahrungen durch die lokale Polizei sowie Angst vor einer Bestrafung aufgrund eines irregulären Aufenthalts oder abgelaufener bzw. fehlender Papiere und Ausweisdokumenten genannt.

Beispielsweise gab es bei den Bedingungen im Transitland Jordanien Vorteile bei der Durchführung des HAP, weil nicht nur die Strukturen und Kooperationen zwischen UNHCR, IOM und den jordanischen Behörden schon durch andere Programme geübt und sehr gut etabliert waren, sondern auch Dokumente des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) als Reisedokumente akzeptiert wurden und der lokale Transport (überwiegend aus Camps) weitestgehend ohne Probleme ablief.

Im Libanon hingegen gab es aufgrund Zuwanderungen sehr großen Ausmaßes von schutzsuchenden Syrern größere Herausforderungen und es

wurden zudem IKRK-Dokumente seitens der Türkei als Transitland nicht als Reisedokumente akzeptiert, was einen Mehraufwand für die österreichische Vertretungsbehörde vor Ort bedeutet. Auch der lokale Transport gestaltete sich eher schwierig, da Flüchtlinge im Libanon überwiegend nicht in Camps untergebracht sind, sondern in Wohnungen.

In der Türkei gab es anfangs mehr Koordinierungs- und Aufklärungsbedarf, da die zuständige Behörde (Generaldirektion der Migrationsverwaltung im Innenministerium der Republik Türkei)¹⁵⁵ erst neu entstanden und daher stark beansprucht war. Mit fortschreitender Zeit etablierte sich jedoch ein guter Ablauf, was laut BMI nicht zuletzt dem österreichischen Generalkonsulat in Istanbul als Vertretungsbehörde im Ausland für Österreich zu verdanken war.¹⁵⁶ Bisweilen herausfordernd blieb die Ausstellung von Ausreisegenehmigungen für einzelne Personen oder Familien.

Insgesamt ist die Situation in den Transitländern daher bei der Aufnahme mitzudenken, weil länderspezifische Entwicklungen Auswirkungen auf den Ablauf des Programms haben können. Hilfreich waren hier die nationalen Vertretungsbehörden vor Ort, welche mit den jeweiligen Regierungsbehörden in Kontakt treten können, um eventuelle Unklarheiten auszuräumen und ein partnerschaftliches Vorgehen zu ermöglichen.

7.2.3 Zielgruppenspezifische Merkmale (inklusive der medizinischen Situation)

Während des Aufnahmeprozesses stellte sich heraus, dass sich die Situation der Zielgruppe im zeitlichen Verlauf verschlechterte, was unter anderem an den medizinischen Bedürfnissen ersichtlich wurde. Es gab beispielsweise eine Zunahme der Tuberkulose-Verdachtsfälle und gelegentlich gaben die Flüchtlinge ihre medizinischen Bedürfnisse nicht bzw. sehr spät an, aus Angst aufgrund dieser Bedürfnisse nicht am Programm teilnehmen zu können. Da es jedoch für alle AkteurInnen am Prozess notwendig war, über den Gesundheitszustand der Betroffenen Bescheid zu wissen (beispielsweise Rollstuhlbedarf, Behandlungsbedarf, usw.), mussten im Laufe des Programms Mittel und Wege gefunden werden, wie einerseits den Betroffenen die Sorge über die Angabe von medizinischen Bedürfnissen und damit einhergehender Angst den Platz im Programm zu verlieren genommen, und

155 Generaldirektion der Migrationsverwaltung im Innenministerium der Republik Türkei (DMM), verfügbar auf www.goc.gov.tr/main/De_4 (Zugriff am 12. April 2016).

156 Interview mit Peter Stark, Bundesministerium für Inneres, 15. April 2016.

andererseits die relevanten Informationen vor Abreise erhoben werden konnten.

Als bewährte Praxis in diesem Zusammenhang hat sich die Herangehensweise in Jordanien herausgestellt, wo zwei medizinische Untersuchungen stattfanden: ein „Health assessment“ (z.B. hinsichtlich Mobilitätseinschränkungen, Entwicklungsdefizite, Augenprobleme, usw.) inklusive Röntgenkontrolle auf Tuberkulose ungefähr drei bis fünf Wochen vor der Abreise; und der „Fit for Travel-Check“ kurz vor dem Abflug. Dadurch kann verhindert werden, dass – wie es sich teilweise ereignete – der Flug aus medizinischen Gründen storniert/verschoben werden musste. Zudem konnten durch die vorgelagerten medizinischen Überprüfungen damit gewonnene Informationen ehestmöglich an die nach der Ankunft involvierten behördlichen Stellen und integrationsleistende Akteure übermittelt werden.

Schließlich ist festzuhalten, dass die TeilnehmerInnen des HAP im Laufe der Zeit einen zunehmenden und höheren medizinischen und psychologischen Betreuungsbedarf in Österreich hatten und beispielsweise mehr psychologische Unterstützung notwendig war.¹⁵⁷

7.2.4 Kulturelle Orientierung

Die Zurverfügungstellung von Information für die Zielgruppe hat sich aufgrund des stärkeren Bedarfs vom HAP I zum HAP II verändert. Im HAP I wurden von IOM und UNHCR vor der Abreise Basisinformationen in Ausarbeitung mit dem BMI auf einem Informationsblatt zur Verfügung gestellt. Diese umfassten Informationen zum Programm, den Reisemodalitäten und zur Ankunftsphase in Österreich. Der ÖIF hat im HAP I ergänzende Informationen in Österreich (in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen) zur Verfügung gestellt.

Da man im Zuge der Abwicklung der Programme einen höheren Informationsbedarf der Flüchtlinge mit UNHCR erkannte, wurden im HAP II dann kulturelle Orientierungstrainings durch IOM durchgeführt. Dies half den Flüchtlingen nicht nur bei der Vorbereitung ihrer Reise und ihres Aufenthaltes in Österreich, sondern auch bei der weiteren Integration. Die Informationen an die KlientInnen konnten zudem durch Abstimmung zwi-

157 ARGE, *Erfahrungswerte und Anregungen der ARGE Resettlement zu den Integrationsmaßnahmen im HAP II*, 10. Februar 2016, zur Verfügung gestellt vom BMEIA am 8. April 2016, unveröffentlicht.

schen den Akteuren fortlaufend verbessert und angepasst werden (z.B. präzisere Informationen bezüglich des bereitgestellten Wohnraums). Gerade hinsichtlich der Erwartungen, welche die TeilnehmerInnen an die Unterbringung in Österreich hatten, haben sich die Trainings als überaus wertvoll erwiesen, da die Erwartungen diesbezüglich teilweise unrealistisch waren.¹⁵⁸

7.2.5 Integrationsleistungen

Zur Integration kann generell festgestellt werden, dass die TeilnehmerInnen des HAP nach ihrer Ankunft bisher den Status eines Asylberechtigten und damit ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht bekommen haben. Dies ist laut BMI aufgrund des Programmcharakters, das die dauerhafte Neuansiedlung der Flüchtlinge zum Ziel hat, auch für die Integration der Personen förderlich.¹⁵⁹

Bezüglich der Ankunft, sah sich Österreich aufgrund der hohen Asylantragszahlen ab dem Sommer 2015 (und damit einhergehender Auslastung der Erstaufnahmestelle Traiskirchen) mit der Herausforderung konfrontiert, nicht genügend Aufnahmekapazitäten zu haben. Es wurde daher wie oben beschrieben (siehe 5.3) dazu übergegangen, die Flüchtlinge in private Zwischenunterkünfte bzw. direkt in ihre langfristigen Unterkünfte zu bringen, die durch die ARGE Resettlement nach einer Beauftragung durch das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres bereitgestellt wurden.

Unvorhergesehene Verspätungen bei den Ankünften führten zu Herausforderungen im Bereich der speziellen Integrationsleistungen für die UNHCR-Fälle, da Familien, die am Tag der Ankunft die Registrierung in Traiskirchen durchführen mussten, einen längeren Tagesablauf zu bewältigen hatten (weil sie am gleichen Tag der späten Ankunft noch nach Traiskirchen mussten).¹⁶⁰

Und schlussendlich ist die Dauer der Integrationsleistungen aufgrund europarechtlicher fiskaler Vorgaben an die Ankunft der betroffenen Personen geknüpft, was zu organisatorischen Herausforderungen von später eingereisten Personen führen konnte, so dass für diese Personengruppen individuelle Lösungen gefunden werden mussten.

158 Ebd.

159 Interview mit Peter Stark, Bundesministerium für Inneres, 15. April 2016.

160 Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von ARGE Resettlement, 12. April 2016.

7.3 Erfahrungen der Zielgruppe¹⁶¹

7.3.1 Nergez¹⁶²

Alter: 18 Jahre alt

Herkunft: kurdisches Gebiet in der Arabischen Republik Syrien

Ankunft in Österreich: April 2015



© UNHCR/ Ruth Schöffl

„Ich bin vor einigen Wochen über den Libanon nach Österreich gekommen. Mein Vater war schon seit einem Jahr hier und nun konnten auch meine Mutter, meine drei Geschwister und ich nachkommen. In Syrien konnten wir nicht mehr bleiben, es ist zu gefährlich geworden. Aus unserer Stadt sind Menschen verschwunden und die Kämpfe sind immer näher gerückt. Eines Tages gab es neben unserer Schule eine Explosion und dann sind wir nicht mehr in die Schule gegangen.

Vor dem Krieg war mein Traum, zu studieren und Ärztin zu werden. Dafür muss man sehr gute Noten haben. In Syrien war ich immer eine

161 Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung von UNHCR. Text und Fotos: UNHCR/ Ruth Schöffl, Juni 2015.

162 Siehe auch UNHCR, *Schülerin. Tochter. Bücherwurm.*, verfügbar auf www.unhcr.org/refugeeday/de/nergez/ (Zugriff am 27. April 2016).

Vorzugsschülerin, besonders in Mathematik und den wissenschaftlichen Fächern war ich immer besonders gut.

Hier in Österreich weiß ich noch nicht, wie es weitergeht. Ich muss zuerst einmal Deutsch lernen. Aber ich bin froh, überhaupt hier zu sein und in Sicherheit. Wir haben einige Wochen gezittert und gebangt, ob ich überhaupt mit meiner Familie nach Österreich kommen darf. Die Gesetzte [sic!] besagen, dass nur minderjährige Kinder zu ihren Eltern nach Österreich kommen können. Mit Hilfe von UNHCR hat es dann doch geklappt, dafür sind wir sehr dankbar. Wir sind auch alle sehr froh, dass Österreich eine Demokratie ist. Hier kann jeder seine Meinung sagen, in Syrien ist das nicht möglich.

Wir sind momentan noch im Asylverfahren, und daher können wir noch keinen Deutschkurs besuchen. Aber ich habe schon das Deutsch-Lehrbuch von meinem Vater, aus dem ich lerne und es gibt auch Audio-Aufnahmen für die richtige Aussprache dazu.“

Nergez und ihre Familie stammen aus dem kurdischen Gebiet in der Arabischen Republik Syrien. Eine Flucht war für alle lange nicht vorstellbar, vor allem wollte die Familie zusammen bleiben. Nachdem der Krieg aber immer näher kam, hat der Vater allein die Flucht gewagt. Nergez, ihre Mutter und ihre drei Geschwister haben sich in einem anderen Ort versteckt und sind kaum mehr außer Haus gegangen. Als der Vater in Österreich in Sicherheit war und Asyl bekam, hat die restliche Familie den gefährlichen Weg in den Libanon angetreten.

Eine Familienzusammenführung wäre aber nach österreichischem Recht nur für die Mutter und die minderjährigen Kinder möglich gewesen. Nergez hätte allein im Libanon zurückbleiben müssen. „Wir haben im Libanon niemanden. Ich war verzweifelt und wir haben viel geweint. Für meine Eltern war es außerdem völlig klar, entweder wir gehen gemeinsam oder wir bleiben alle zurück“, sagt Nergez. Über das zusätzliche Aufnahme-programm für syrische Flüchtlinge konnte Nergez schließlich aber mit Hilfe von UNHCR doch gemeinsam mit ihrer Familie nach Österreich kommen.

Nergez spricht mittlerweile hervorragend Deutsch und ist ihrem Ziel, ein Studium zu beginnen, schon ein großes Stück näher gekommen.

7.3.2 Ameen Al Dayoub¹⁶³

Alter: 39 Jahre alt

Herkunft: Homs in der Arabischen Republik Syrien

Ankunft in Österreich: September 2014



© UNHCR/Mark Henley

In einer kleinen Stadt, eine Autostunde von Wien entfernt, tönt aus einem Kassettenrekorder laute Musik, während die neun Kinder von Ameen Al Dayoub und seiner Frau Izdiyar abwechselnd den Dabke tanzen. Der Dabke ist ein fröhlicher arabischer Volkstanz, der zu feierlichen Anlässen aufgeführt wird. Die Familie hat in diesen Tagen viel zu feiern.

„In Homs, in Syrien, haben wir vor dem Krieg oft den Dabke getanzt. Damals lebte die ganze Familie mit 40 Personen in einem dreistöckigen Haus“, sagt der 39-jährige Ameen. „Jetzt tanzen wir den Dabke, weil wir glücklich sind, dass wir in Österreich Zuflucht gefunden haben.“ Ameen hat die glücklichen Zeiten in seiner Heimat nicht vergessen, als er noch als Schulbusfahrer arbeitete. Doch diese Zeiten sind „für immer und ewig“ vorbei, sagt er. „Homs war ein wundervoller Ort. Es kam nicht darauf an,

163 Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung von UNHCR. Engl. Originaltext: Henriette Schröder; Siehe auch UNHCR, *Sicherheit unter einem Dach*, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/aus-erster-hand/stories-aus-erster-hand/artikel/f4f0a8bd59313f2a34ac6b3950cdcfa2/sicherheit-unter-einem-dach.html (Zugriff am 27. April 2016).

ob du Alawit, Schiit, Sunnit oder Christ warst“, erklärt er. „Jeden Donnerstag nach der Arbeit trafen wir uns, zusammen mit unseren Familien, gingen zum Meer und saßen in den Cafés am Strand. Wir wussten nicht mal, welchem Glauben jeder angehörte. Aber dieses Leben in Syrien ist für immer vorbei.“

Zusätzlich zu dem Gräuel des Krieges entdeckte die Familie 2011, dass ihre dreijährige Tochter Thuraya an einem lebensbedrohlichen Herzfehler litt. Die Familie legte alle Ersparnisse zusammen und hatte gerade genug, um eine Notoperation zu finanzieren. Betroffen erinnert sich Ameen: „Alle qualifizierten Ärzte waren bereits geflohen ... diejenigen, die noch geblieben waren, hatten gute Absichten, aber die Operation missglückte.“

Zur gleichen Zeit wurde ihr Stadtteil zerstört, ein Familienangehöriger wurde erschossen. Zusammen mit ihren neun Kindern packten Ameen und Izdihar ihre Habseligkeiten in ein Taxi und flohen. Es war der Anfang einer qualvollen Odyssee durch die kriegsgebeutelte Arabische Republik Syrien.

„Ich sah Eltern, die ihre toten Kinder in den Armen hielten und Straßen wie Flüsse aus Blut“, erinnert sich Ameen mit Tränen in den Augen. Zunächst suchten sie Unterschlupf im Al-Aideen Camp in Homs, doch das Leben dort war hart und bald erreichten die Kämpfe auch diese Gegend. „Es gab keine Elektrizität, keine Heizung, kein Gas, kein Wasser, kein Essen und vor allem keine Sicherheit“, sagt Izdihar.

Letztendlich gelang es der Familie die Grenze zu Jordanien zu überqueren und die Hauptstadt Amman zu erreichen. Dort wurden sie wegen Thurayas Herzerkrankung von UNHCR für Österreichs erstes Resettlementprogramm ausgewählt, bei dem 250 Flüchtlinge aufgenommen wurden.

Die Familie landete im Sommer 2014 am Flughafen Wien. Sechs Wochen später erhielt Thuraya die lebensrettende Operation und zum ersten Mal in fünf Jahren lebte die 11-köpfige Familie sicher zusammen, in einer Dreizimmerwohnung, die von der Caritas bereitgestellt wurde.

Das Leben in Österreich war besser, doch auf keinen Fall einfach. In einer großen Stadt wie Wien lebten sie isoliert. Eine ältere Frau in der Wohnung unter ihnen beschwerte sich ständig über den Lärm, den die Kinder in der Wohnung verursachten wenn sie hin und herrannten. Besorgt und einsam sehnte sich Izdihar sogar nach Jordanien zurück.

Dann im Jänner 2015 änderte sich ihr Leben aufs Neue. Die Nicht-regierungsorganisation „Land der Menschen“, die ein besseres Zusammen-

leben mit Flüchtlingen fördert, fand für sie ein Einfamilienhaus mit Garten in Gänserndorf. Die Gesichter der ganzen Familie erhellen sich noch heute bei der Erinnerung an ihre Ankunft, zu der sie von einem großen Empfangskomitee und mit einem riesigen Bouquet an Blumen willkommen geheißen wurden. In kürzester Zeit sammelten Freiwillige von „Land der Menschen“, ein Verein, der 2010 gegründet worden war, Möbel und Kleidung für die Familie.

„Nicht einmal Zuhause in Syrien haben wir jemals solche Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft erfahren“, sagt Izdihar und lächelt Maria zu, der Organisatorin der Freiwilligengruppe, die von den Kindern ‚Mama Maria‘ getauft wurde.

Deutschlernen ist nun die erste Priorität der Al Dayoub. Die sechs jüngeren Kinder gehen alle zur Schule in Gänserndorf, während die drei ältesten und ihr Vater Kurse des Arbeitsmarktservice in Wien besuchen. Freiwillige aus dem Ort kommen regelmäßig zu ihnen nach Hause und helfen bei Hausaufgaben und geben zusätzliche Deutschstunden.

Doch Izdihar vermisst ihre Freunde und Verwandten in der Arabischen Republik Syrien. „Jeden Tag hab ich Freunde besucht oder sie mich“, sagt sie. „Die meisten meiner Verwandten sind noch in Syrien. Ich kann mich nur einmal im Monat mit ihnen über Whatsapp unterhalten. Aber meine Kinder und mein Mann halten mich auf Trab.“

Am Sonntag ist Izdihars freier Tag. Dann steht ihr Mann in der Küche und macht Falafel und Hummus. Weil die beiden ihre Heiratsurkunde im Chaos des Krieges verloren haben, wollen Ameen und Izdihar dieses Jahr in Österreich noch mal heiraten. „Die beiden sind ein sehr liebevolles Paar und unterstützen sich gegenseitig“, sagt Maria. „Das ist auch sehr wichtig, um die Familie zusammenzuhalten – sie haben die Verantwortung für so viele Personen.“

Samira möchte später einmal Friseurin werden und hat Freude daran die österreichische Küche zu entdecken. „Ich kann ein paar österreichische Gerichte kochen“, erklärt sie stolz, „zum Beispiel Apfelstrudel!“

Ameen ist entschlossen Österreich seine Dankbarkeit zu zeigen. Wenn er besser Deutsch spricht, hofft er, dass er für das Rote Kreuz oder die Caritas arbeiten kann – vielleicht sogar für die freiwillige Feuerwehr Gänserndorf.

„Österreich ist unser Zuhause“, sagt er glücklich, „ich bin bereits ein Österreicher.“

8. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK

Österreich hat mit dem Humanitären Aufnahmeprogramm (HAP) für 1.900 syrische Flüchtlinge, welches seit 2013 implementiert wird, auf die aktuelle Krise in der Arabischen Republik Syrien reagiert. Trotz steigender Asylantragszahlen im eigenen Land entschloss Österreich sich, einen zusätzlichen Beitrag in der Krisenregion zu leisten, um einerseits die Nachbarstaaten der Arabischen Republik Syriens in der Region zu entlasten und andererseits den Betroffenen eine legale Möglichkeit fluchtbedingter Zuwanderung zu ermöglichen.

Der Aufbau und die praktische Umsetzung eines solchen neuen Programms waren mit einigen Herausforderungen verbunden. Diese konnten jedoch laut Angaben aller involvierten Akteure bewältigt werden, was nicht zuletzt auf die Koordinierungs- und Kommunikationsmechanismen sowie vertrauensvolle partnerschaftliche Herangehensweise zurückzuführen war.

Während der Implementierung der humanitären Aufnahme wurde auf unterschiedliche Herausforderungen reagiert. So wurden im HAP II beispielsweise kulturelle Orientierungstrainings zur Verfügung gestellt, um der Zielgruppe möglichst früh alle relevanten Informationen für ihr Leben in Österreich zukommen zu lassen. Außerdem wurde auf den Mangel an regulären staatlichen Quartieren insofern eingegangen, als dass private Wohnungen zur Verfügung gestellt und vermittelt wurden. Diese Entwicklungen und Anpassungen zeigen die Bereitschaft Österreichs bzw. aller involvierten AkteurInnen auf Herausforderungen (auch finanziell) zu reagieren, um ein voll funktionstüchtiges Programm aufzusetzen.

Wie sich die langfristige Integration der TeilnehmerInnen des HAP in Österreich gestalten wird, bleibt abzuwarten. Um hier konkrete Aussagen machen zu können, bräuchte es langfristige Beobachtungen und eine Evaluierung des Programms zu einem späteren Zeitpunkt. Vor allem die Auswirkungen der speziellen Integrationsmaßnahmen und deren Wirkung auf die Zielgruppe mit dem Fokus auf ihre Integration in den Arbeitsmarkt sowie der Bildungssituation jüngerer TeilnehmerInnen wären in diesem Zusammenhang interessant zu beleuchten.

Der derzeit in Planung befindliche dritte Teil des Aufnahmeprogramms (HAP III) richtet sich an weitere 400 besonders schutzbedürftige Personen,

die seitens des UNHCR ausgewählt werden. Aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen aller Akteure wird der Ablauf, welcher innerhalb des HAP I und HAP II entwickelt wurde, in der Implementierung des HAP III aufrechterhalten werden.

Ob Österreich in Zukunft ein reguläres Resettlement-Programm einführen wird, kann nach aktuellem Stand nicht abgeschätzt werden. Dies hängt wesentlich von den Entwicklungen der Anzahl der Asylanträge und den Aufnahmekapazitäten in Österreich ab.

ANHÄNGE

A.1 Statistische Tabellen

Die in den folgenden statistischen Tabellen dargestellten Daten bilden die Grundlage der in Kapitel 6 präsentierten Statistiken und Abbildungen.

Tabelle A.1: Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Programmkomponente und Personengruppen (2013–2015)

Programmkomponente und Personengruppe	Jahr		
	2013	2014	2015
Familienzusammenführung	171	136	230
davon: Familien	37	29	44
davon: Einzelpersonen	4	9	4
UNHCR	0	252	528
davon: Familien	0	43	98
davon: Einzelpersonen	0	5	19
Insgesamt	171	388	758
davon: Familien	37	72	142
davon: Einzelpersonen	4	14	23

Quelle: BMI, Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich, eigene Darstellung.

Tabelle A.2: Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Programmkomponente, Altersgruppe und Geschlecht (2013–2015)

Programmkomponente, Altersgruppe und Geschlecht	Jahr		
	2013	2014	2015
Familienzusammenführung	171	136	230
<i>davon: Erwachsene</i>	<i>118</i>	<i>85</i>	<i>154</i>
davon: Männlich	46	41	68
davon: Weiblich	72	44	86
<i>davon: Minderjährige</i>	<i>53</i>	<i>51</i>	<i>76</i>
davon: Männlich	28	25	39
davon: Weiblich	25	26	37
UNHCR	0	252	528
<i>davon: Erwachsene</i>	<i>0</i>	<i>106</i>	<i>232</i>
davon: Männlich	0	57	116
davon: Weiblich	0	49	116

Programmkomponente, Altersgruppe und Geschlecht	Jahr		
	2013	2014	2015
<i>davon: Minderjährige</i>	0	146	296
davon: Männlich	0	80	160
davon: Weiblich	0	66	136
Insgesamt	171	388	758
<i>davon: Erwachsene</i>	118	191	386
davon: Männlich	46	98	184
davon: Weiblich	72	93	202
<i>davon: Minderjährige</i>	53	197	372
davon: Männlich	28	105	199
davon: Weiblich	25	92	173

Quelle: BMI, Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich, eigene Darstellung.

Tabelle A.3: Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Programmkomponente und Staatsangehörigkeit (2013–2015)

Programmkomponente und Staatsangehörigkeit	Jahr		
	2013	2014	2015
Familienzusammenführung	171	136	230
davon: Arabische Republik Syrien	167	135	228
davon: Armenien	0	0	1
davon: Irak	4	1	0
davon: Staatenlos	0	0	1
UNHCR	0	252	528
davon: Arabische Republik Syrien	0	252	528
Insgesamt	171	388	758
davon: Arabische Republik Syrien	167	387	756
davon: Armenien	0	0	1
davon: Irak	4	1	0
davon: Staatenlos	0	0	1

Quelle: BMI, Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich, eigene Darstellung.

Anmerkung: Im Einzelfall wurden auch Personen mit anderer Nationalität im HAP berücksichtigt, sofern sie Mitglied einer von der Aufnahme umfassten Personengruppe waren, beispielsweise Ehegattin/Ehegatte einer sonst syrischen Familie.

Tabelle A.4: Anzahl der im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms in Österreich aufgenommenen Personen nach Programmkomponente und Transitland (2013–2015)

Programmkomponente und Transitland	Jahr		
	2013	2014	2015
Familienzusammenführung	171	136	230
davon: Irak	0	0	1
davon: Jordanien	4	0	19
davon: Libanon	119	128	139
davon: Türkei	48	8	71
UNHCR	0	252	528
davon: Jordanien	0	252	161
davon: Libanon	0	0	326
davon: Türkei	0	0	41
Insgesamt	171	388	758
davon: Irak	0	0	1
davon: Jordanien	4	252	180
davon: Libanon	119	128	465
davon: Türkei	48	8	112

Quelle: BMI, Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich, eigene Darstellung.

A.2 Liste der Übersetzungen und Abkürzungen

Deutscher Begriff	Deutsche Abkürzung	Englischer Begriff	Englische Abkürzung
Amtsblatt der Europäischen Union	ABl.	Official Journal of the European Union	OJ
Arbeitsmarktservice	AMS	Public Employment Service	PES
Asylgesetz	AsylG	Asylum Act	–
Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds	AMIF	Asylum, Migration and Integration Fund	AMIF
Austria Presse Agentur	APA	Austria Press Agency	APA
Bundesregierung	–	Federal Government	–
Bund	–	Federal State	–
Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl	BFA	Federal Office for Immigration and Asylum	–
Bundesgesetzblatt	BGBL.	Federal Law Gazette	FLG
Bundesland	–	province	–
Bundesministeriengesetz	BMG	Federal Ministry Law	–
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres	BMEIA	Federal Ministry for Europe, Integration and Foreign Affairs	–
Bundesministerium für Inneres	BMI	Federal Ministry of the Interior	–
Bundespräsident	–	Federal President	–
Erstaufnahmestelle	EAST	Initial Reception Centre	–
EU-Mitgliedstaat	–	EU Member State	–
Europäische Freihandelsassoziation	EFTA	The European Free Trade Association	EFTA
Europäische Kommission	–	European Commission	–
Europäische Union	EU	European Union	EU
Europäischer Wirtschaftsraum	EWK	European Economic Area	EEA
Europäisches Migrationsnetzwerk	EMN	European Migration Network	EMN
Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees	UNHCR
Generaldirektion der Migrationsverwaltung im Innenministerium der Republik Türkei	DMM	Directorate General of Migration Management within the Ministry of Interior of the Republic of Turkey	DMM
Genfer Flüchtlingskonvention	GFK	1951 Refugee Convention	–
Grundversorgungsvereinbarung	GVV	Basic Welfare Support Agreement	–
Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten	UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East	UNRWA
Humanitäres Aufnahmeprogramm	HAP	Humanitarian Admission Programme	HAP
Integrationsvereinbarung	–	Integration Agreement	–
Internationale Organisation für Migration	IOM	International Organization for Migration	IOM
Internationales Komitee des Roten Kreuzes	IKRK	International Committee of the Red Cross	ICRC
Nationaler Kontaktpunkt	NKP	National Contact Point	NCP
Nichtregierungsorganisation	NRO	non-governmental organization	NGO
Österreichischer Integrationsfonds	ÖIF	Austrian Integration Fund	–
Staatsbürgerschaftsgesetz	StbG	Citizenship Act	–
Unbegleitete Minderjährige	–	unaccompanied minors	UAM
Vereinigte Staaten von Amerika	USA	United States of America	USA

A.3 Literaturverzeichnis

Literatur:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK)
2016 *Bedarfsorientierte Mindestsicherung – Fragen und Antworten. Fakten statt Mythen*. Sozialministerium, Wien. Verfügbar auf <https://bro-schuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=261> (Zugriff am 27. April 2016).

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
2015 *Antragsformular – Projektaufruf 2015-Humanitäres Aufnahmeprogramm Syrien II*. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at/integration/projektfoerderung/asyl-migrations-und-integrationsfonds/hap-ii-projektaufruf/ (Zugriff am 27. April 2016).

Caritas et al.

2013 *Resettlement in Österreich. Vorschläge der Arbeitsgruppe von Caritas Österreich, Diakonie, Internationaler Organisation für Migration, Österreichischem Roten Kreuz und UNHCR für ein Resettlement-Programm in Österreich*. Verfügbar auf www.caritas.at/fileadmin/storage/global/pdf/Resettlement_Konzept_fuer_OE.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

Carlin, J.L.

1989 *The Refugee Connection*. The Macmillan Press LTD, London.

Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN)

2012 *Glossar 2.0 zu Asyl und Migration*. Europäische Kommission, Luxemburg. Verfügbar auf http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/docs/emn-glossary-de-version.pdf (Zugriff am 3. Mai 2016).

2014 *Asylum and Migration Glossary 3.0*. Europäische Kommission, Brüssel. Verfügbar auf http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/docs/emn-glossary-en-version.pdf (Zugriff am 21. April 2016).

Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

- 2008 *Hintergrundinformationen zum Ablauf von Resettlement-Verfahren*. Verfügbar auf www.unhcr.ch/mandat/dauerhafte-loesungen/resettlement.html (Zugriff am 27. April 2016).
- 2011 *UNHCR Resettlement Handbook*. UNHCR, Genf. Verfügbar auf www.unhcr.org/46f7c0ee2.pdf (Zugriff am 27. April 2016).
- 2013a *Clarifying UNHCR Resettlement: A few considerations from a legal perspective*. Verfügbar auf www.refworld.org/docid/5294b2f84.html (Zugriff am 27. April 2016).
- 2013b *The Integration of resettled refugees. Essentials for establishing a Resettlement Programme and fundamentals for Sustainable Resettlement Programmes*. Verfügbar auf www.unhcr.org/52a6d85b6.html (Zugriff am 26. April 2016).
- 2015c *UNHCR-Erwägungen zum Schutzbedarf von Personen, die aus der Arabischen Republik Syrien fliehen*. 4. Aktualisierte Fassung. Verfügbar auf www.refworld.org/cgi-bin/texis/vtx/rwmain/opendocpdf.pdf?reldoc=y&docid=56ba17344 (Zugriff am 27. April 2016).
- 2015d *Subsidiär Schutzberechtigte in Österreich*. Verfügbar auf www.unhcr.at/fileadmin/user_upload/dokumente/07_presse/material/Bericht_subsidiaerer_Schutz.pdf (Zugriff am 17. Mai 2016).

International Catholic Migration Commission (ICMC)

- 2015 *10 % of Refugees from Syria: Europe's resettlement and other admission responses in a global perspective*. Verfügbar auf <http://resettlement.eu/page/new-icmc-ern-research-report-resettlement-and-other-legal-avenues-syrians> (Zugriff am 27. April 2016).

Internationale Organisation für Migration (IOM)

- 2015 *AUCO 2015*. Verfügbar auf www.iomvienna.at/sites/default/files/Arbeitsmappe_AUCO_final_deutsch_Sept.2015.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.)

- 2013 *Sozialstaat Österreich – Sozialleistungen im Überblick. Lexikon der Ansprüche und Leistungen*. 15. neu bearbeitete Auflage. ÖGB Verlag, Wien.

Knapp, A.

- 2011 *Geschützte Einreise von Flüchtlingen in Österreich*. Verfügbar auf www.asyl.at/projekte/et_legal_entry_austria.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

Koppenberg, S.

- 2014 *Die Gestaltung der Grundversorgung in Österreich*. IOM, Wien. Verfügbar auf www.emn.at/images/stories/2013/Studien_/Reception_Facilities/Organization_of_Reception_Facilities_DE_final.pdf (Zugriff am 27. April 2016).
- 2015 *Integration von Personen mit internationalem Schutz und humanitärem Aufenthaltstitel in den Arbeitsmarkt: Politiken und Maßnahmen in Österreich*. IOM, Wien. Verfügbar auf www.emn.at/images/Integration_von_Personen_mit_internationalem_Schutz_und_humanitaerem_Aufenthaltstitel_in_den_Arbeitsmarkt_Politiken_und_Ma%C3%9Fnahmen_in_Oesterreich_.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk

- 2015 *Die Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik in Österreich*. IOM, Wien. Verfügbar auf www.emn.at/images/Organisationsstudie_AT_EMN_NCP_2016.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF)

- o.J. *Jahresbericht 2015 – ÖIF Österreichischer Integrationsfonds*. ÖIF, Wien. Verfügbar auf www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/Fotos/Publikationen/Jahresberichte/Jahresbericht_2015_Kern_Ansicht.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

Papadopoulou, A. et al.

- 2013 *Comparative study on the best practices for the integration of resettled refugees in the EU Member States*. Verfügbar auf [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2013/474393/IPOL-LIBE_ET\(2013\)474393_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2013/474393/IPOL-LIBE_ET(2013)474393_EN.pdf) (Zugriff am 26. April 2016).

Perrin, D.

- 2013 *KNOW RESET Building Knowledge for a Concerted and Sustainable Approach to Refugee - Resettlement in the EU and its Member States*. San Domenico di Fiesole 2013.

Peyrl, J., T. Neugschwendtner und C. Schmaus

- 2015 *Fremdenrecht: Asyl, Ausländerbeschäftigung, Einbürgerung, Einwanderung, Verwaltungsverfahren*. 5. neu bearbeitete Auflage. ÖGB Verlag, Wien.

Waldsich, M.-E.

- 2016 *Die Humanitäre Aufnahme 1.500 syrischer Flüchtlinge in Österreich. Mit dem Schwerpunkt auf der Auswahl der Teilnehmer/innen*. (Magisterarbeit) Wien 2016.

Zeitschriftenartikel:

Bendiek, A. und J. Neyer

- 2016 Europäische Solidarität – die Flüchtlingskrise als Realitätstest. In: *Stiftung Wissenschaft und Politik März 2016*, verfügbar auf www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A20_bdk_neyer.pdf (Zugriff am 26. April 2016).

Collett, E.

- 2015 Outlook on Migration in Europe in 2015. In: *Migration Policy Practice, Vo. IV, Nummer 5*, S. 21–25, verfügbar auf http://publications.iom.int/system/files/pdf/mpp_issue_19.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

Volf, P.-P.

- 1995 Der Politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945. In: *Zeitgeschichte 11-12/195*, S. 415–435.

Politische Dokumente:

Bundesministerium für Inneres (BMI)

- 2014 *Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 975/I (XXV.GP) vom 6. März 2014 betreffend „Aufnahme syrischer Flüchtlinge, Neu-*

- ansiedelungsprogramm (Resettlement)?“ (887/AB vom 5. Mai 2014). Verfügbar auf www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_00887/imfname_348921.pdf (Zugriff am 27. April 2016).*
- 2014 *Nationales Programm AMIF.* Verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/BMI_Fonds/amif_isf/amif/downloads/files/Nationales_Programm_AMIF_Genehmigt_durch_EK.pdf (Zugriff am 27. April 2016).
- 2016 *Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 7129/J (XXV.GP) vom 24. November 2015 betreffend „Nachfrage zur 4803/AB betreffend das zweite humanitäre Aufnahmeprogramm Syrien“ (6854/AB vom 21. Jänner 2016).* Verfügbar auf www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_06854/imfname_497963.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

Europäische Kommission

- 2004 *Mitteilung der Kommission an den Rat und das europäische Parlament zur kontrollierten Einreise von Personen, die internationalen Schutz benötigen, in die EU und zur Stärkung der Schutzkapazität von Herkunftsregionen „Verbesserung des Zugangs zu dauerhaften Lösungen“, 4. Juni 2004, KOM (2004) 410 endgültig.* Verfügbar auf <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52004DC0410&from=EN> (Zugriff am 27. April 2016).
- 2009 *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat zur Einrichtung eines gemeinsamen Neuansiedelungsprogramms der EU, 2. September 2009 KOM (2009), 447 endgültig.* Verfügbar auf <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:52009DC0447> (Zugriff am 27. April 2016).
- 2016 *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat zum aktuellen Stand der Umsetzung der Prioritäten im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda, 10. Februar 2016, KOM (2016) 85 endgültig.* Verfügbar auf <https://ec.europa.eu/transparency/reg-doc/rep/1/2016/DE/1-2016-85-DE-F1-1.PDF> (Zugriff am 27. April 2016).
- 2016 *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat – Umverteilung und Neuansiedlung - Erster Fortschrittsbericht der Kommission, 16. März 2016, KOM(2016) 165 final.* Verfügbar auf www.ipex.eu/IPEXL-WEB/dossier/files/download/082dbcc55388570c01538af14472030a.do (Zugriff am 22. Juni 2016).

Valletta Summit on Migration

2015 *Valletta Summit, 11-12 November 2015 Action Plan*. Verfügbar auf http://ufmsecretariat.org/wp-content/uploads/2015/11/VALLETTA_ACTION_PLAN.pdf (Zugriff am 26. April 2016).

Verträge und Gesetzgebung:

Asylgesetz 2005, BGBl. I Nr. 100/2005, in der Version vom BGBl. I Nr. 87/2012.

Asylgesetz 2005, BGBl. I Nr. 100/2005, in der Version vom BGBl. I Nr. 24/2016.

Beschluss Nr. 281/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. März 2012 zur Änderung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“, ABl. L 92.

Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, in der Fassung vom BGBl. I Nr. 11/2014.

Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ und zur Aufhebung der Entscheidung 2004/904/EG des Rates, ABl. L 144.

Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG, BGBl. I Nr. 80/2004.

Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention), 28. Juli 1951, Vertragsserie der Vereinten Nationen Bd. 189.

Staatsbürgerschaftsgesetz 1985, BGBl. Nr. 311/1985, in der Fassung vom BGBl. I Nr. 104/2014.

Übereinkommen zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, ABl. L 239.

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung, BGBl. I Nr. 96/2010.

Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Über-

- schreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex), ABL. L 105/1.
- Verordnung (EU) Nr. 439/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, ABL. L 132/11.
- Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Einrichtung des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, zur Änderung der Entscheidung 2008/381/EG des Rates und zur Aufhebung der Entscheidungen Nr. 573/2007/EG und Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Entscheidung 2007/435/EG des Rates, ABL. L 150/168.
- Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung), ABL. L 180/31.
- Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassung), ABL. C 326/47.
- Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte (97/C 340/01), ABL. C 340/1.

Statistiken:

Bundesministerium für Inneres (BMI)

- o.J. *Asylstatistik 2015*. Verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asyl_Jahresstatistik_2015.pdf (Zugriff am 26. April 2016).
- o.J. *Asylwesen – Statistiken*. Verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/start.aspx (Zugriff am 27. April 2016).
- o.J. *Statistiken zum Humanitären Aufnahmeprogramm in Österreich*, unveröffentlicht. Bereitgestellt am 20. Mai 2016.

Eurostat

- 2009 *Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit bis 2007 Jährliche Daten (gerundet), [migr_asyctz]*. Verfügbar auf <http://ec.europa.eu/euro->

- stat/web/products-datasets/-/MIGR_ASYCTZ (Zugriff am 29. April 2016).
- 2016 *Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht Jährliche aggregierte Daten (gerundet), [migr_asy-appctza]*. Verfügbar auf http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/MIGR_ASYAPPCTZA (Zugriff am 29. April 2016).
- 2016 *Rekordzahl von über 1,2 Millionen registrierten erstmaligen Asylbewerbern im Jahr 2015*. Presseaussendung 44/2016, 4. März 2016, verfügbar auf <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7203837/3-04032016-AP-DE.pdf/9fcd72ad-c249-4f85-8c6d-e9fc2614af1b> (Zugriff am 27. April 2016).

Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

- o.J. *Europe Refugees and Migrants Emergency Response - Daily Estimated Arrivals per Country - Flows through Western Balkans Route*. Verfügbar auf <http://data.unhcr.org/mediterranean/country.php?id=502#> (Zugriff am 12. April 2016).
- o.J. *Syria Regional Refugee Response – Inter-agency Information Sharing Portal*. Verfügbar auf <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php> (Zugriff am 29. April 2016).
- 2015a *UNHCR Mid-Year Trends 2015*. UNHCR, Genf. Verfügbar auf www.uno-fluechtlingshilfe.de/fileadmin/redaktion/PDF/UNHCR/UNHCR-Halbjahresbericht.pdf (Zugriff am 27. April 2016).
- 2015b *UNHCR Projected Global Resettlement Needs 2016*. UNHCR, Genf. Verfügbar auf www.unhcr.org/558019729.html (Zugriff am 29. April 2016).
- 2016 *UNHCR Projected Global Resettlement Needs 2017*. UNHCR, Genf. Verfügbar auf www.unhcr.org/uk/protection/resettlement/575836267/unhcr-projected-global-resettlement-needs-2017.html (Zugriff am 22. Juni 2016).

Internationale Organisation für Migration (IOM)

- o.J. *Mixed Migration Flows in the Mediterranean and Beyond – Compilation of available Data and Information, Reporting Period 2015*. Verfügbar auf www.iom.int/sites/default/files/situation_reports/file/Mixed-Flows-Mediterranean-and-Beyond-Compilation-Overview-2015.pdf (Zugriff am 28. April 2016).

Zeitungsartikel:

Der Standard

- 2014 *Das Gezerre um die syrischen Flüchtlinge*, 15. Februar 2014, verfügbar auf <http://derstandard.at/1389860523715/Jordanien-Das-Gezerre-um-die-syrischen-Fluechtlinge> (Zugriff am 17. Mai 2016).
- 2015 *Die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit*, 17. April 2015, verfügbar auf <http://derstandard.at/2000014407944/Die-groesste-humanitaere-Katastrophe-unserer-Zeit> (Zugriff am 27. April 2016).

Nachrichten.at

- 2014 *Lage in Syriens Nachbarländern Grund für Flüchtlingswelle*, 14. September 2014, verfügbar auf www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/Lage-in-Syriens-Nachbarlaendern-Grund-fuer-Fluechtlingswelle;art391,1971972 (Zugriff am 27. April 2016).

Salzburger Nachrichten

- 2015 *Österreich will 400 neue Flüchtlinge aufnehmen*, 10. Juli 2015, verfügbar auf www.salzburg.com/nachrichten/dossier/fluechtlinge/sn/artikel/oesterreich-will-400-neue-fluechtlinge-aufnehmen-157203/ (Zugriff am 22. April 2016).

Presseaussendungen:

Austria Presse Agentur Originaltext-Service (APA OTS)

- 2013 *Aufnahme von 500 syrischen Flüchtlingen positiver erster Schritt*. Presseaussendung, 30. August 2013, verfügbar auf www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130830_OTS0090/aufnahme-von-500-syrischen-fluechtligen-positiver-erster-schritt (Zugriff am 27. April 2016).
- 2014 *Mikl-Leitner: Humanitäre Aktion für insgesamt 1.500 syrische Flüchtlinge*. Presseaussendung, 28. Mai 2014, verfügbar auf www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140528_OTS0098/mikl-leitner-humanitaere-aktion-fuer-insgesamt-1500-syrische-fluechtlinge (Zugriff am 27. April 2016).

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)

- 2015 *Fünf Ansätze zur Behandlung der Flüchtlingskrise*. Presseaussendung, 22. August 2015, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/das-ministerium/

presse/aussendungen/2015/08/fuenf-ansaezte-zur-behandlung-der-fluechtlingskrise/ (Zugriff am 27. April 2016).

- 2016 *Integrationsministerium, AMS und ÖIF präsentieren österreichweite Kooperation bei Wertekursen für Flüchtlinge*. Presseaussendung, 9. März 2016, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2016/03/integrationsministerium-ams-und-oef-praesentieren-oesterreichweite-kooperation-bei-wertekursen-fuer-fluechtlinge/ (Zugriff am 27. April 2016).

Bundesministerium für Inneres (BMI)

- 2014 *Humanitäre Aktion Syrien*. Aktuelle Meldungen, 6. Juni 2014, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/bmi/_news/bmi.aspx?id=3874666D4646384B4F436B3D&view=1 (Zugriff am 27. April 2016).

Europäische Kommission

- 2015 *Erste Vorschläge der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Migrationsagenda*. Presseaussendung, 27. Mai 2015, verfügbar auf http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5039_de.htm (Zugriff am 27. April 2016).
- 2015 *Refugee Crisis: European Commission takes decisive action*. Presseaussendung, 9. September 2015, verfügbar auf http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5596_en.htm (Zugriff am 22. April 2016).
- 2015 *Umverteilung und Neuansiedlung: EU-Kommission sieht Mitgliedstaaten in der Pflicht*. Presseaussendung, 16. März 2016, verfügbar auf http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-829_de.htm (Zugriff am 23. Mai 2016).

Europäischer Rat

- 2015 *Informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs, 23. September 2015 – Erklärung*. Presseaussendung, 24. September 2015, verfügbar auf www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/09/23-statement-informal-meeting/ (Zugriff am 27. April 2016).

Erzdiözese Wien

- 2011 *„Herzlich willkommen in diesem Haus!“*. Nachrichten, 25. Februar 2011, verfügbar auf www.erzdioezese-wien.at/site/nachrichtenmagazin/nachrichten/archiv/archive/32602.html (Zugriff am 27. April 2016).

Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

- 2013 *UNHCR begrüßt Ankündigung zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge*. Presseaussendung, 30. August 2013, verfügbar auf www.unhcr.at/presse/pressemitteilungen/artikel/ba30c0ee6d67d158b97635afdef31573/unhcr-begruesst-ankuendigung-zur-aufnahme-syrischer-fluechtlinge.html (Zugriff am 27. April 2016).
- 2015 *2015 likely to break records for forced displacement – study*. News Stories, 18. Dezember 2015, verfügbar auf www.unhcr.org/5672c2576.html (Zugriff am 29. April 2016).

Österreichisches Rotes Kreuz

- 2013 *Leiden Christen mehr unter Giftgas?*. News, 2. September 2013, verfügbar auf www.rotekreuz.at/news/datum/2013/09/02/leiden-christen-mehr-unter-giftgas/ (Zugriff am 29. April 2016).
- 2014 *Rotes Kreuz begrüßt Vorstoß der Innenministerin zum Schutz von Flüchtlingen in Österreich*. Presseaussendung, 8. Juli 2014, verfügbar auf www.rotekreuz.at/news/datum/2014/07/08/rotes-kreuz-begruesst-vorstoss-der-innenministerin/ (Zugriff am 27. April 2016).

Internetquellen:

Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)
verfügbar auf www.bfa.gv.at/ (Zugriff am 27. April 2016).

Bundesministerium für Inneres (BMI)

Asylwesen, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/bmi_asylwesen/betreuung/start.aspx (Zugriff am 27. April 2016).

Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF), verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/BMI_Fonds/amif_isf/amif/start.aspx (Zugriff am 27. April 2016).

Humanitäre Aktion Syrien 6. Juni 2014, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/bmi_asylwesen/syrien/start.aspx (Zugriff am 31. März 2016).

Humanitäre Aktion Syrien: Österreich nimmt weitere 1.000 syrische Flüchtlinge auf, verfügbar auf www.bmi.gv.at/cms/bmi_asylwesen/syrien/start.aspx (Zugriff am 31. März 2016).

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)
verfügbar auf www.bmeia.gv.at/ (Zugriff am 31. März 2016).
HAP II Projektaufruf, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/integration/projektfoerderung/asyl-migrations-und-integrationsfonds/hap-ii-projektaufruf/ (Zugriff am 31. März 2016).
Integrationsförderung im AMIF, verfügbar auf www.bmeia.gv.at/integration/projektfoerderung/asyl-migrations-und-integrationsfonds/integrationsfoerderung-im-amif/ (Zugriff am 28. April 2016).

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) und Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF)

Lernunterlage zum Werte- und Orientierungskurs „Mein Leben in Österreich“ – Chancen und Regeln, verfügbar auf www.integrationsfonds.at/themen/kurse/mein-leben-in-oesterreich/ (Zugriff am 27. April 2016).

Europäische Kommission (EK)

Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF), verfügbar auf http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/financing/fundings/migration-asylum-borders/asylum-migration-integration-fund/index_en.htm (Zugriff am 27. April 2016).

European Agenda on Migration, verfügbar auf http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/index_en.htm (Zugriff am 27. April 2016).

Preparatory Action on Emergency Resettlement, verfügbar auf http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/financing/fundings/migration-asylum-borders/other-programmes/preparatory-action-on-emergency-resettlement/index_en.htm (Zugriff am 27. April 2016).

Europäisches Resettlement-Netzwerk

verfügbar auf www.resettlement.eu/ (Zugriff am 12. April 2016).

EU Funding for resettlement, verfügbar auf www.resettlement.eu/page/eu-funding-resettlement-erfamif (Zugriff am 18. Mai 2016).

Identification Phase, verfügbar auf www.resettlement.eu/journey/identification-phase (Zugriff am 3. Mai 2016).

Integration phase, verfügbar auf www.resettlement.eu/journey/integration-phase (Zugriff am 3. Mai 2016).

Pre-Departure Assistance Phase, verfügbar auf www.resettlement.eu/journey/departure-phase (Zugriff am 3. Mai 2016).

Reception Phase, verfügbar auf www.resettlement.eu/journey/reception-phase (Zugriff am 3. Mai 2016).

Resettlement rettet Leben – 2020 Kampagne, verfügbar auf www.resettlement.eu/page/resettlement-saves-lives-2020-campaign (Zugriff am 15. April 2016).

Selection Phase, verfügbar auf www.resettlement.eu/journey/selection-phase (Zugriff am 3. Mai 2016).

Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

1. *Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge*, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/syrien-aufnahmeprogramm.html (Zugriff am 30. März 2016).

2. *Humanitäres Aufnahmeprogramm Syrien*, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/syrien-aufnahmeprogramm.html (Zugriff am 27. April 2016).

2. *Humanitäres Aufnahmeprogramm Syrien – Die Kriterien des Aufnahmeprogrammes in Zusammenarbeit mit UNHCR*, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/syrien-aufnahmeprogramm.html (Zugriff am 31. März 2016).

Flüchtlingsland Österreich, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich.html (Zugriff am 27. April 2016).

Mandat, verfügbar auf www.unhcr.at/mandat.html (Zugriff am 27. April 2016).

Sicherheit unter einem Dach, www.unhcr.at/unhcr/aus-erster-hand/stories-aus-erster-hand/artikel/f4f0a8bd59313f2a34ac6b3950cdfa2/sicherheit-unter-einem-dach.html (Zugriff am 27. April 2016).

Schülerin. Tochter. Bücherwurm., verfügbar auf www.unhcr.org/refugeeday/de/nergez/ (Zugriff am 27. April 2016).

Q&A: Asylsuchende in Österreich, verfügbar auf www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich/questions-and-answers/asylsuchende-in-oesterreich.html (Zugriff am 27. April 2016).

Resettlement, verfügbar auf www.unhcr.ch/mandat/dauerhafte-loesungen/resettlement.html (Zugriff am 8. April 2016).

UNHCR-NGO Toolkit for Practical Cooperation on Resettlement: 1. Operational Activities - Identification and Referral of Refugees in Need of Resettlement: Definitions and FAQs, verfügbar auf www.unhcr.org/4cd416d79.html (Zugriff am 27. April 2016).

Generaldirektion der Migrationsverwaltung im Innenministerium der Republik Türkei (DMM)

verfügbar auf www.goc.gov.tr/main/De_4 (Zugriff am 27. April 2016).

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Constitution, verfügbar auf www.iom.int/constitution#ch1 (Zugriff am 18. Mai 2016).

Landesbüro für Österreich, www.iomvienna.at/de (Zugriff am 13. April 2016).

Resettlement, verfügbar auf www.iomvienna.at/de/resettlement (Zugriff am 27. April 2016).

Regionalbüro für Südosteuropa, Osteuropa und Asien, verfügbar auf www.iom.int/south-eastern-europe-eastern-europe-and-central-asia (Zugriff am 27. April 2016).

Resettlement Assistance, verfügbar auf <http://eea.iom.int/index.php/what-we-do/resettlement> (Zugriff am 27. April 2016).

Aktuelle Projekte, verfügbar auf www.iomvienna.at/de/aktuelle-projekte-4 (Zugriff am 27. April 2016).

Medienservicestelle Neue Österreicher/innen

Integration in den Bundesländern: Deutschkurse und Arbeit im Mittelpunkt, verfügbar auf http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2016/03/30/integration-in-den-bundeslaendern-deutschkurse-und-arbeit-im-mittelpunkt/?doing_wp_cron=1459322031.98673 (Zugriff am 27. April 2016).

Migration GV

Integrationsvereinbarung, verfügbar auf www.migration.gv.at/de/leben-und-arbeiten-in-oesterreich/rahmenbedingungen-der-integration/integrationsvereinbarung.html (Zugriff am 27. April 2016).

Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF)

verfügbar auf www.integrationsfonds.at/startseite/ (Zugriff am 27. April 2016).

AMIF 2014-2020, verfügbar auf www.integrationsfonds.at/themen/eu/amif-asyl-migrations-und-integrationsfonds/ (Zugriff am 13. April 2016).

Europäischer Integrationsfonds (EIF), verfügbar auf www.integrationsfonds.at/themen/eu/solid-fonds/europaeischer-integrationsfonds-eif/ (Zugriff am 28. April 2016).

„*Mein Leben in Österreich*“ - *Werte- und Orientierungskurse für Flüchtlinge*, verfügbar auf www.integrationsfonds.at/themen/kurse/mein-leben-in-oesterreich/ (Zugriff am 13. April 2016).

Service & Beratung, verfügbar auf www.integrationsfonds.at/themen/integrationszentren/ (Zugriff am 12. April 2016).

Broschüren/ Informationsmaterial:

ARGE Resettlement

- 2013 *Resettlement – ein neuer Anfang für Flüchtlinge*, verfügbar auf www.rotekreuz.at/fileadmin/user_upload/PDF/Migration/Folder_Resettlement_web_201302.pdf (Zugriff am 27. April 2016).

Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

- o.J. *Resettlement Fact Sheet 2015*, verfügbar auf www.unhcr.org/524c31a09.html (Zugriff am 29. April 2016).

Internationale Organisation für Migration (IOM)

- o.J. *IOM Resettlement Service*, verfügbar auf www.iom.int/files/live/sites/iom/files/What-We-Do/docs/IOM-Resettlement-Brochure-27-June-2013.pdf (Zugriff am 27. April 2016).
- o.J. *AUCO – Österreichische Kulturelle Orientierungstrainings für syrische Flüchtlinge*, verfügbar auf www.iomvienna.at/sites/default/files/AUCO%20-%20O%CC%88sterreichische%20Kulturelle%20Orientierungstrainings%20fu%CC%88r%20syrische%20Flu%CC%88chtlinge_DE.pdf (Zugriff am 22. April 2016).
- o.J. *Best Practices: IOM's Migrant Training / Pre-departure Orientation Programs*, verfügbar auf www.iom.int/files/live/sites/iom/files/What-

We-Do/docs/Best-Practices-in-Migrant-Training.pdf (Zugriff am 4. Mai 2016).

Interviews/ schriftliche Kommunikation/Sonstiges:

Interview mit Peter Stark, Bundesministerium für Inneres, 15. April 2016.
Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von ARGE Resettlement, 12. April 2016.

Schriftliche Anfragenbeantwortung zur Studie von Katharina Benedetter, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016.

Schriftliche Anfragenbeantwortung zur Studie von Marianne Dobner, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016.

Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von Michael Girardi, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, 8. April 2016.

Schriftliche Anfragebeantwortung zur Studie von Elisabeth Hochenegger, IOM Landesbüro für Österreich, 3. Mai 2016.

Schriftliche Mitteilung von Peter Stark, Bundesministerium für Inneres, 21. Juni 2016.

Unveröffentlichte Materialien:

ARGE Resettlement, *Integrationsmaßnahmen für 600 syrische Flüchtlinge im HAP II – ARGE Resettlement. Zwischenbericht (Berichtszeitraum 01.05.2015-31.12.2015)*, unveröffentlicht.

ARGE Resettlement, *Projektbeschreibung zum HAP I*, unveröffentlicht.

ARGE, *Erfahrungswerte und Anregungen der ARGE Resettlement zu den Integrationsmaßnahmen im HAP II*, 10. Februar 2016, zur Verfügung gestellt vom BMEIA am 8. April 2016, unveröffentlicht.

Erklärung von Österreich an IOM zur Aufnahme von 250 syrischen Flüchtlingen mit Familienanbindung im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 24. September 2013, unveröffentlicht.

Erklärung von Österreich an IOM zur Aufnahme von 400 syrischen Flüchtlingen mit Familienanbindung im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 26. Mai 2014, unveröffentlicht.

Erklärung von Österreich an UNHCR zur Aufnahme von 250 syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 24. September 2013, unveröffentlicht.

- Erklärung von Österreich an UNHCR zur Aufnahme von 600 syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 26. Mai 2014, unveröffentlicht.
- Interne Evaluierung der Kulturellen Orientierungstrainings, Zeitraum April 2015 bis März 2016, IOM Landesbüro für Österreich, unveröffentlicht.
- Memorandum of Understanding zwischen BMI und UNHCR zur Aufnahme von 250 syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 2. Dezember 2013, unveröffentlicht.
- Memorandum of Understanding zwischen BMI und UNHCR zur Aufnahme von 600 syrischen Flüchtlingen im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 6. November 2014, unveröffentlicht.
- Schriftliche Mitteilung des UNHCR an Bundesminister Sebastian Kurz bezüglich des Humanitären Aufnahmeprogramms für syrische Flüchtlinge, 8. April 2015, unveröffentlicht.
- Vereinbarung zwischen BMI und IOM zum Transfer von 250 syrischen Flüchtlingen mit Familienanbindung im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 25. Oktober 2013, unveröffentlicht.
- Vereinbarung zwischen BMI und IOM zum Transfer von 250 syrischen Flüchtlingen unter Schutz von UNHCR im Humanitären Aufnahmeprogramm I, 31. Jänner 2014, unveröffentlicht.
- Vereinbarung zwischen BMI und IOM zum Transfer von 400 syrischen Flüchtlingen mit Familienanbindung im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 7. November 2014, unveröffentlicht.
- Vereinbarung zwischen BMI und IOM zum Transfer von 600 syrischen Flüchtlingen unter Schutz von UNHCR im Humanitären Aufnahmeprogramm II, 7. November 2014, unveröffentlicht.